

Erscheint täglich außer Sonntags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 30 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Wochensonderbeilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Verwaltungsdirektion für 1893 unter Nr. 6708.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfmaligste Zeitungs- oder deren Raum 40 Pf. für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf. Insetze für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 8 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt I. 4186. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benf-Strasse 2.

Freitag, den 1. Dezember 1893.

Expedition: SW. 19, Benf-Strasse 3.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Dezember eröffnen wir ein neues Monats-Abonnement auf den

„Vorwärts“

Berliner Volksblatt

mit der illustrierten Sonntagsbeilage

„Die Neue Welt“.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditoren, sowie unsere Expedition, Benfstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus,

wöchentlich 28 Pfennige.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

3,30 Mark für das Quartal

entgegen. (Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1893 unter Nr. 6708.) Wir ersuchen unsere Postabonnenten höflichst, das Abonnement rechtzeitig aufzugeben, damit die regelmäßige Zustellung des Blattes keine Unterbrechung erleidet.

Neu hinzutretenden Abonnenten wird der bisher erschienenen Theil der

Skizzen aus der sozialistischen Bewegung in Russland

auf Verlangen gratis nachgeliefert.

Mitte Dezember beginnen wir die Veröffentlichung des großen sozialen Romans

„Helene“

von der bekannten und bei unseren Lesern so beliebten Roman-Schriftstellerin Minna Kautsky.

Die Redaktion und Expedition des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Tölcke †.

In später Nachtstunde erhalten wir die erschütternde Nachricht, daß unser alter Tölcke heute Abend gestorben ist. Es ist uns nicht möglich, noch in dieser Nummer den Lesern eine volle Würdigung dieses Mannes zu liefern, die gleichzeitig ein Stück Geschichte der sozialdemokratischen Partei Deutschlands sein müßte. Nur mit wenigen Strichen sei heute sein Lebenslauf gezeichnet.

Zu Herfloh in Westphalen am 31. Mai 1817 geboren, widmete er sich juristischen Studien. Politisch trat er erst im Alter von mehr als 50 Jahren in den Vordergrund. Er gehörte zu den Ideologen der Bourgeoisie, die dem Rufe Lassalle's, für die Befreiung der arbeitenden Klasse zu

Feuilleton.

Nachdruck verboten.)

[21

Skizzen

aus der sozialistischen Bewegung in Russland.

(Aus dem Russischen überseht.)

Dann, nachdem er einen Schluck Wasser getrunken hatte, wies er auf die Beweise der Verbrechen eines jeden einzelnen Angeklagten hin, und wandte sich an die Richter mit folgender Ermahnung:

„Meine Herren Richter, Sie besitzen alle ein Herz, in dem sich das Mitleiden für die Angeklagten regen kann; ich bitte Sie, ich fordere es im Namen des Gesetzes, daß Sie dieser Regung des Mitleides bei der Abfassung Ihres Urtheils keine Aufmerksamkeit schenken. Mit leichtem Herzen, mit ruhigem Gewissen unterschreiben Sie die Todesurtheile. Für solche Vögelwörter ist kein Raum auf der Erde — das Unkraut muß aus dem Felde ausgerottet werden.“

Darauf erhob sich einer der Angeklagten, ein junger Mann mit klugem Gesicht, und begann unter dem Kreuzfeuer der feindlichen Blicke zu reden:

„Ich leugne nicht die Thatfachen, deren ich angeklagt worden bin“, sagte er, „ich rechne mir dieselben zur Ehre an. Sie wollen mich und meine Kameraden vertilgen, und

wirken, folgten. Nach dem Rücktritte Bernhard Becker's von der Leitung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins wurde auf der zweiten Generalversammlung desselben am 30. November 1865 sofort Karl Wilhelm Tölcke zum Präsidenten gewählt. An Eifer in der Agitation kamen ihm Wenige gleich, er war bereit, überall als Redner, Agitator und Organisator aufzutreten, wodurch er sich ebenso große Sympathien bei den Arbeitern als unauslöschlichen Haß bei den Gegnern erwarb.

In den Kämpfen zwischen Lassalleanern und Eisenachern stellte er seinen Mann, aber er war weitsichtig genug, einzusehen, daß die gegenseitige Belämpfung der sozialdemokratischen Fraktionen die deutsche Arbeiterklasse schädigen müsse. Er arbeitete für die Einigkeit der sich befindenden sozialdemokratischen Gruppen, desto eifriger, je rückwärtsloser die Polizei gegen das gesammte Proletariat vorging. Als Tessenlofer mit der Anklage gegen den deutschen Arbeiterverein vorging, da wandte er sich an die Parteileitung der Eisenacher und knüpfte Verhandlungen zum Zweck der Verschmelzung an. Niemand förderte dieselbe mehr wie er, Niemand hielt getreulich die in Gotha beschlossene Einigung als unser Tölcke.

In einem Schreiben, das er im Herbst 1874 an den leider so früh verstorbenen August Weis richtete, der zu jener Zeit Mitglied des Ausschusses der sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Eisenacher Richtung) war, sprach Tölcke den Wunsch aus, daß endlich die Streitart zwischen den bisher feindlichen Gruppen begraben, und eine Versöhnung angebahnt werden möge. Von Seiten der Eisenacher Richtung wurde in die Bruderhand mit Freuden eingeschlagen und der Einigungskongress in Gotha, die Grundlage der heutigen sozialdemokratischen Partei kam zu stande.

Treu hielt Tölcke zur Fahne, von dem Augenblicke an, wo er dem allgemeinen deutschen Arbeitervereine beigetreten war, trotz aller Angriffe und Verurtheilungen, trotz des Sozialistengesetzes und des neuen Kurzes, trotz Krankheit und Siechtum.

An den Kongressen zu Halle und Erfurt nahm er als Vorkämpfer der Partei theil, und begeisterte mit seinen Reden die ihm nahehernde Jungmannschaft. Er mahnte in Erfurt die „Unabhängigen“ in begeisterten, aber von ihnen nicht verstandenen Worten zur Einigkeit. Im 77. Lebensjahre nahm er noch die Würde der Wahlagitation im Kreise Dortmund auf sich und nur der Niedertracht der Gegner ist es zuzuschreiben, daß der bei der Arbeiterchaft so sehr geliebte und hochgeachtete Tölcke einem — Mölder unterlag.

Am Sonntag werden die westfälischen Genossen den Leib des mackeren Kämpfers für die Arbeiterklasse ins kühle Grab senden. Aber nicht nur die Sozialdemokratie Westfalens, nein, die ganz Deutschlands wird das Gedächtniß des ehrwürdigen Greises in Ehren halten. Er wird als ein Beispiel von Charakterfestigkeit, von Treue bis zum Tode und allen als Muster dienen. Sein Name wird länger der Menschheit erhalten bleiben, als der vieler Könige und Fürsten.

thuen es, weil sie jetzt stärker sind als wir. Ich werde nur auf die Beschuldigung der Unsitlichkeit antworten.“

Der Staatsanwalt wollte die Unsitlichkeit des Sozialismus beweisen und glaubt dieses Ziel damit erreicht zu haben, daß er erstens darauf hinwies, daß unter den Angeklagten sich sogar solche unsittliche Leute befinden, die sich zu Demunziationen hergaben, und zweitens auf die unsittlichen Mittel der Kriegsführung der ganzen Partei der Terroristen. Ich werde nicht den Sozialismus gegen die Anklage des Staatsanwalts verteidigen: das würde ebenso lächerlich sein, als wenn man den Glanz der Sonne oder die Segnungen der Barmherzigkeit beweisen wollte.

Jeder, der auch nur oberflächlich die Lehre des Sozialismus kennt, weiß, daß er das letzte Wort der gesellschaftlichen Sittlichkeit ist.

Der Staatsanwalt konnte das Gegentheil davon nur zu beweisen suchen, weil er voraussetzte, daß die Richter und das Publikum nicht den geringsten Begriff von dem Sozialismus haben und ihm auf das Wort glaubten, oder weil er von einer Sache sprach, welche ihm selbst vollkommen unbekannt ist. Ich werde nur auf die Anschuldigungen gegen die sozialistische Partei, daß in ihrer Mitte sich unsittliche Leute befinden, antworten, und dann in betreff ihrer Mittel zum Kampf.

Im Verlauf einer jeden Gesellschaftsbewegung, wie hohe Ziele sie sich auch gesteckt haben mag, erscheinen, außer deren aufrichtigen Anhängern, auch ehrlose Gesellen. So z. B. erfaßte die liberale Strömung der sechziger Jahre eine Menge reaktionärer Lumpen und leichtsinniger Papageien, aber der unparteiische Historiker wird auf Grundlage dieser

Der Unterstützungs- wohnsitz.

Bereits in der Session des Reichstages von 1892/93 hatte die Regierung einen Gesetzentwurf betreffend die Abänderung des Gesetzes über den Unterstützungswohnort eingebracht. Die Sache kam damals nicht zur Erledigung und nunmehr ist der nämliche Entwurf, der bereits die Zustimmung des Bundesrathes gefunden hat, abermals dem Reichstage zur Beschlußfassung vorgelegt worden.

Gegenwärtig ist jedermann zunächst unterstützungsberechtigt in seiner Heimathsgemeinde, also in derjenigen Gemeinde, in der bei seiner Geburt seine Eltern ansässig waren. Erst nach vollendetem 21. Lebensjahre kann er durch zweijährige Abwesenheit, also höchstens mit dem vollendeten 26. Lebensjahre, der Unterstützungsberechtigung in der Heimathsgemeinde verlustig gehen, erwirbt aber ebenso durch zweijährigen Aufenthalt die Unterstützungsberechtigung in einer neuen Gemeinde. Ist er nicht mehr unterstützungsberechtigt in der Heimathsgemeinde, hat aber noch nicht durch fortdauernd zweijährigen Aufenthalt in einer anderen Gemeinde einen neuen Unterstützungswohnort erworben, so hat ihm für den Fall der Verarmung während dieser Zeit seiner Heimathlosigkeit der Land-Armenverband Unterstützung zu gewähren.

Die wesentlichste Aenderung des Entwurfs an dem bestehenden Gesetz liegt darin, daß die Erwerbung des Unterstützungswohnortes bereits nach dem vollendeten 18. Lebensjahre stattfinden kann. Während also bisher jedermann in seinem Heimathsorte bis zum vollendeten 26. Lebensjahre unterstützungsberechtigt blieb, mochte er auch längst von dort verzogen sein, soll nach dem geplanten Gesetz jemand schon vom zurückgelegten 18. Lebensjahre ab durch zweijährige Abwesenheit der Unterstützungsberechtigung verlustig gehen, oder sie durch zweijährigen Aufenthalt in einem neuen Wohnorte von neuem erwerben.

Eine zweite Aenderung ist die, daß Personen, die in einem Gehalts- oder Dienstverhältnisse stehen, sammt ihren den Unterstützungswohnort theilenden Angehörigen stets in dem Dienstorte unterstützungsberechtigt sind, sofern das Dienstverhältnis nur länger als eine Woche dauert. Auch für Lehrlinge ohne Lohnbezug ist die nämliche Bestimmung zutreffend.

Wie aus jenen beiden Paragraphen selbst schon hervorgeht und in den Motiven des näheren erläutert wird, bezwecken diese Bestimmungen, einer ungerechtfertigten Ueberlastung einzelner Gemeinden oder Ortsarmenverbände entgegen zu wirken. Sie greifen aber nicht das Uebel an der Wurzel an, sondern liefern nur Palliativmittelchen, wie ja mit solchen Pillen und Pflästerchen unsere Staats- und Gesellschaftshüter an den unheilbaren Schäden der gegenwärtigen Ordnung stets herumdoctern.

In den für die Regierungsgeschäfte maßgebenden Kreisen und Klassen machen sich bereits der Regelung des Unterstützungs-Wohnortes zwei einander direkt entgegengesetzte Bestrebungen geltend. In Norddeutschland sucht man den

Thatsache nicht beweisen wollen, daß die aufrichtigen Liberalen der sechziger Jahre unsittliche Menschen waren. Ebenso ist es mit unserer sozialistischen Bewegung — die verschiedensten Motive veranlassen die Leute sich uns anzuschließen. Da wir aufrichtige Leute sind, so beargwöhnen wir nicht die Aufrichtigkeit jener, die sich uns als Sozialisten vorstellen; und außerdem sind die Bedingungen unseres Kampfes solche, daß es nicht möglich ist, die Leute gehörig zu prüfen, ihre Persönlichkeiten genau festzustellen — weil wir dazu keine Zeit haben. Solche Quasi-Sozialisten werden einestheils, unter dem Einfluß der hohen stiltlichen Lehre, zu wirklichen, überzeugten Sozialisten, anderentheils verathen sie über kurz oder lang ihre geistige Armuth und ihre egoistischen Motive; und sobald dieses geschieht, zählen wir solche Ehrlose nicht mehr zu unseren Kameraden. Aber sehr oft werden wir unsere Fehler erst dann gewahr, wenn so ein angeblicher Sozialist bereits im Gefängnis sitzt, wo er unter dem Einfluß seiner egoistischen Instinkte, die ihn vorher veranlassen, sich uns anzuschließen, anfängt zu bereuen oder gar seine Kameraden zu verrathen. Solche giebt es auch im gegenwärtigen Prozeß — es ist selbstverständlich, daß kein Sozialist ihnen die Hand reichen wird, und wir sind daran unschuldig, daß man sie als Sozialisten verurtheilt, da sie nichts Gemeinsames mit dem Sozialismus haben. Ich begreife, daß man dieses that, um unsere Partei in der Meinung der Gesellschaft herunter zu setzen, aber dieser Versuch ist nicht neu und erreicht sein Ziel nicht — auch Jesus wurde zusammen mit den Räubern an das Kreuz geschlagen. Diese Thatsache, daß sich

Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. November.

Aus dem Reichstage. Konnte die heute bereits in den vierten Tag hinein dauernde Staatsdebatte naturgemäß zur Tagesordnung nicht mehr viel Neues bringen, so entbehrte sie doch des hohen Interesses nicht. Zwar für den ersten Redner, der heute zum Worte kam, möchten wir dieses Urtheil nicht gelten lassen. Die forcirte Art, mit der Herr Dr. Zimmermann seine Sätze hinausstößt, konnte nicht angenehm berühren, auch wenn das, was der Herr zu sagen hatte, besser gewesen wäre, als die trivialen Plattheiten waren, die er in Wirklichkeit zum besten gab. Die Altstadt Dresden hat wirklich Mathour bei der Auswahl ihrer Vertreter im Reichstage, seitdem sie sich von unserem Genossen Bebel gewandt hat. Herr Oswald Zimmermann gehört zur Gattung des Papierfahnen-Redners Hartwig, sie halten sich die Waage.

Eine Rede im großen Stile hörten wir von unserem Lieblingen. Es ist wahr, viel neues konnte auch diese Rede nicht bringen, aber ist es die Schuld des Redners, daß unter dem neuen Kurs, wie unter dem alten, dieselben Mißstände fortwuchern und zur Geißelung herauszufordern! Die Art übrigens, wie unser Genosse den Antisemitismus behandelte, wie er die Hohlheit dieser Agitation aufdeckte und nachwies, daß das, was die angegriffenen Uebelstände erzeuge, nicht Folge des jüdischen Kapitals, sondern des modernen Kapitalismus überhaupt sei, mußte doch auch für das Haus von Interesse sein, wie die gespannte Aufmerksamkeit bewies, mit der es dem Redner folgte. Auch die Zurückweisung des übermäßig ausgebildeten militärischen Selbstbewußtseins in die gebührenden Schranken und die Wahrung der Rechte der Volksvertretung haben die Herren vom Bundesrath ebenfalls schon lange nicht mehr in dieser entschieden Weise gehört und war das im Reichstage, wenn auch nicht neu, so doch sehr am Platze. Da übrigens die Reden unserer Genossen Bebel und Liebknecht in den nächsten Tagen in Prochurenform erscheinen und zum Selbstkostenpreis verkauft werden, so können wir uns hier ein weiteres Eingehen auf dieselben ersparen.

Wir wünschen nur, daß die Reden weiteste Verbreitung finden, eine bessere Erfüllung des in Köln so vielfach laut gewordenen Wunsches um geeignetes Agitationsmaterial können wir nicht.

Aus der Rede des Reichskanzlers möchten wir nur den Satz herausheben, mit dem er die Einführung einer Reichs-Einkommensteuer ablehnte. Der Graf Caprivi erklärte, wir müssen das Eigentum schätzen und dürfen die Reichen nicht verderben.

Also deshalb kann die Reichs-Einkommensteuer nicht eingeführt werden. Um die Reichen nicht zu verderben, deshalb eine Tabaksteuer, von der Anhänger und Gegner zugeben, daß durch sie Zehntausende von Arbeitern außer Brot kommen werden.

Schutz der Reichen auf Kosten der Arbeiter — das ist also der Kern der Steuer- und Sozialreform unter dem neuen Kurs, genau so, wie es unter dem alten war.

Das es so ist, haben wir zwar auch früher schon gewünscht, aber ausgesprochen ist es nicht immer so offenerherzig worden.

Den Schluß der Debatte bildete eine Rede des Antisemiten Förster. Dieser Herr machte den Vorschlag, die schöne Zeit im Reichstage nicht mit Reden über den Antisemitismus todtschlagen. Man soll auch vom Segner lernen, und so folgen wir dem Rathe des Abgeordneten und nehmen von seiner Rede weiter keine Notiz. Unsere Leser können versichert sein, sie verlieren dabei nicht.

Nachdem die üblichen Ueberweisungen an die Budgetkommission erfolgt waren, beschloß das Haus noch mit Mehrheit, morgen den Jesuiten Antrag in I. ev. 2. Lesung zu behandeln. Dieser Beschluß ermöglicht eventuell bereits morgen eine Abstimmung.

In dem von uns veröffentlichten Erlaß des Grafen Eulenburg bemerkt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“: „Der Abdruck ist im Ganzen richtig bewirkt worden, nur heißt es, von einigen unwesentlichen Fehlern abgesehen, in dem Original nicht, wie im „Vorwärts“ gesagt ist, es sei — unter bestimmten Voraussetzungen — darauf zu halten, daß insbesondere auch „straffes gerichtliches“, sondern daß ein strafgerichtlich es Einschreiten herbeigeführt werde.“

Die kriegsführende Partei anerkennt. Das ist aber nur eine politische Finte, welche die bestehende Thatsache nicht umstößt, daß der Krieg thatsächlich und wirklich geführt wird. Die russische Regierung wendet alle ihre Kräfte für diesen Krieg auf: die Verhandlung der politischen Prozesse vor dem Kriegsgericht, anstatt vor dem Senate, und die Erklärung des Belagerungszustandes in vielen Gouvernements, sind das nicht handgreifliche Beweise dafür, daß selbst die Regierung den Krieg als Thatsache anerkannt hat? Die Regierung erklärte der ganzen Intelligenz den Ausrottungskrieg: über die Gesellschaft herrscht der weiße Schrecken, der rothe aber über uns. Der Krieg ist also eine Thatsache. Aber wenn dem so ist, so verliert die Tödtung seiner Feinde auch den unmoralischen Charakter. Früher, als wir noch Idealisten waren, bildeten wir uns ein, daß die friedliche Propaganda der sozialistischen Ideen möglich sei, ohne politischen Kampf, wir wollten die Regierung vollständig ignoriren, indem wir die Kräfte des Volkes zum Kampfe gegen den Kapitalismus organisiren wollten. Aber erinnern sie sich, mit welchen terroristischen Mitteln die Regierung gegen unsere friedliche Propaganda vorging — für die Belagerung der Arbeiter und die Vertheilung von Büchern verurtheilte man uns zur Zwangsarbeit. Die Regierung hat zuerst uns den Krieg erklärt, und wir waren gezwungen, diesen anzunehmen. Man nahm uns das Feld unserer speziellen Thätigkeit im Volke, und wir mußten uns dasselbe zurückerobern. Uns ist der Nord, sowie die ganze Konspiration zuwider, aber à la guerre, comme à la guerre! (so geht's nun einmal im Krieg).

Der Angeklagte schwieg und sehte sich. Die Mitglieder des Gerichtshofes sahen schon lange den Präsidenten an, als ob sie von ihm erwarteten, daß er den strengen Angeklagten zum Schweigen bringen würde. Die Generale in dem Zuschauertraume steckten die Köpfe zusammen und flüsteren sich zu:

„Ein langer Schelm! Wie man es nehmen will, aber von seinem Standpunkt aus hat er Recht.“
Die Richter entfernten sich, um das Urtheil zu formuliren.

In dem uns zugegangenen Schriftstück heißt es: „straffes gerichtliches.“ Wir nehmen aber von der Erklärung des offiziellen Blattes Akt. —

Der Abgeordnete Zimmermann, den gleichen Spuren folgend sein Fraktionsgenosse Dr. Förster, glaubten aus der Mittheilung unseres Genossen Bebel, daß ihm in seiner früheren Eigenschaft als Vorsitzender des Verbandes deutscher Arbeiter-Bildungsvereine vom Nationalverein 200 Thaler zur Bekämpfung der Sozialdemokratie überwiesen wurden, welches Geld aber später zum Theil dann zur Förderung sozialdemokratischer Zwecke Verwendung fand, den Schluß ziehen zu dürfen, daß dieses Zugeständniß ein bedenkliches Licht auf die sozialdemokratische Moral werfe.

Bebel hat den antisemitischen Herren bereits in einer kurzen persönlichen Bemerkung gebietet und dabei eines Vorgehens Erwähnung gethan, bei dem der Herr Dr. Zimmermann eine Rolle spielte, von der Bebel meinte, er würde sich schämen, wenn ihm solches nachgesagt werden könnte.

Der Vorgang, auf den Bebel Bezug nahm — und von dem Herrn Zimmermann überraschender Weise keine Kenntniß haben will — wird in der Nr. 88 vom 22. September d. J. des Organs des Konservativen Landesvereins im Königreich Sachsen: „Das Vaterland“ mitgetheilt.

Herr Dr. Zimmermann und seine engeren Gesinnungsgenossen befinden sich bekanntlich mit den sächsischen Konservativen in einem erbitterten Krieg. Derselbe hat seinen Grund darin, daß die Antisemiten bei der Wahl den Konservativen, wie diese gewünscht — nicht nur keine Folge geleistet haben, sondern diese Partei sogar aus einer Reihe von Wahlkreisen verdrängt haben. Die Vorbereitungen zu dieser Aktion, bei der die Konservativen die Genasführten waren, sind nun von Dr. Zimmermann und seinen Freunden schon zu einer Zeit getroffen worden, wo speziell Dr. Zimmermann noch im Solde des Führers der Konservativen, des fassam bekannten Herrn v. Friesen stand. Das „Vaterland“ konstatirt, daß das Blatt an dem Herr Dr. Zimmermann Redakteur war, die „Reform“, von „einem Konservativen“ (Herr v. Friesen. R. d. V.) jährlich eine Unterstützung von 2000 Rm. erhielt.

Als sich aber herausstellte, daß das Blatt trotz der Subvention nicht zu halten war, hat Herr v. Friesen es gekauft und vertragmäßig das Gehalt an den Redakteur, Herrn Oswald Zimmermann, bis zum Beginn des nächsten Vierteljahres gezahlt.

Herr Zimmermann hat, auf Verlangen des Herrn v. Friesen, am Blatte weiter gearbeitet, zu gleicher Zeit aber die Mienen gelegt, bei deren Explosion, dann die Herren Mehnert, Friesen und Aldermann in die Luft flogen. Es ist also erwiesen, daß Herr Dr. Zimmermann in der Zeit, wo er noch an der konservativen Futterkrippe stand, seinen Auftraggeber und Brotherren hintergangen hat.

Das „Vaterland“ erinnert aus diesem Anlaß an ein gegen Zimmermann bereits im Jahre 1886 ergangenes Gerichtsurtheil in dem konstatirt wird, daß er, der Jubensfresser par excellence mehrere Jahre Mitarbeiter an der jüdischen Zeitschrift: „Auf der Höhe“ war und daß er „einer unwürdigen Doppelzüngigkeit sich schuldig gemacht habe.“

Wir dächten, das genügt. So sehen die Herren aus, welche sich über die sozialdemokratischen Partei moquiren. —

Zur Tabakfabriksteuer. Schon jetzt, wo noch die Bewilligung der Tabaksteuer durch den Reichstag in Frage steht, macht sich schon dieselbe mit ihrer Verheerung im hohen Maße bemerkbar. Bestellungen, welche schon vorher aufgegeben waren, werden bis auf weiteres annullirt und tragen somit zur Entlassung der Angestellten bei, welche nun brotlos einer traurigen Zukunft entgegen sehen, da auch keine Aussicht vorhanden ist, anderweitig Stellung zu bekommen. — In Hamburg (St. Georg), in der Lithographischen Anstalt von E. Ludwig, die hauptsächlich Etiquettes für Zigarrenfabriken arbeitet, sind sämtliche Gehilfen entlassen worden, ebenfalls mußten die Gehilfen mehrerer anderer Firmen daselbst, durch das drohende Gepeiß, die Tabaksteuer, ihre Entlassung entgegen nehmen. Wenn nun schon jetzt durch die Tabaksteuer viele Tausende und Abertausende in Noth und Elend gestürzt werden, so muß man sich fragen, wie ist es bei solchen Thatsachen zu veranworten, diese Steuervorlage einzubringen? Soll das vielleicht dazu beitragen, der Sozialdemokratie den Boden abzugraben, wie sich das Ministerium des Innern in dem Erlaß „Bekämpfung der Sozialdemokratie“ vom 29. Juli 98 an die Herren Regierungspräsidenten ausdrückt.

Nach einer Stunde erschienen, der greisenhaft zitternde Präsident an der Spitze, die slavischen Richter; sie schlugen die Augen nieder und der liberale Richter hatte nicht nur einen rothen Kopf, sondern auch einen rothen Hals.

Die Angeklagten nahmen ihre Plätze ein; in den Saal traten Soldaten und stellten sich je zwischen einen Angeklagten auf; ihnen war anbefohlen, beim ersten Worte irgend eines der Angeklagten diesem sofort den Mund zu stopfen und ihn aus dem Saale zu schleppen. Der Präsident hatte eine schrille Stimme und stotterte überdies; er übergab deshalb das Urtheil zum Vorlesen dem liberalen Obristen, welcher laut, aber mit zitternder Stimme, drei Todesurtheile, eine Menge Jahre Zwangsarbeit und Verschickung zur Ansiedelung verlas.

„Es lebe das Volk!“ rief einer der zum Tode Verurtheilten aus, ehe noch der gährende Soldat Zeit hatte ihm an die Gurgel zu packen.

Die leuchtende Sonne beschien mit Strahlen dieses schmachtvollen Bild aus der russischen Geschichte des 19. Jahrhunderts.

Aus Leichtsinn.

Es war eben dunkel geworden. Die Wirthin einer Wohnung, in welcher sich die Revolutionäre versammelten, Frau Isjumlin, eine modisch gekleidete Dame, ging in ihrem Empfangsalon in angenehmer Erregung auf und ab: bei ihr sollte eine Berathung der Sozialisten stattfinden. Sie weiß nicht, worüber berathen werden wird, aber sie hofft, daß man ihr nachher beim Thee Einiges mittheilen wird. Ihre Neugierde ist sehr erregt worden; im Herzen hat sie dasselbe prickelnde Gefühl, wie sie es beim Lesen der Romane voller wunderbaren und entsetzlichen Vorfällen empfindet.

(Fortsetzung folgt.)

Unterstützungswohnstift möglichst mit dem Arbeits- und Wohnorte zu identifiziren. In Süddeutschland dagegen wünscht man zu dem älteren Heimathsystem zurückzukehren, nach dem jedermann sein lebenslang in seiner Heimathsgemeinde unterstützungsberechtigt bleibt und deshalb, sollte er anderswo verarmen, polizeilich nach der Heimathsgemeinde abgehoben werden kann. Diese herrliche Einrichtung, welche den Polizeischub zu einer der hervorstechendsten Eigenthümlichkeiten im neuen Reiche der Gottesfürcht und frommen Sitte machen würde, hat bislang indessen noch nicht Gnade finden können vor den Augen der Regierungsmänner. Sie wollten aber auch nicht die jüdischen Mitbüreaukranten vor den Kopf stoßen und so haben sie denn zu den vorhin skizzirten Auskunftsmittelehen ihre Zuflucht genommen, die einem besonders fühlbaren Uebelstande abhelfen sollen.

Die neuzeitliche Entwicklung des Industrialismus hat es mit sich gebracht, daß junge Leute in großer Zahl ihre Heimathorte, besonders die ärmeren Landgemeinden verlassen, um anderswo dauernd ihren Lebensunterhalt zu suchen. Diese Wohnstiftänderung vollzieht sich meist in der Zeit, kurz nachdem ein junger Mann oder ein junges Mädchen wirtschaftlich selbständig geworden sind, also nach dem vollendeten sechszehnten bis zwanzigsten Lebensjahre Während ihre Thätigkeit dem heimischen Gemeinwesen entzogen wird, muß dieses mindestens bis zum vollendeten 26. Lebensjahre der Ausgaben anderten im Falle ihrer Verarmung für sie Sorge tragen. Ja, falls junge Leute vor dem vollendeten 26. Lebensjahre sich anwärts verheirathen, Kinder bekommen und vermögenslos sterben oder auch uneheliche Kinder hinterlassen, so hat die Heimathsgemeinde resp. der Unterstützungswohnsitz der Großeltern dieser Kinder, selbst wenn diese Großeltern längst verstorben sind, für die Kinder Sorge zu tragen. Unter den gegenwärtigen Umständen trägt also die Hauptlast der Armenunterstützung gerade der ärmere Theil der Gemeinden, welcher Erwerbshilfen geringere Gelegenheiten zur Unterhaltsbeschaffung bietet.

Der neue Plan wird in einer großen Anzahl von Fällen diese Ungerechtigkeit beseitigen. Er beschneidet aber andere Gefahren herauf. Der Argwohn der Gemeindebehörde gegen Angehende wird verstärkt werden, und soweit die Bestimmungen über Freizügigkeit den Gemeinden freien Spielraum lassen, werden sie suchen, sich alle Leute vom Halbe zu halten, bei denen sie auch nur den entferntesten Argwohn haben, daß diese oder deren Kinder in absehbarer Zeit auf Unterstützung Anspruch erheben könnten. Eine solche mißtrauische Gemeindepolitik hat sich früher schon Geltung verschafft, sie wird noch mehr genährt durch die Erleichterung bei der Erwerbung des Unterstützungswohnsitzes, die das neue Gesetz vorsieht. Trotzdem indeß bedeutet es immerhin einen Fortschritt gegenüber dem älteren Zustande.

Alle Einzelmaßregeln, die von der heutigen Gesellschaft zur Bekämpfung des Pauperismus erlassen werden, dämmen das Uebel wohl hier und da ein, andröthen können sie es nicht, weil der Pauperismus, die Massenverarmung, eine notwendige Begleitererscheinung der heute auf der Massenausbeutung beruhenden Wirtschaftsordnung ist. Zu dem Kampfe Aller gegen Alle gehen stets die wirtschaftlich Schwächeren zu Grunde, die wirtschaftlich Schwächeren, was nicht immer die Leistungsunfähigen sind. Die wirtschaftliche Schwäche wird wesentlich dadurch bedingt, daß jemand der Ausbeutung sich nicht entziehen kann.

Alljährlich wird ein Theil dieser Ausgebeuteten unterstützungsbedürftig werden. Jenenigen, welche durch Altersschwäche oder Invalidität erwerbsunfähig geworden sind, wirft man ja von Reichswegen jetzt einige kümmerliche Brocken hin; wenig genug; immerhin ist das Prinzip der Fürsorge der Gesamtheit für die Opfer der bestehenden Wirtschaftsordnung dadurch anerkannt worden. Würde dieses Prinzip eine konsequente Anwendung finden, würde andererseits dem Recht auf Leben auch das Recht auf Arbeit zur Seite gestellt, so würde die ganze unerquickliche Armengesetzgebung in die Rumpelkammer gebracht werden können. Doch diese Forderungen gehen der heutigen Ordnung aus Leben, und deshalb wird es bei den bloßen Forderungen bleiben. Die heutige Wirtschaftsordnung wird trotz aller Kurveruche ihre Gebrechen nicht los werden, weil sie organische Krankheitserscheinungen sind. Die Wirtschaft wird so weiter gehen, bis sie sich völlig zu Grunde gewirtschaftet hat.

unstittliche Menschen unter uns befanden, beweist nur unseren Optimismus und unser Vertrauen zu den Menschen, das ist eine Ungeschicklichkeit der Partei, aber keine Unstittlichkeit. Unter den Aposteln befand sich Judas; unter uns stellen sich solche auch ein, aber kann man deshalb, mit diesem Hinweise auf den Verrath, die ersten Christen und die jetzigen Sozialisten der Unstittlichkeit beschuldigen?

Ich gehe jetzt über zur Beschuldigung der unstittlichen Mittel in unserem Kampfe. Die Beweise des Staatsanwalts scheinen im gegebenen Falle vollkommen logisch zu sein. Aber man darf nicht übersehen, daß er zum Militär gehört. Sonst hätte er nicht übersehen können, daß die Vergehen, deren er uns anklagt, nur eine äußerliche Ähnlichkeit mit denen besitzt, welche der Sittenkodex als unstittliche Verbrechen anerkennt. Unseren Verbrechen fehlt vollkommen das persönliche Motiv, welches unumgänglich notwendig ist, damit sie als unstittliche verdammt werden können.

Die jetzigen Zustände in Rußland sind keine friedlichen, es herrscht ein unvergleichlicher, ein origineller Krieg. Die bewaffnete Regierung bekämpft mit allen ihren Kräften eine Gruppe von Sozialisten. Sie bekämpft uns mit dem ganzen Arsenal ihrer Strafmittel, wie, als die Partei der Minderheit, führen einen Partisanenkrieg. Dem Staatsanwalt und den Richtern, als Militärpersonen, muß es zur Genüge bekannt sein, daß bei einer solchen Ungleichheit der Kräfte kein anderer Krieg möglich ist, als der Partisanenkrieg. Dem Staatsanwalt wird es niemals einfallen, die russischen Bauern, die anno 1812 den Partisanenkrieg mit allem Nachdruck führten, der Unstittlichkeit anzuklagen; aber uns hat er eines ebensolchen Krieges wegen der Unstittlichkeit an. Uns wird vorgehalten, das waren zwei kriegsführende Parteien, aber ihr seid Rebellen. Aber das ändert das Wesen der Sache nicht.

Auch die Türkei erkannte die Herzegowina nicht als kriegsführende Partei an, wie überhaupt keine Regierung den Theil der Bevölkerung, der ihr den Krieg erklärt, als

Sicherlich nicht, man wird das Gegenteil erzielen, was uns schon recht sein kann. —

Der Bundesrath hat in seiner heutigen Sitzung die Denkschrift über das ostafrikanische und das südwestafrikanische Schutzgebiet sowie die Denkschrift betreffend die Verwendung des Afrikafonds und den Beitritt Großbritanniens zu der Dresdener Sanitäts-Konvention zur Kenntnis genommen. Dem Abkommen mit der Schweiz über den Patent-, Muster- und Markenschutz wurde die Zustimmung erteilt. —

Herr von Suene hat das ihm von Parteigängern der Zentrumsparthei angebotene Reichstags-Mandat abgelehnt. —

Gegen die Weinsteuern. Die Vertreter der Berliner Kaufmannschaft und die Vertreter der norddeutschen Handelskammer beschlossen folgende Erklärung:

„Die am 29. November 1893 zu Berlin versammelten Delegirten norddeutscher Handelskammern sprechen sich über die Grundzüge des Gesetzesentwurfes, betreffend die Einführung einer Reichs-Weinsteuern, dahin aus:

1. Die vorgeschlagene Form der Besteuerung, die künstlich geschaffenen Unterschiede zwischen Groß- und Kleinhandel, die Berechnung der Steuer nach dem Werthe des Weines und besonders die überaus lästigen und verletzenden Kontrollmaßregeln schädigen den Handel und die Produktion auf das Empfindlichste.

2. Der Ertrag dieser Steuer wird unzweifelhaft erheblich hinter den Vorschlägen zurückbleiben und steht in keinem Verhältniß zu den enormen Erhebungskosten, und beauftragen eine Kommission, bei dem Herrn Reichskanzler und dem hohen Reichstage in eingehender Begründung dahin vorstellig zu werden, daß von der geplanten Reichs-Weinsteuern Abstand genommen werde.“ —

Zum Postetat. Die offizielle „Deutsche Verkehrs-Zeitung“ seht den Kampf gegen die Einführung des Systems der Altersstufen auch in ihrer Nummer 47 fort. Nachdem sie in Nr. 46 selbst einen Weg bezeichnet hatte, der den Unterbeamten keine Schädigung bringen würde, nämlich den der kürzeren Aufschubungs-Zeiträume, erklärte sie gleichzeitig diese Regelung als nicht auf die „gegenwärtigen Verhältnisse“ — das heißt auf Maloch — für unthunlich. Heute will sie ihren Lesern nun wiederum weiß machen, wie sich grade die „mittleren Beamten“ unter den jetzigen Verhältnissen besonders günstig stellen. Allerdings, das von ihr angeführte Beispiel läßt dieses glaubhaft erscheinen, — wenn man den Ober-Postdirektions-Sekretär, eine Durchgangsstelle zu den höchsten Stellen, zu den „mittleren Beamten“ zählen könnte. Ein solcher Beamter hat nach dem von ihr vorgeführten Beispiele heute nach 7 Dienstjahren gegen die voranschreitende Gestaltung der Stufen schon ein Plus von 500 Mark. Wenn diese „mittleren“ Beamten sich jetzt so günstig stellen, so ist es theilweise eine Folge der kurzen diätarischen Beschäftigungszeit von 2 1/2 Jahren, an der beileibe nicht gerüttelt werden darf. Daß die „Deutsche Verkehrs-Zeitung“ die Interessen dieser ihr so nahe stehenden Herren unter ihre Fittiche nimmt, ist selbstverständlich, ebenso selbstverständlich, daß sie ihren weiteren Berechnungen eine 5jährige diätarische Beschäftigung der Postassistenten zu Grunde legt. Es ist dies ein Zeichen, daß sich die Verhandlungen und Ermäßigungen im Reichspostamt auf derselben Linie bewegt haben und daß an dieser die jetzt üblichen, die Postassistenten schädigenden Praxis (siehe Nr. 271: das Altersstufen-System) auch in Zukunft nichts geändert werden soll. Haben die Freunde des Ex-Kanzlers durch ihr: „Schreiten wir!“ der Regierung so große, aus den Taschen des Volkes behaltene Vortheile abgetrotzt, warum sollte unter den unteren Postbeamten nicht auch ein Ruprecht-Kunzler entstehen, der dem Protest der Arbeiter der Postverwaltung ein tausendfältiges Echo schafft?

Im Uebrigen ist es ergötzlich zu sehen, wie die den Herren Stephaan und Fischer in der 2. Sitzung 1893/94 erteilten — Lehren sind und — heute noch schmerzen. Das beweist die giftige, ganz im Stile des Herrn Fischer geführte Polemik des Regens für die „oberen“ Verkehrsbeamten gegen die „Voll-Zeitung“.

Der „Kölnischen Volks-Zeitung“ ins Stammbuch. Das Hauptorgan der Zentrumsparthei im Rheinland hat uns gelegentlich der Diskussion über die Gewerkschaftsfrage den kaum selbstlosen Rath erteilt, daß wir das Beispiel der schweizerischen Sozialdemokratie befolgen sollen, welche mit den linksliberalen und ultramontanen Sozialreformern des öfteren Waffenbrüderchaft geschlossen haben. Die „Kölnische Volks-Zeitung“ wird das erstaunt sein, daß nicht nur wir ihren Rath nicht befolgen, sondern daß auch die schweizerische Sozialdemokratie eine entschiedene Schwankung in der Richtung zur Taktik der deutschen Sozialdemokratie gemacht hat. Auf ihrem letzten Parteitag haben unsere Schweizer Parteigenossen folgende von Lang und Steiger, der lange Zeit in unseren Reihen mitkämpfte, beantragte Resolution gefaßt:

In Erwägung: 1. Daß auch die schweizerische Sozialdemokratie auf dem Boden des Klassenkampfes steht und von der Anschauung ausgeht, daß eine Verbesserung der Interessen des Proletariats mit denjenigen des Kapitals nie und nimmer denkbar ist; 2. daß diejenigen bürgerlichen Politiker, welche die Klassengegensätze verweisen, das Klassenbewußtsein unterdrücken und einer Vereinigung des Proletariats mit radikalen bürgerlichen Parteien das Wort reden, meist nur das Proletariat den Absichten der Bourgeoisie dienbar machen wollen, beschließt: 1. Die Mitgliedschaften und Genossen werden aufgefordert, in der Agitation ein Hauptgewicht auf die Förderung der Erkenntnis zu legen, daß alle bürgerlichen Parteien der Sozialdemokratie als reaktionäre Parteien gegenübertreten. 2. Mitglieder der sozialdemokratischen Partei dürfen künftig weder Vertrauensposten irgend welcher Art in einer bürgerlichen Partei bekleiden, noch einer bürgerlichen Fraktion angehören.“ —

Die Verordnung über den Prager Ausnahmezustand wurde von dem Ausschuss des österreichischen Abgeordnetenhauses mit Zweidrittel-Majorität genehmigt. Natürlich stimmten die Liberalen einhellig dafür. —

Der Bankrott folgt nun dem politischen Krach in Italien. Der Credito mobiliare mit einem Aktienkapital von 60 Millionen Lire (48 Millionen Franken) hat seine Zahlungen eingestellt. Es steht in Italien mehr auf dem Spiele als ein Ministerium, muß auch bei dieser Gelegenheit wieder hervorgehoben werden. —

Ist der Zar Präsident der französischen Republik? So muß man sich fragen, wenn man die folgende Depesche aus Paris liest:

Die extremen Blätter greifen die Kombination Spuller wegen der angeblichen Russeneindringlichkeit des Letzteren auf das Schärfste an; der „Intransigent“ nennt ein Kabinett Spuller eine Insult für Rußland. Auch der radikale „Voltaire“ hebt hervor, Spuller sei bisher ein Gegner der französisch-russischen Allianz gewesen. Einige Blätter, welche ein Kabinett Spuller sonst günstig beurtheilen, sagen demselben keine Dauer voraus. —

Panama in Bulgarien. Vor einigen Monaten wurde der Staatssekretär des bulgarischen Ministeriums des Auswärtigen, Zwan Panajotoff, der Verneinung von Staatspapieren und der Unterschlagung einer namhaften Summe von Staatsgeldern beschuldigt.

Jetzt hat ihn, wie das Regierungsorgan „Svoboda“ (Nr. 1248) mittheilt, das Appellationsgericht zu Sofia zu 8 Jahren Gefängniß und zur Rückgabe des unterschlagenen Geldes verurtheilt.

In Bulgarien ist man der Meinung, daß die himmelstreichenden Beweise des Verbrechens auf die Richter nicht so wirken würden, hätte der Angeklagte mit mehr Voracht von den Unterschlagungen der „anderen“, d. h. der „höheren“ Beamten gesprochen. Jedenfalls beweist dieser Prozeß und andere dieser Art, die in Bulgarien nicht selten sind, daß bei günstigeren Zeiten, d. h. nach dem Falle Stambulow's, eine ganze Unmasse Korruption aufgedeckt werden wird, so daß Bulgarien sich wie Frankreich und Italien auch seines eigenen Panama's rühmen können wird. —

Parlamentarisches.

Die sozialdemokratische Fraktion hat gestern durch Auer und Gen. folgenden Antrag eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen, folgendem Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Der Artikel 31 des Gesetzes, betreffend die Verfassung des Deutschen Reichs vom 16. April 1871, Bundes-Gesetzblatt 1871, Nr. 16, S. 63, wird wie folgt abgeändert:

Artikel 31.

Ohne Genehmigung des Reichstages kann kein Mitglied desselben während der Sitzungsperiode verhaftet oder wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen werden, außer wenn es bei Ausübung der That oder im Laufe des nächstfolgenden Tages ergriffen wird.

Auf Verlangen des Reichstages wird jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied desselben und jede Untersuchung, Straf- oder Zivilhaft für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben.

Der Seniorenkongress war gestern Mittag wieder zusammengetreten, um die Betheiligung der Fraktionen an den Kommissionen festzusetzen.

Eine definitive Entscheidung konnte noch nicht getroffen werden, weil nach einer Meldung des Abg. Dr. Bödel die Abgg. Schwarz, Bandmann und Dr. Sigl sich bereit erklärt haben, bei der Deutschen Reformparthei (Nichtmitglied) dergestalt zu hospitiren, daß sie, bei Befehung der Kommissionen, dieser Fraktion zugerechnet werden wollen.

Dadurch erreicht die Deutsche Reformparthei diejenige Mitgliederzahl, welche ihr geschäftsordnungsmäßig eine Betheiligung an den Kommissionen sichert, und wird daher das Stärkeverhältniß der verschiedenen Fraktionen in den Kommissionen eine Veränderung erleiden, die bis Morgen rechnermäßig festgestellt werden soll. Gegen den Anspruch des Abg. Bödel wurde von keiner Seite Widerspruch erhoben.

Die weiteren Verhandlungen des Seniorenkongresses ergeben, daß nach Erledigung des Jesuitenantrags der Reichstag in die Beratungen der Steuer Gesetze eintreten wird. Eine Verständigung über die Reihenfolge dieser Beratungen wurde nicht erzielt, weil die Vertreter der konservativen und national-liberalen Parteien den Wunsch hatten, mit dem 40 Millionen-Gesetz (Finanzreform) zu beginnen, während Zentrum, Sozialdemokraten und die vereinigten Freisinnigen den Standpunkt vertreten, zuerst die einzelnen Steuerentwürfe vorzunehmen. Die Entscheidung hierüber erfolgt in Plenum des Reichstages bei Feststellung der Tagesordnung für nächsten Montag. Das Zentrum sprach noch den Wunsch aus, die zweite Beratung des Jesuitenantrages unmittelbar an die erste Beratung anzuschließen, um eine Abstimmung über den Antrag zu ermöglichen, was, wenn die zweite Beratung nicht auf die Tagesordnung gesetzt wird, unthunlich ist.

Die Vertreter der Nationalliberalen und der sozialdemokratischen Fraktion besprachen den Zentrumsvorschlag, während das reichsinnige Mitglied des Seniorenkongresses widersprach und von konservativer Seite keine Äußerung erfolgte.

Die Handelsvertragskommission hat am 30. November in Anwesenheit zahlreicher Regierungsvertreter ihre erste ordentliche Sitzung abgehalten. Trotz des Vorschlages des Vorsitzenden, des Herrn Hammacher, von der Generaldebatte abzusehen und die einzelnen Verträge paragraphenweise durchzugehen, entspann sich eine lebhafteste Auseinandersetzung über eine Reihe grundsätzlicher Fragen. Die Redner der Konservativen, als erster Herr von Staude, kamen von Hundertsten ins Tausendste und erschöpften sich in Deklamationen über die Schrecken der Währungs-unstabilität und über die Gefahr der ausländischen Wettbewerbs-einflüsse. Herr v. Staude forderte eine statistische Uebersicht über die weder er noch die anderen Kommissionsmitglieder, noch die Regierungsvertreter sich klar werden konnten. Aber fast dreiviertel Stunden verstrichen bei unfruchtbarer Hin und Wieder, bis endlich der Verschiebungsdredner ersucht wurde, seinen Antrag schriftlich zu formuliren.

Ein reaktionelles Versehen, daß im spanischen Vertrag die Tariffähigkeit für grobe und feine Tuche verlehrt angesehen hat, soll im Plenum richtig gestellt werden: die spanische und deutsche Regierung haben sich darüber bereits verständigt.

Der Führer des Bundes der Landwirthe, Herr von Blöb, ersucht die Regierung um Aufklärung darüber, weshalb die spanische Regierung auf die Aufnahme des ermäßigten Roggenzolles Werth legt, und tritt für den Zinsfuß ein. Staatssekretär von Marschall erklärte, einen besonderen Werth habe Spanien dem 9.50 Mark-Zoll auf Roggen nicht beigelegt. Der Wunsch Spaniens, diese Tarifposition festzulegen, sei von der deutschen Regierung abgelehnt, dagegen sei die Weiszubehaltung zugestanden worden.

Auf die Frage des Herrn von Blöb, was Deutschland zu thun gedente, wenn Spanien gleich Italien Goldzölle einführt, und auf ähnliche Klagen Kardorff's führte Herr v. Marschall aus, daß die deutsche Regierung sich nicht verpflichten könne, da es sich in diesem Falle um eine Frage der inneren Politik Spaniens handle.

Der Zentrumsredner, Herr Lieber, setzte auseinander, daß der 1. Februar 1892, ein dies fatalis, ein Schicksalstag, sei, von dem an die Tarifverträge Deutschlands die Grundlage für die Handelspolitik geworden wären.

Die anderen Staaten hätten sich auf andere, als langjährige Verträge überhaupt nicht eingelassen. Man solle die alten Interessenkämpfe, die aus der Frage des Identitätsnachweises, der Währungsfrage u. s. w. hervorgehen, jetzt nicht ausleben lassen und verschärfen. Während der Umschlag des russischen Getreides am Pruth durch eine gute Kontrolle verhindert wurde, wurde von gut unterrichteten Leuten behauptet, daß in Emmerich gefälschte Ursprungszeugnisse vorkämen; ein holländischer Bürgermeister wurde beschuldigt, solche Zeugnisse zu fälschen und dadurch die Einschmuggelung des russischen Kornes als meistbegünstigtes Korn zu begünstigen.

Die Staatssekretäre von Bötticher und Marschall erbrachten auf Grund der Einfuhrstatistik und an der Hand von amtlichen und Handelskammerberichten den Beweis, daß Herrn Lieber's Behauptungen nicht begründet sind.

In Sachen der Ursprungszeugnisse, über die auch Graf Kanitz klagt — die russisch-rumänische Grenze sei unklar — giebt der Vertreter des preussischen Finanzministeriums bekannt, daß der

preussischen Finanzverwaltung bis heute auch nicht ein einziger Fall, wo Ursprungszeugnisse gefälscht worden seien, bekannt geworden wäre, auch in Emmerich nicht.

Der deutsche Konsul in Galatz schildert eingehend die sorgfältige Kontrolle, die seit dem Inkrafttreten des Differentialzolls auf russischen Roggen von den deutschen Konsuln in Rumänien geübt werde. Graf Kanitz fordert Abschluß von Handelsverträgen auf ein Jahr! Herr v. Staude erklärte, dagegen langfristige Verträge seien notwendig. Die von Bachem und Andern als bedenklich bezeichnete Einfuhr russischer Weizen wurde als unerheblich nachgewiesen.

Ein statistischer Nachweis über die Lohn- und Arbeitszustände in der deutschen Textilindustrie, um den Schoenlank ersucht, wird von dem Regierungsvertreter, soweit dies in der Kürze der Zeit möglich, zugesagt.

Die nächste Sitzung findet am 1. Dezember Vormittags 10 Uhr statt.

Das soeben ausgegebene erste Verzeichniß der bei dem Reichstage eingegangenen Petitionen umfaßt 8247 Nummern. Besonders zahlreich sind die Petitionen um Beibehaltung des Gesetzes, betreffend den Orden der Gesellschaft Jesu. Sehr viele Petitionen sind ferner zu den Entwürfen eines Tabaksteuer-Gesetzes, sowie eines Weinsteuern-Gesetzes eingegangen.

Parteinachrichten.

Parteiliteratur. Der Parteivorstand hat beschlossen, die letzten Statuten der Abgeordneten Vebel und Liebnecht in Massenaufgabe herstellen zu lassen. Die Broschüre wird 4 Bogen großen Formats stark und soll im Detail 15 Pf. kosten. In Kolportage und bei Partienbezug wird die Broschüre für 10 Pf. abgegeben.

Bestellungen sind zu richten an die Buchhandlung des „Vorwärts“, Berlin SW., Beuthstr. 2.

Bei den Stadtverordneten-Wahlen in Halle a. S. gelang es den Sozialdemokraten, in zwei Bezirken mit ihren Kandidaten durchzubringen.

„Wegen sozialdemokratischer Umtriebe“ wurde der Kreisverein in Großbrettenbach, einer thüringischen Seesiedlung, aufgelöst und sein 1000 M. betragendes Vermögen — konfisziert. Wird sich der Verein das gefallen lassen müssen? — Der Kreisverein in Blankenbain dagegen scheint durchaus militärtauglich und musterknabenhaft zu sein; er schloß drei Mitglieder wegen sozialdemokratischer Gesinnung aus.

Genosse Thiel (Wreslau) hat am 29. November den Rest seiner 17monatlichen Gefängnisstrafe, die in noch 15 Wochen angetreten. Er war, wie wir bereits mitgetheilt, gegen Kaution von 5000 M. beurlaubt worden, um der Beerdigung seiner Mutter beizuwohnen.

Der schweizerische sozialdemokratische Parteitag fand am 26. November in Olten statt. Es waren 43 Delegirte aus 18 Orten vertreten. Der Parteitag wurde von Bullischleger-Basel „ohne Thronrede“ eröffnet. — In seinem Referat über die „Propaganda für das Recht auf Arbeit“ theilt Genosse Bullischleger mit, daß für das Initiativbegehren 62 642 Unterschriften gesammelt worden seien. Die Geschäftsleitung wurde beauftragt, die Agitation einheitlich und energisch fortzusetzen. Bezüglich der Nationalratswahlen hebt der Referent die Wichtigkeit der selbstständigen Thätigkeit der Genossen in den einzelnen Wahlkreisen hervor. Von einer Zentralkasse aus lasse sich diese Agitation nicht leiten. Die Zahl der für sozialdemokratische Kandidaten abgegebenen Stimmen schwankt in der Schätzung zwischen 25 000 bis 32 000 Stimmen. Abgegeben wurden von den circa 600 000 Stimmberechtigten ungefähr 350 000 Stimmen. Davon fielen auf sozialdemokratische Kandidaten 25 000, so daß, wenn das Proportional-Wahlsystem eingeführt wäre, 8—10 Mandate der Partei zufallen würden. Die Verlegung der Parteifester auf einen Sonntag könne für die Schweizer Genossen als überwindener Standpunkt gelten. Bullischleger berichtet ferner, daß vom Züricher Kongress, welcher 10 000 Franken Kosten verursacht habe, noch 705 Franken zu decken seien. Man stimmt der Anregung bei, sich zur Deckung dieses Defizits an die Genossen des Auslands zu wenden.

Beschlossen wurde ferner einstimmig, in der ganzen Schweiz eine Geldsammlung zu veranstalten, um den in Bern wegen des Krawalls Angeklagten eine tüchtige Verteidigung geben zu können. (Der Prozeß dürfte ca. 3 Wochen dauern.)

Ein Antrag aus Luzern, an den Bundesrath das Verlangen zu stellen, arbeitslose Schweizerbürger aus Bundesmitteln zu unterstützen, führt zur Beschließung der Einreichung einer bezüglichen Petition an den Bundesrath.

Genosse Lang referirt hierauf über die Initiative über die allgemeine unentgeltliche Krankenpflege. Eine Resolution, welche die Erlangung einer unentgeltlichen Krankenpflege als das Ziel sozialdemokratischer Politik hinstellt, fand Annahme. An den Vortrag des Genossen Lang knüpfte sich eine lange Debatte über das „Tabakmonopol“. Einige Redner verwarfen dasselbe als ein staatskapitalistisches Unternehmen. Von anderer Seite hingegen wurde geltend gemacht, daß das Monopol früher oder später doch kommen werde; deshalb sei es gerathen, dasselbe jetzt zu verlangen, gleichzeitig aber die Bedingung daran zu knüpfen, aus den Ueberschüssen die Kosten für die unentgeltliche Krankenpflege zu bestreiten. Als Vorort der Partei wird hierauf, da Basel eine Wiederwahl abliege, Solothurn und als Präsident der Geschäftsleitungs-Kommission Fürholz gewählt. In das Parteikomitee werden gewählt: Wieng-Winterthur, Heritier-Genf, Lang und Sidel-Zürich, Steiger und Bullischleger-Basel, Devoignes-Neuenburg, Sted-Bern, Eugénbühl-Binzenthal und Zimmermann-Luzern. Die Geschäfts-Prüfungskommission ist von den Orten Winterthur, Basel und Zürich zu bestellen.

Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, welche selbständiges Vorgehen empfiehlt bei Aufstellung von Kandidaturen nach Maßgabe der Proportionalität.

Damit waren die Verhandlungen erschöpft und Genosse Bullischleger schloß den Parteitag mit dem Wunsche, derselbe möge eine weitere Etappe bilden in der Entwicklung der Partei und lud die Anwesenden ein zu einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie, in welches dieselben begeistert einstimmten.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. W. Dieß Verlag) ist soeben das 8. Heft des 12. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Wet- und Buchtage. — Stützen zur Tabaksteuer. Von Unus. — Der Niesenaussatz im englischen Rohlengewerbe. Seine Ursachen, sein Streitobjekt und seine Begleitererscheinungen. Von Ed. Bernstein. (Schluß). — Preussische Gewerbe-Inspektion im Jahr 1892. Von Dr. Max Quard. — Notizen: Die endlich erschienene Statistik der Reichstagswahlen von 1892. — Literarische Rundschau. — Feuilleton: At. Danan. Skizze aus dem sibirischen Leben von Wladimir Korolenko. Deutsch von Norbert Hoffmann. (Fortsetzung.)

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, den 1. Dezember.
Opernhaus. IV. Sinfonie-Abend der königlichen Kapelle.
Schauspielhaus. Das Buch Hiob.
Deutsches Theater. Raim. Die Mitschuldigen.
Berliner Theater. Der Weichensprecher.
Lesing-Theater. Der Andere.
Friedrich-Wilhelmstädt-Theater. Der Vogelbändler.
Reichens-Theater. Die Dragoner.
Wallner-Theater. High-life-Vorstellung.
Neues Theater. Jugend.
Central-Theater. Die eiserne Jungfrau.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vortag: Die Bajazzi.
Victoria-Theater. Die sieben Raben.
Alexanderplatz-Theater. Die Konfessionen.
National-Theater. Der Schlosser.
Theater Unter den Linden. Milano.
Wintergarten. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollon-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
Novität! **Novität!**
Gastspiel
des Herrn Direktor Franz Gottschald.
Zum 2. Male:
Der Schlosser.
Soziales Lebensbild in 5 Aufzügen von Franz Gottschald.
Regie: Franz Gottschald.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater.

Alte Jakobstraße 30.
Zum 2. Male:
Die eiserne Jungfrau.
Poffe mit Gesang in 3 Akten von Charles Clairville.
Musik von Louis Varney.
Anfang: 7 1/2 Uhr.
Sonntag Nachmittags-Vorstellung:
Drei Paar Schuhe.
Poffe mit Gesang von C. Görlitz.
Musik von Willöder.
1. Parquet 1 M. 2. Parquet 70 Pf.
Parquet Haut. 1,25 M. 1. Rang 7. 1 M. 1. Rang Sperre 80, 60 und 40 Pf. Loge 2 M. und 1,50 M. Stehplätze 50 Pf.

American-Theater.

Neu! Zwerchschüttler! Neu!
Die Gründung Roms
in der Mäckerstraße,
oder:
Die Rache
des
Gänserichs.
Hochkom. Burleske
von Oscar Wagner.
Parodie! Ukl! Humor!
Musik. sämtl. Spezialitäten.
Anf. Abtg. 7 1/2 Uhr. Sonnt. 6 1/2 Uhr.

Adolph Ernst-Theater.

Charley's Tante.
Schwan in 3 Akten v. Brandon Thomas.
Vortag:
Die Bajazzi.
Parodistische Poffe mit Gesang in 1 Akt v. Ed. Jacobson und Benno Jacobson.
In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Victoria-Brauerei.

Lühnowstraße 111-112.
Jeden
Freitag und Montag:
Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Im Vorverkauf 40 Pf.
(siehe Plakate).
Amüsantes Programm.
Unter anderem:
Britton in "O diese Weiber!"
Meynel als "Eine gefälschte Lili".
Billemchen als Heinzlins Regenwurm.
Stiedl als "Sänger Trillerini".
Sonntag: Soiree in Sanssouci.

Etablissement Buggenhagen.

Moritz-Platz. Moritz-Platz.
Täglich: Gr. Instrumental-Konzert.
Gr. Frühstück- u. Mittagstisch.
Spezial-Anschank von Pakenhoser Lagerbier, hell und dunkel.
An den Wochentagen findet das Konzert in den unteren Restaurationsräumen, Entree 10 Pf. Sonntag in dem oberen Saal, Entree 25 Pf., statt. Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten etc.

Kaufmann's Variété

Stadtbahn-Station Alexanderplatz.
Täglich: Grosse Spezialitäten-Vorstellung
von nur Künstlern I. Ranges:
Bernhard Leitner, Athlet und Preisringer. Kraftproduktion m. 2 Pferden. Familie Ueberle, Portier-Gymnastiker. Gebr. Palmer, Gymnast. Zahnproduktion. Signorina Kathi, Drahtkünstlerin. Fr. Müller, Schlangendame. Fr. Toral Kör, Ungarische Sängerin und Tänzerin. Georg Cordes, Gesangshumorist.
Anfang: { Sonntags 6 Uhr.
 Wochentags 8 Uhr.
 Sonntags 7 1/2 Pf.
 Wochentags 50 Pf.
 A. Zimmermann.

Präuser's MUSEUM

anatomisches Friedrichstraße 65a, Ecke Mohrenstraße
darunter der Schulanal der Angeln des deutschen Militärs, fünf Körper gehend durch
Geöffnet von früh 9-10 Uhr Abends für erwachsene Herren.
Dienstag u. Freitag: Damentag.
Entree 50 Pf.

Alcazar.

Dresdenerstr. 52/53 Annenstr. 42/43
Täglich: Spezialitäten-Vorstellung.
Francis Era am asiatisch. Lustapparat
Arthur Valleno, der für n fährige Wunderknahe.
Im vierten Stock.
Charakterbild in 1 Akt.
Entree: Wochentags 15 Pf.
R. Winklor.

Gratweil'sche Bierhallen

Commandantenstr. 77-79.
Welt. u. größt. Etablissement. Berl.
Neues Programm.
Täglich von 6 1/2 Uhr ab:
Concert d. ungarisch. Magnaten-Kapelle
und Auftreten von Künstlern u. Spezialitäten
I. Ranges.
Anf. Wochent. 7 1/2 Uhr. Entree 15 Pf., reserviert 30 Pf. Anf. Sonntags 6 Uhr. Entree 30 Pf., reserviert 50 Pf.
Anerkannt gute Küche.
Säle
für Festlichkeiten u. Versammlungen. 3 Regelbahnen, 6 Bill., pr. Sid. 60 Pf. Spieler zahlen kein Entree.
Carl Koch.

Circus Renz.

(Karlstraße.)
Freitag, den 1. Dezember 1893, Abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Extra-Vorstellung.
U. a.: 6 Trak. Rappen u. Karoussel von 30 Pferden, vorgeführt v. Herrn R. Renz. Jeu de la rose, geritten v. Frau Renz-Stark und Miss Edith. Concurrenzschaule und die Steiger Solon u. Alep, geritten von Fräulein Oceana Renz und Frau Renz-Stark.
Zum 1. Male: Neu! Der musikalische Clown-Imitator Ybbs. Neu!
Zum 1. Male: Jones & Robinson, Excentrics on the Parallel-Bars latest novelty. Gebürdler Prodiand, Gebr. Krasnicki. Die gr. Tromplinspränge mit Feuerwerk u. f. w. Zum Schluss:
Soldatengruss an Berlin.
Gr. Parade-Schaustück v. Dir. Fr. Renz, mit Aufzügen, Festspielen, Solo- und Ensemble-Tänzen von 80 Damen.
Preise wie gewöhnlich. Billet-Vorverkauf an der Zirkuskasse und beim Invalidendank, Marktgrafenstr. 61a.
Sonabend: Grosse Vorstellung.
Fr. Renz, Direktor.

Verband der Geschäftsdiener, Bader und Berufsgenossen.

Am 28. November verstarb unser Kollege und Vorstandsmitglied
Albert Müller
im Alter von 32 Jahre am Herzschlag. Der Verband verliert in ihm einen allezeit thätigen Kollegen, die Vorstandsmitglieder einen braven Mitarbeiter. Ehre seinem Andenken. [171/18
Die Beerdigung findet am Sonntag, Nachmittags 4 Uhr, von der Halle der Zionsgemeinde, Neu-Weiskensee, Gustav Adolfstr. 64-67 aus statt. Um zahlreiche Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Malerei!

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 28. November, Abends 8 1/2 Uhr, unser Mitglied
Ernst Exner
nach langem, schwerem Leiden an der Proletarierkrankheit verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 3. Dezember, Nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofs von heiligen Kreuz in Mariendorf aus statt. Ehre seinem Andenken!
Um zahlreiche Beteiligung bitten
Die Mitglieder der Filiale VII S.W.

Dankagung.
Allen lieben Verwandten, Bekannten und Kollegen, die meinem lieben Mann, dem Töpfer **Oskar Schuhmann** die letzte Ehre erwiesen haben, spreche ich meinen tiefgefühltesten Dank aus.
5005 **Wittve Schuhmann.**
Die gegen Herrn Richard Nagel in Schuhmann's Salon ausgestandenen Beschludigungen habe ich zu Unrecht gethan, nehme dieselben hiermit zurück und erkläre den Betreffenden als einen Ehrenmann. [4965] **G. Schmidt.**



Passage-Panopticum.
50 Pf.
incl. Theater.

Castan's Panopticum.

Ohne Extra-Entree.
Die 17jährige Siamesin „Krao“
der Uebergang vom Affen zum Menschen.
Circus G. Schumann,
Friedrich-Karl-Ufer, Ecke Karlstrasse.
Freitag, den 1. Dezember, Abends 7 1/2 Uhr:
Gr. anjeredentl. Vorstellung
unter persönlicher Mitwirkung des Direktors.
Besonders hervorzuhoben:
Fidibus, ahal. Race als Springpferd vorgeführt vom Direktor. Rocco-Quadrille 16 Damen. Damen-Jockey Miss Orford.

Doppel-Bolero.

spanischer Nationaltanz, geritten von den Fräul. Adels Schumann u. Footitt, den Herren Adolf Schumann u. Ackermann. Paul und William, musikal. Clowns. Ungarischer Nationaltanz von 20 Damen. Zweites Auftreten der neu-engagierten Reikünstl. Miss Margerithe.
Die Sonnenstrahlen,
ausgeführt mit eigens dazu dressirten Hengsten nach der bekannten Musik
Ta-ra-ta-boom-da-ay,
dressirt und vorgeführt v. Herrn Max Schumann. Luft-Potpouri Geschwister Lecusson. Mr. Ricobono, Jongleur. Original-Clown William Olschansky etc. etc.
Sonabend, 2. Dezember: Gr. Vorstellung. Auftreten neu engagierter Spezialitäten.
Sonntag 2 Vorstellungen. Nachmitt. 4 und Abends 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei.
Hochachtungsvoll und ergebenst
G. Schumann, Direktor.

Neue freie Volksbühne.

„Das Gewitter“ von H. Ostrowsky.
Sonntag, 3. Dezember: III. Abtheilung.
„Die Jugend“ von Max Halbe.
Sonntag, 10. Dezember: I. Abtheilung.
Sonntag, 17. Dezember: II. Abtheilung.
Sonntag, 31. Dezember: III. Abtheilung.
Gesangsabtheilung
der Neuen freien Volksbühne
Montags und Donnerstags 8-10 Uhr, im Königstädt. Gymnasium, Elisabethstraße 57. Ausnahme Montags. Gediegene chorgesangliche Ausbildung durch den königl. Musikdirektor Adolf Gebrian. Monatsbeitrag 75 Pf. Stimmgebare Damen und Herren wollen sich 41 beitreten, da ein größeres Chorwerk zur öffentlichen Aufführung eingeleitet wird.
453/2

Tischler-Verein.

Sonnabend, den 2. Dezember, Abends 9 Uhr, Melchiorstr. 15:
Versammlung mit Damen.
Vortrag des Herrn Dr. Heymann über: „Wie schützt der Arbeiter seine Gesundheit.“
831/4
Der Vorstand.

Verband der Bauarbeiter u. Berufsgenossen Deutschlands.

Zahlstelle Berlin.
Mitglieder-Versammlung
am Sonntag, den 3. Dezember, Vormittags 11 Uhr, bei Saeger, Grüner Weg 29.
Tagesordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom 3. Quartal 1893. 4. Abrechnung vom Stiftungsfest. Gäste, d. Mitglieder eingeführt, haben Zutritt.
404/5 **Die Ortsverwaltung.**
Zwei Vereinszimmer, 40-20 Personen, sind noch für einige Tage der Woche zu haben mit Instrument.
S. Reimann,
4956 Alte Schönhauserstr. 42.
Möbl. Schlafstelle für ein oder zwei Herren Köpnickstr. 43, v. 3 Tr. bei Ww. Klauke. 4955

Allgemeiner Verein der Töpfer Deutschlands.

(Filiale Berlin.)
Sonntag, den 3. Dezember, Vormittags 10 Uhr, bei Philipp, Rosenthalerstr. 38:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Abrechnung vom 3. Quartal. 3. Vereinsangelegenheiten.
386/7 **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Sonntag, den 3. Dezember, Vormittags 10 Uhr, im Lokal des Herrn Siebig, Gr. Frankfurterstr. 28:
Versammlung
für die Bezirke Osten und Friedrichsberg.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Joël über: „Aus den ältesten Tagen der Menschheit“. 2. Diskussion. 3. Verbands- und Werkstattangelegenheiten. Hierzu sind die Kollegen der Werkstätten von **Wolkner, Königsbergerstr. 30; Hansen, Fruchtstr. 25 (Drechsler); Rahland, Grüner Weg 87; Erbe, Gr. Frankfurterstr. 32; Feiler u. Plathen, Königsbergerstr. 10,** besonders eingeladen.
481/10
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Ost- u. Westpreussen. Achtung!

Sonntag, den 3. Dezember, Nachmittags 5 1/2 Uhr, bei Cohn (fr. Robert), Benthstr. 22:
Gr. öffentliche Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen **Hassenbach** über: Nutzen und Bedeutung der Gewerkschaftsorganisation. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 254/18
Nacher gemüthliches Beisammensein und Tanz. Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Agitations-Kommission.

Sozialdemokratischer Agitationsklub

für den Osten Berlins.
Sonntag, den 3. Dezember, in Joel's Fest-Sälen, Andraestr. 21: 460b
II. Stiftungs-Fest
bestehend in **Concert, Theater-Vorstellung, Aufführung lebender Bilder und Tanz.** Anfang 4 Uhr.
Billets à 30 Pf. sind in den mit Plakaten belegten Handlungen zu haben.

Freiland.

Heute, Freitag, den 1. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, im Saale von Buggenhagen (Moritzplatz):
Große öffentl. Versammlung.
Vortrag des Herrn Dr. Hertka aus Wien über „Freiland und der Antisemitismus.“ Damen und Herren haben Zutritt. 499b

Charlottenburg.

Sonntag, den 3. Dezember, Vorm. 10 1/2 Uhr, in der Gambrinus-Brauerei, Wallstr. 46:
Versammlung
sämtl. Kommunal-Wähler des 5. Bezirks.
Tages-Ordnung:
1. Die bevorstehende Stichwahl am 4. Dezember und deren Bedeutung. 427/20
2. Diskussion.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Einberufer.

Musik-Instrumente.

Nur kurze Zeit.
Harmonikas, Leierkasten, Saiteninstrumente, Musikwerke alten und neuen Systems, Orgeln, Blasinstrumente etc. etc., sämtlich aus der rühmlichst bekannten Berliner Musikinstrumenten-Fabrik vormals **Ch. F. Pietschmann & Söhne**, werden zu Selbstkostenpreisen verkauft im neu eröffneten Laden
572/2
Alexanderstr. 14, Carl Lorbeer.

Achtung, Töpfer!

Auf dem Bau des Töpfermeisters **Emil Bruck**, Kantstr. 63, sind acht Kollegen gemahregelt worden, weil dieselben nicht gewillt waren, unter unserem jetzt bestehenden Lohnarif zu arbeiten; es handelt sich wieder um Abzug der 2 Mark 50 Pf. bei Oefen ohne Medaillon und Kuffag, und ebenso werden bei den Maschinen Abzüge gemacht. Der Herr **Bruck** war auch nach persönlicher Rücksprache unsererseits nicht dazu zu bewegen, unsere Forderung anzuerkennen. Wir ersuchen also die Kollegen, den Zugug nach dort fernzuhalten. 325/19
Der Vorstand.
J. A.: Richard Coyf, Gipsstr. 3.

Ehrenerkklärung!

Hiermit erkläre ich Fräulein **Marie Rosack** für ein ehrenhaftes Mädchen, und nehme die Beleidigung zurück.
Fran Becker.
Vereinszimmer m. Pianino ist zu verg. Beuthstr. 11. C. Langkutt. 51492 *
Eine frdl. Schlafstelle zu vermieten bei Winkel, Zimmerstr. 38, v. 2 Tr. r.

Parlamentarische Berichte.

Deutscher Reichstag.

9. Sitzung vom 30. November 1893. 1 Uhr.

Am Bundesrathliche: Graf v. Caprivi, v. Büttcher, Miquel, Graf von Posadowsky, v. Marschall.
Die erste Berathung des Reichshaushaltsetats für 1894/95 wird fortgesetzt.

Abg. Zimmermann (Antisemit): Wir befinden uns jetzt unter der Nachwirkung der Bewilligung der Militärvorlage, die nur erfolgt ist unter der Voraussetzung, daß die Lasten von den schwächeren Schultern ferngehalten werden. Mit der Einführung der Dienstaltersklassen sind wir einverstanden; über die Ausnahme der Postbeamten werden wir beim Postetat sprechen können. Wir werden in der Fürsorge für die unteren Beamten nicht erlahmen. Die Liebesbetreibungen für den Mittelstand sind sehr platonisch, denn wenn Herr v. Frege vorschlägt, die Dreipennigmarke abzuschaffen und die Postkarte zu besteuern, so trifft das gerade den Mittelstand, bei dem man eine wachsende Unzufriedenheit findet. Wenn Herr Miquel selbst zugegeben hat, daß die Grundrente und Besitztrente heruntergehen muß, dann bleibt um so unverkennbarer, wie man für neue Handelsverträge eintreten kann. Man versucht die Agitation der Landwirthe als „demagogisch“ zurückzuweisen. Demagogie hat man schließlich jeder Partei vorgeworfen, jetzt den Konservativen. Wo soll denn das hinführen, wenn wir jede lebhafteste Agitation als „demagogisch“ bezeichnen. Diese Bewegung ist der Ausdruck der tatsächlichen Wünsche des Volkes, die von den Agitatoren nur offen ausgesprochen werden. Die Gewerbetreibenden wissen nicht mehr, wie sie sich ihre Existenz sichern sollen gegenüber den Konsumvereinen, die in Sachen eine Waffe der Sozialdemokraten geworden sind, um den Mittelstand zu zerstören, und von oben herab werden die Offiziere und Beamtenvereine empohlen! Wohin treibt der neue Kurs, wenn es so weiter gehen soll? Wie kann man nach auf wirtschaftliche und patriotische Gesinnungen rechnen, wenn diese Kreise in den Untergang getrieben werden? Der lachende Erbe ist die Sozialdemokratie. Wenn die Gerichtskosten so groß sind, daß der Mittelstand gar nicht mehr mag, an die Gerichte zu appelliren, so ist das geradezu eine Rechtsverkürzung. Es muß endlich eine Reform des Anwalts- und Kostenwesens in Angriff genommen werden. Auch die Mängel des famosen Klebezuges drücken die Landwirtschaft und das Kleingewerbe, zumal die meisten Gelder verschlungen werden von der Verwaltung. Alle Versicherungen müssen zusammengefaßt und vereinfacht werden, damit die Gelder wirklich den Arbeitern zufallen. Die Quittungssteuer besteht in Frankreich, aber es besteht dort eine sehr große Erbitterung darüber. Entgegen den Versprechungen des Reichskanzlers vermindert man mit der Vorkassesteuer den Quittungs- und Frachtbrief-Stampel. Auch die Tabaksteuer trifft nur den kleinen Mann. Den Schaumwein mag man besteuern, aber nicht den gesamten Weinhandel ruiniren. Die Hauptsache ist, daß Tausende von Arbeitern beschäftigungslos werden, das ist besonders bedenklich in einer Zeit, wo schon große Arbeitslosigkeit herrscht. Daß die Regierung daran gedacht, eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit zu schaffen, für die Arbeiter ein Unterkommen zu schaffen? Die Tabaksteuer treibt aber die Arbeiter in die Arme der Sozialdemokratie. Wir sollen andere Vorschläge machen. Es handelt sich nur um die Deckung der Kosten der Militärvorlage; wenn man sich um die gemachten Versprechungen herumdrücken will durch die sogenannte Steuerreform, so machen wir nicht mit. Es handelt sich nicht um 100, sondern nur um 50—60 Millionen. Die Börse muß mehr ergeben. Wenn die Regierung nicht vorgeht, dann werden wir selbst eine Vorlage machen. Wir wissen nicht, warum das stolze Deutsche Reich immer vor der Börse halt machen soll! Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg für eine Reichs-Einkommensteuer, wenn man sie nur will. (Zustimmung im Centrum.) Für die Einzelstaaten, welche noch keine Einkommensteuer haben, wird es sehr vorthelhaft sein, wenn sie eine so gerechte Steuer einzuführen von Reich wegen gezwungen werden. Man verweist auf den Nothstand der Wörstener. Das ist sehr rührend zu lesen in der „Frankfurter Zeitung“; aber man hat wohl keine Ursache nach dieser Seite hin rührend zu sein, man sollte lieber an die armen deutschen Brüder denken (Redner spricht mit sehr lauter Stimme und wird von den Sozialdemokraten durch den Ruf: „Anter!“ unterbrochen). So laut, wie Sie, Herr Richter, spreche ich noch lange nicht (Heiterkeit). Herr Bebel hat selbst erzählt, daß er 200 Thaler erhalten habe zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und daß er sie verwendet habe zur Bekämpfung des National-Liberalismus. Herr Bebel scheint also die sozialistische Anschauung über das Eigentum schon früher gehabt zu haben. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Es würde sich auch empfehlen, eine Dividendensteuer einzuführen, weil es Aktien-Gesellschaften giebt, die bis 20 Prozent Zinsen ergeben. Diese Aktiengesellschaften sind meist in den Händen der Wörstener, die schließlich weiter nichts zu thun haben, als die Koupons abzuschneiden. Man könnte jede über 5 pCt hinausgehende Dividende besteuern, das würde sehr viel weniger kosten als die Durchsicherung der Tabak- und der Weinsteuer. Herr Richter fühlte sich gestern wieder einmal verpflichtet, sein Sprüchlein gegen die Antisemiten herzugeben; er glaubte wahrscheinlich in der Generalversammlung seines Vereins zur Abwehr des Antisemitismus zu sein. Der Antisemitismus ist eine Kulturbewegung, die heute durch alle zivilisierten Völker hindurchgeht; er ist der Ausdruck eines geherrigerten Nationalgefühls. Herr Richter spricht immer von Bildung und Humanität; er mag sich einmal ansehen, was die Geistesheroen Kant, Schopenhauer, Richard Wagner u. A. gesagt haben. Diesen gegenüber ist die Autorität des Herrn Richter vollständig null. Wir leben nicht in einem christlichen Staat, sondern in einem sogenannten Rechtsstaat. Die meisten Rechtsanwält sind Juden und überall in Stadt und Land sehen wir, welche große Entwicklung das Judentum genommen hat. Deshalb muß der Deutsche Reichstag einmal Klarheit schaffen, weil sonst die besten Elemente des Deutschtums zusammenbrechen gegenüber dem jüdischen Erwerbssinn. Die Regierung sollte einmal mit derselben Schärfe, mit welcher sie gegen die Landwirthe sich ausspricht, sich auch gegen die Juden und die Börse äußern. Die besten Geister unseres Volkes stehen bei diesem Kampfe auf unserer Seite. Wir verfolgen nicht den einzelnen Juden, sondern die gesammte üble Erscheinung in unserem Kultur- und Wirtschaftsleben; das ist eine heilige Aufgabe, die wir zu erfüllen haben im Interesse unseres Volkes. Was muß man davon denken, daß die deutsche Reichsregierung keinen Finger rührt, um die Verfolgung des Deutschtums in Oesterreich zu verhindern. Das Deutsche Reich muß für das Deutschtum im Ausland als Schutzmacht erscheinen. Auch der Reichskanzler hat auf diesem Gebiete etwas veräumt. Auch die deutsche Kolonialpolitik findet im Lande mehr und mehr Anhänger. Aber die Art und Weise, wie die Regierung sich dazu verhält, findet immer mehr und mehr Verurtheilung im Volke. Die Aufgabe von Sausbar war ein großer staatsmännischer Fehler, und die unnützen, leichtsinnig unternommenen Expeditionen machen auch das Ansehen der Regierung nicht größer. Ich bin der Meinung, daß die soziale Frage nicht gelöst werden kann ohne eine vernünftige Kolonialpolitik. Schreiben wir auf dem jetzigen Wege fort, so treiben wir eine Politik wie gewisse Leute

vor der französischen Revolution und treiben viele Existenzen in das rothe Lager hinüber, wo man ihnen ja bereitwillig die Arme öffnet. Herr Bebel hat Recht, das Steuerprogramm der Regierung wirkt revolutionär. Deshalb bekämpfen wir es. Werden die Steuern in dieser Form durchgeführt, dann wird ein Sturm des Unmuths durch das gesammte deutsche Volk gehen. Wer hat denn den Rath gegeben, daß die feierlichen Versprechungen des Reichskanzlers nicht gehalten werden? Wer hat den Rath gegeben zu diesen neuen Steuervorlagen, die den Mittelstand vernichten? Das Mißtrauen gegen den neuen Kurs ist allerdings in einem Umfange wieder erwachsen, wie nie zuvor. Es wird zu einer Sturmfluth anschwellen, die bis zu den Ministersejesseln hinaufstößt. Im Volke wird man sagen, wie ist es möglich, daß der Wortbruch geheißigt wird, wie ist es möglich, daß die Militärvorlage im Deutschen Reiche erschlichen worden ist? (Zustimmung bei den Antisemiten.)

Abg. Liebknecht: Der Antisemitismus ist weder eine Kulturbewegung, noch hat er sich über die ganze Welt verbreitet. In Frankreich ist die ganze antisemitische Gesellschaft in dem Schmutz des Panamastandals mit untergegangen, und England, Italien und Amerika kennt gar keinen Antisemitismus. Er beschränkt sich auf Deutschland und ist hervorgerufen worden durch die ungeheuren wirtschaftlichen Verhältnisse. Sie (zu den Antisemiten) wollen der Maschine zu Leibe gehen, mit der ganzen modernen Kultur brechen, indem Sie zu mittelalterlichen Zuständen zurückkehren, wir wollen die Fortschritte der modernen Kultur retten für eine höhere Gesellschaftsform, die auf Vernunft und Gerechtigkeit gegründet ist. Wir sind eine Kulturpartei, Sie eine Vertretung der Antikultur. Hinter unserer Stellungnahme zur Börsesteuer soll ein „Geheimniß“ stecken. Sagen Sie es doch offen, wie Sie es schon hundert Mal gesagt haben: wir sind von den Juden bezahlt worden. Die ganze Sozialdemokratie wird ja nach Ihrer Meinung von den Juden bezahlt. Auf derartige Dinge haben wir gar keine Antwort. Nach einem mir zugegangenen Brief sind wir sogar von den Jesuiten erlauft worden. Ich bin hundert Mal als verkauft an die französische Regierung bezeichnet worden; in Frankreich hat man mich als verkauft an den Grafen Caprivi demuzirt. Alle diese Vorwürfe sind nur ein Zeugniß für unsere Nachstellung. Wollen Sie (zu den Antisemiten) den kleinen Handwerkern und Bauern helfen, so dürfen Sie nicht mit den kleinen Mittelstücken à la Schulze Delisch kommen. Nicht durch das jüdische Kapital wird der Bauernstand zu Grunde gerichtet, wie England und Amerika zeigen, wo das jüdische Kapital keine Rolle spielt, sondern durch das Kapital sehr christlicher Germanen, die Sonntagstage zwei Mal in die Kirche gehen. Wie viele Juden haben Sie denn in Oesterreich und wie viele Junker? Durch Herrn von Frege soll ja mancher Bauer gelegt worden sein. Nach denselben ökonomischen Grundsätzen muß Herr Krupp durch seine Großindustrie das kleine Handwerk vernichten (Lachen rechts), wenn er auch sonst der gutmüthigste Mann von der Welt ist. Bei den sächsischen Landtags-Wahlen haben die Antisemiten vor uns die Segel streichen müssen, weil die Wähler seit den Reichstags-Wahlen eingehen haben, daß die Antisemiten ihre Versprechungen nicht gehalten haben. Tausende, die bei den Reichstagswahlen antisemitisch stimmten, sind zu uns gekommen. Die Antisemiten geben an ihren Versprechungen zu Grunde, wie auch die Regierung, wenn sie falsche Vorpiegelungen macht und Wechsel ausstellt, die sie nicht einlöst. (Abg. Böckel: Sie versprechen den Zukunftshaar!) Wir sagen den Bauern: Euch vernichtet nicht der Jude, sondern die bürgerliche Gesellschaft und der Kapitalismus, für euch giebt es nur eine Rettung in der sozialistischen Gesellschaft. Das sind nicht unerfüllbare Versprechungen. (Abg. Böckel: Kommen Sie nur nach Hessen.) Ich bin ein Hesse, wir treffen uns dort. (Abg. Böckel: Auf Wiedersehen!) In den Prozeß in Hannover waren nicht nur jugendliche Offiziere verwickelt, sondern auch ein Generalmajor (Auf rechts: Kupper Diensten!), ein Oberlieutenant, ein Major, ein Hauptmann. Der letztere bereitete künstgerecht einen „Blattschlag“ vor, um einen reichen Gimpel zu lassen. Durch einen klaffischen Erpressungsversuch seitens der Offiziere verzichtete einer der Falschspieler schriftlich auf alle Forderungen, die „er eventuell an Offiziere der deutschen Armee haben könnte“. Deutet das nicht auf eine große Verbreitung der Spielfeuche? Wenn alle Offiziere gegen den Spielstempel wären, brauchte man keine Erlasse. Die Erlasse dagegen sind gewiß ebenso ernst gemeint, wie seiner Zeit der Erlaß des Prinzen Georg von Sachsen gegen die Soldatenmißhandlungen. Gewiß verabscheut und bedauert man diesen Schandfleck der Armee. Aber helfen werden die Erlasse gegen das Spiel ebenso wenig, wie der des Prinzen Georg geholfen hat. Der Militärberuf braucht eben eine solche Aufregung wie durch das Spiel, weil er, abgesehen von den höheren Offizieren, keine genügende ernsthafte geistige Beschäftigung bietet. In ganz bemerkenswerther Weise hat der Kriegsminister hier die Sache behandelt. Er erklärte, nicht die den Skandal in Szene gesetzt haben, sondern in weit höherem Grade die gebürtigen auf die Anlagebank, die ihn gebraudmarkt haben; diese interne Angelegenheit der Armee bekümmere den Reichstag nicht. Daraus spricht der militärische Geist, und gerade den wollte ich dem Volke nochmals demuziren. Das Militär betrachtet sich als über dem Jural stehend, der Kriegsminister sich als über dem Reichstag, über Gesetz und Verfassung stehend. Das militärische sic volo, sic jubeo muß halt machen vor den Thoren des Reichstages. Verweigert der Reichstag dem Militarismus die Mittel, dann hört dieser auf. (Lachen rechts.) Dieses Vach in die That umgesetzt heißt Staatsstreik. Dann ist das Militär hier und der Reichstag da und das deutsche Volk ist auch da. Nicht wir sind dem Kriegsminister Rechenschaft schuldig, sondern er uns. Sind das konstitutionelle Zustände, wenn der Kriegsminister in dieser Weise sich verachtungsvoll über das Urtheil des Reichstages ausdrückt?

Vizepräsident v. Buol: Ich kann nicht zugeben, daß von Seiten der Regierung verachtungsvoll vom Deutschen Reichstag gesprochen ist. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung. (Lebhaftes Oho! links.)

Abg. Liebknecht: Dann kann ich nur sagen: nichtachtend, aber einen geringeren Ausdruß kann ich nicht dulden, denn eine solche Stellungnahme gegen die Kritik des Reichstags können wir als Abgeordnete, die wir die Würde des Reichstags nach innen und außen zu wahren uns verpflichtet fühlen, nicht dulden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man sagt, die preussische Armee sei zu allen Zeiten auf der Höhe ihrer Aufgabe. Vor Jena zu einer Zeit, wo man mit derselben Unschicklichkeit und demselben Geiste geringschicklich von dem Jivollvold redete, ist sie es nicht gewesen. Wenn man seine Leistungen so hoch stellt und gegen jede Kritik so empfindlich ist, dann giebt man dem Argwohn Raum, daß der Glaube nicht völlig den Worten entspricht, daß man selbst zu zweifeln anfängt. Ueber die neuesten Attentate zu sprechen, wäre unter meiner Würde, wenn nicht Herr v. Frege den Appell an uns gerichtet hätte, dieselben von uns abzuschütteln. Wir haben das nicht nöthig, wir stehen auf einer Weltanschauung, welche jedes solche Attentat als Wahnsinn oder, wenn man will, als ganz gemeines Verbrechen hinstellt. Was nützt es uns, wenn der Reichskanzler

und der deutsche Kaiser getödtet wären? Hätte das eine Systemänderung gebracht? Gerade wie bei den Attentaten von 1878, die uns fälschlich in die Schuhe geschoben wurden, würde eine Reaktion gegen alle Fortschritte die Folge sein als die angenehmste Liebesgabe, Ihnen fast noch angenehmer als die von 41 Millionen; dann hätten Sie das Heft in Händen, und für die 41 Millionen nähmen Sie 100. (Sehr richtig: bei den Sozialdemokraten.) Daß Herr v. Frege das Bedürfnis fühlte, die Attentate abzuschütteln, könnte ich mir eher denken. (Heiterkeit.) Herr v. Frege kennt von der Geschichte und dem Wesen unserer Partei garnichts. Der Anarchismus spielt erst in ganz neuer Zeit in Deutschland eine Rolle; er ist bisher nur in solchen Ländern aufgetreten, wo die Unterdrückung so groß ist, daß sich eine gesunde sozialdemokratische Bewegung nicht entwickeln konnte. Wie kommt es, daß in Deutschland kein anarchistisches Attentat vorgekommen ist, wohl aber in den Ländern mit der fürchterlichen Gewaltthätigkeit und absoluter Unterdrückung, wie in Oesterreich, Italien, Spanien. (Zwischenrufe: Frankreich! Neindorf! Niederwald!) Es freut mich, daß Sie an Frankreich erinnern. Navachol stand im Dienste der Polizei (Widerpruch rechts.) Der Pariser Polizeipräsident Andrieux hatte jährlich 30 000 Francs zur Unterstüzung der Anarchisten und eines Blattes ausgesetzt, in dem auf jeder Seite gelehrt wurde, wie man Attentate macht. Der Bluthund, den man aufzog, um die bürgerliche Gesellschaft zu ängstigen, ist losgebrochen von der Kette und hat auf eigene Faust Attentate gemacht. Der Lockspiegel Jhring-Mablou, der in eine andere Stelle versetzt, aber nicht bestraft ist, hat den Sozialdemokraten gesagt: „Ihr seid lauter Feiglinge, man muß das Schloß in die Luft sprengen“, und er hat ihnen gezeigt, wie man Bomben dazu macht. Natürlich, unsere Genossen haben das nicht gethan. Aber wenn einer, der nicht durch die sozialistische Schule gegangen ist, eine gewöhnliche Verbrechennatur, derartige Dinge hört, ist es da zu verwundern, wenn an einem Schlosse eine Dynamitpatrone platzt oder Leute wie Navachol auftauchen? Die bürgerliche Gesellschaft hat sich der Lockspiegel bedient, weil sie glaubte, dadurch dem Fortschreiten der sozialdemokratischen Bewegung einen Knüppel zwischen die Beine werfen zu können. Das ist aus einer gewissen Geistesverwandtschaft geschoben. Das System des Anarchismus ist das Grundprinzip der heutigen bürgerlichen Gesellschaft, wie es Max Stirner ausgeführt hat. Der absolute Kultus des Ich, das Ich steht über allem. Me in Wille ist Gesetz, alle übrigen Menschen haben keinen Willen, oder müssen ihren Willen dem meinen unterordnen. Es ist das Prinzip, welches in der absoluten Monarchie, in dem persönlichen Regiment zum Ausdruck gekommen ist, welcher Gewalt über Recht geht. Es ist das Prinzip, welches herrscht in der heutigen bürgerlichen Gesellschaft. Nicht das Staatswohl, das Gemeinwohl, das Menschenthum ist das Ziel, sondern einfach der Kultus des Ich; ich mit meinem Kapital, mit meiner Geistes- und Körperkraft, ich werfe jeden nieder, der seine Kräfte gegen mich geltend macht. Die anarchische bürgerliche Gesellschaft ist die vollständigste Anarchie, der Krieg aller gegen alle, das absolute Nichtwählerischein in bezug auf die Mittel, das alles ist das Kennzeichen des Anarchismus. Der frühere Minister Puttkamer hat hier von der Niedertribüne gesagt, ein Anarchist sei ihm immer noch weit lieber, als ein Sozialist. (Sehr wahr! links.) Wenn Herr Puttkamer das für wahr hält, mag er nach Spanien gehen, hätte er das Theater in Barcelona besuchen sollen. (Heiterkeit.) Sie (rechts) wissen nichts von einer Liebesgabe, es sei Ihnen nichts gegeben. Aber wenn ihnen nichts gegeben ist, warum sträuben Sie sich, es heranzugeben? (Sehr wahr! links.)

Herr von Frege hat hier zum ersten Mal, so viel ich weiß, etwas neues gesagt, nämlich, daß die Gläubiger für die Goldwährung, die Schuldner für die Doppelwährung seien. Der Schuldner, der sich nicht für verpflichtet hält, seine Schulden ganz zurückzahlen, hat allerdings das Bedürfnis, möglichst wenig zurückzahlen. Wenn wir heute nach dem Willen der Abgg. v. Frege und v. Kardorff den Bimetallismus eingeführt hätten, dann brauchte jeder, der 1000 M. in Gold Schulden gemacht hätte, nur etwas mehr als 500 M. zurückzahlen brauchen. (Widerpruch rechts.) Abg. v. Kardorff hat früher einmal von einem Briefe gesprochen, in dem ich an Engels in London um Aufklärung über den Bimetallismus gebeten haben sollte. Das hatte ich nicht nöthig. Aber ich habe an Engels geschrieben, ob es wahr sei, was hier behauptet wurde, daß in England eine große Strömung zu gunsten des Bimetallismus sei. Engels hat geantwortet, daran sei kein wahres Wort.

Finanzminister Miquel hat die Reichseinkommensteuer als eine Unmöglichkeit bezeichnet. Daß sie verfassungsmäßig ist, kann nach Art. 4 der Reichsverfassung niemand bestritten. Herr Miquel spricht von Gerechtigkeit gegen die deutschen Bundesstaaten. Kein Mann ist für die straffe Reichseinheit so energisch eingetreten wie Herr Miquel früher. Aber er hat ja eine solche Zurückhaltung im Mauerungsprozeß bewiesen, daß er möglicherweise jetzt auf dem Boden des Partikularismus angelangt ist. Einem Volke freilich, daß durch indirekte Steuern wie eine Zitrone ausgepreßt ist, läßt sich schwer eine neue direkte Steuer auflegen. Hätte man nur direkte Steuern, dann brauchte auch das kleinste Einkommen nicht unbesteuert zu bleiben. Warum soll auf direktem Wege nicht dasselbe aus der Tasche der Steuerzahler geholt werden können wie auf indirektem? Aber die indirekte Steuer ist bequemer. Sie saugt wie der Vampire mit sächelndem Flügel, sie kann von den Steuerzahlern nicht kontrollirt werden. Die direkte Steuer würde sich vollständig in das Steuersystem der Einzelstaaten einfügen lassen. Die Staatseinkommensteuer wird für die Gemeinde-Einkommensteuer als Grundlage benutzt. Warum soll das nicht auch für eine Reichseinkommensteuer eingeführt werden können? Aber die stärkeren Schultern herrschen in Deutschland, sie wollen kraft ihrer Herrschaft die neue Last auf die schwächeren abwälzen. Das kann dem deutschen Volke nicht oft genug gesagt werden. — Beim Etat fällt wieder die Steigerung der Ausgaben auf. Von 338 Millionen Mark im Jahre 1872 sind die ordentlichen Ausgaben auf 1082 Millionen im Etat 1894/95 gestiegen. Die Etats der Militärverwaltung, der Marine u. s. w. sind es, die diese Steigerung bewirkt haben. Sie erfordern von den 1082 Millionen ungefähr 681 Millionen. Die Ausgaben allein für die Armee sind von 250 Millionen im Jahre 1872 auf 482 gestiegen, für die Marine von 12 Millionen auf 54 Millionen. Das liegt im Geiste und Wesen des Militarismus, der niemals Genüge finden kann. Ich frage den Kriegsminister und den Reichskanzler: Ist nicht schon eine neue Militärvorlage in Sicht? In Rußland und Frankreich wird alles Mögliche ausgedenkt, um uns gleich zu kommen. Vollenbart ist unsere Organisation nicht, weil der ganze Rahmen des Systems der stehenden Heere nicht genügend ist, um so viel Truppen und wehrfähige Mannschaften auf die Beine zu bringen, als eine Koalition der übrigen Mächte gegen uns. Wenn wir den viel weiteren Rahmen, welcher in der Schweiz angenommen ist, das gesammte Volk in Waffen hätten, dann gäbe das eine Armee von 8 1/2 Millionen Soldaten. Diese Rechnung ist immer hier bestritten, aber von schwerer Militärs, denen ich sie zur Prüfung vorlege, als richtig anerkannt worden. Die Kosten würden sich bloß auf 340 Millionen belaufen. Die Militärruppe soll keinen militärischen Geist haben. Thatsache ist, daß alles, was die Soldaten heute in zwei Jahren lernen, vielleicht im

zehnten Theil der Zeit weit besser gelernt werden könnte, wenn wir nach Schweizer Muster den militärischen Jugendunterricht hätten. Wenn der Turnunterricht militärisch eingerichtet wird, können alle die Fertigkeiten, die beizubringen heute so riesige Schwierigkeiten macht, von den Leuten mitgebracht werden, wenn sie zu kurzen Übungen in die Kasernen kommen. Warum haben wir in der Schweiz nicht solche Mißhandlungen der Mannschaften beim Militär? nicht bloß weil in der Schweiz der demokratische Geist herrscht, weil der Soldat nach seiner kurzen Dienstzeit bald Gelegenheit hat, seine Sache persönlich in die Hand zu nehmen. Wenn man die Geschichte der Mißhandlungen genauer prüft, weiß man, daß alle diese Mißhandlungen fast ausnahmslos vorkommen bei diesen einfachen körperlichen Übungen. Den militärischen Geist, der sich besser dünkt als der zivile Geist, wollen wir ausrotten. Er ist kulturwidrig. Wenn das Bürgerthum — ich rede gar nicht einmal von der Sozialdemokratie — noch einen Funken von Mannesstolz in sich hat, dann darf es sich nicht gefallen lassen, daß ein aus dem Militärverbande entlassener Mann wegen angeblicher Vergehen aus seiner bürgerlichen Beschäftigung herausgerissen und vor ein Militärgericht gestellt werden kann. Sie haben eine heidenmäßige Angst vor der sozialdemokratischen Propaganda in den Kasernen. Wer eine solche Propaganda empfindet, weiß nicht, was Soldatenthum ist, oder er ist ein Vorkriegs. Wir brauchen keine Propaganda in den Kasernen. 1848 war jeder Rekrut, der in die badiische Armee trat, ein bürgerlicher Demokrat. Nehlich ist es heute. Der Bazillus der Sozialdemokratie liegt heute in der Luft. Die Sozialpolitik hat nur die Unkultur gesichtet und das Christenthum in den Geruch einer Barbarenreligion gebracht, denn Schnaps und Gewehre sind die einzigen Segnungen, welche die Negler von sich erhalten haben. Was unsere Marine betrifft, so hat sich der Staatssekretär über Bebel's Kritik der Panzerschiffe sehr entrüstet. Aber wie hat sich denn Lord Armstrong, der Vater des Systems der Panzer-Schlachtschiffe, über diese Fahrten ausgesprochen? Er sagt in bezug auf das dreißigjährige Duell zwischen Panzerschiffen und Kanonen: wir sind jetzt in einen bösen Irthum, und die Schlachtschiffe, welche die größten Maschinen zu ihrer Kraftentfaltung haben, sind zu gleicher Zeit die schwächsten, weil der geringste Stoß sie vollständig zu Grunde richten kann. Dasselbe gilt auch von den Schiffskanonen. Sie sind so kompliziert, daß der geringste Fehler bei der Schraube das ganze Schiff zu Grunde richten kann. Warum haben die englischen Matrosen auch die größte Abneigung, auf diese großen Panzerschiffe zu gehen, sie betrachten sie als schwimmende Särge. Die Wissenschaft rächt sich an solchen Kulturwidrigkeiten dadurch, daß sie immer neue mörderische Waffen schafft als die früheren. Da ist natürlich für die allernotwendigsten Kulturwerke kein Geld da. In Preußen allein sind für 1700000 Schüler nicht genügende Lehrkräfte vorhanden, es kommt auf 80—100 Schüler nur ein Lehrer. Für die Kaufmannsschule in Düsseldorf wurden 566 M. vom Staat gefordert, der reine Pappensfuß. Der Staat hat dafür keine Fonds. Dafür werden aber jetzt dort zwei Kasernen gebaut für 2558000 M. Dafür ist Geld da. (Hört! hört! links). In Preußen erdrostet der Militärstaat den Intelligenzhaat. Kasernen stehen über den Schulen, wie das Militär über dem Zivil. Man spricht immer vom Nothstand. Für den Nothstand der Satten und Nimmersatten, die schreien, weil sie immer mehr haben wollen, haben wir kein fühlendes Herz. Wollen Sie aber den Nothstand der hungerigen, der Arbeitslosen kennen lernen, dann gehen Sie zu dem Kongress der Tabakarbeiter. Freilich Sie gehen ja nicht hin, zwischen den Herren und dem Volk ist eine chinesische Mauer. Und diesem armen Volk wollen Sie noch neue Steuern auferlegen für die Militärvorlage. Wenn aus Mangel an Mitteln die Militärvorlage rückgängig gemacht werden könnte, würde ich alles aufbieten, daß in diesem Reichstag ein Votum gegen die Steuern zu Stande kommt. Aber Sie suchen sich vielleicht durch eine Auflösung zu helfen. Nur zu: durch die Mehrheit des Volkes wird der Militarismus hinweggeschwemmt werden.

Die Regierung giebt zu, daß das Volk schwer belastet ist, aber sie sieht wehlos da. Beweis: der Erlaß des Grafen Eulenburg. Einen besseren Belag für das Wort des großen schwedischen Reichstagsredners Orensterna: „Es ist wunderbar, mit wie wenig Weisheit die Welt regiert wird“, könnte man nicht finden. Es wird zugegeben, daß die Sozialdemokratie weitere und weitere Fortschritte macht und sie der herrschenden Unzufriedenheit verdankt, und trotzdem will man die Sozialdemokratie eindämmen, ruft man Gerichte, Landräthe, Polizei und Gendarmen durch gemeinsames Hirkular auf, um die gekerkerte Sozialdemokratie zu vernichten. Diese Kurzsichtigkeit ist wirklich unbegreiflich. Keine Abnung, daß eine so gewaltthätige Bewegung nicht ein künstliches Produkt von Agitatoren sein kann und infolge dessen auch kein Verdruss, einzulernen in andere Bahnen. Es ist die Rathlosigkeit, Blindheit, Kontrollirung des heutigen Staates, wie sie noch niemals deutlicher hervorgetreten ist, als in diesem Altesstück. Das erinnert an die englische Dame, der gemeldet wird, daß eine Springschiff an ihr Haus herantomme, und die nun rasch ans Meer geht, um mit einem Eimer die Fluth auszuschnöpfen. Mit einem Eßfischen wollen Sie die sozialdemokratische Bewegung aus der Welt sehen? Ein nationalliberales Blatt hat von einem wohlorganisirten Liebschaft gesprochen, der unsersseits in Szene gesetzt worden sei; man sagt, es sei hier gegangen, wie mit den anderen Altesstücken. Die Herren, auch der Bundesrathpräsident, glauben wohl selbst kaum an den Diebstahl. Sie können den sozialdemokratischen Bazillus aus keiner Berühre, keinem Bureau, keinem Minister-Departement verdrängen. Ich weiß nicht, ob Sie Ihren eigenen Standesgenossen gegenüber so blind sind, daß Sie nicht sehen, daß in Ihrer eigenen Mitte, neben Ihnen, in der einen oder anderen Stellung Männer sind, die sozialdemokratisch fühlen und denken; da giebt es auch echt konservative Männer, die da glauben, daß wenn ein Staat regiert wird, mit solchen Grund-sätzen wie diese, der Staat zu Grunde gerichtet wird, und die, um eine Revolution zu vermeiden, wünschen, daß diese Kurzsichtigkeit gebremst werde. Mit Recht bezeichnet die Thronrede die europäische Lage als eine friedliche. Ist denn Frankreich bei seiner sozialen und politischen Krisis im Stande einen Krieg zu führen? Nicht auf Menschenalter hinaus. Unser Bundesgenosse, Italien, Spanien sind aus dem Peim, und von Deutschland hat der englische Minister Salisbury gesagt, es befinde sich in einer schweren Krisis, und die Stellung des Grafen Caprivi sei schwer erschüttert. Und in Rußland, dem einzigen Lande, welches barbarisch genug ist, Neigung zum Kriegsführen zu haben, hat man das so sehr gerühmte neue Gewehr, das 30 Millionen Rubel gekostet hat, zum alten Eisen werfen müssen, weil sie aus bekannten Gründen zu miserabel gemacht waren. So kann es mit dem Militarismus nicht weitergehen. Das deutsche Volk muß und will brechen mit diesem System. Ein Satz wird von allen Seiten anerkannt: salus rei publicae lex suprema, das Wohl des Gemeinwefens ist das oberste Gesetz, das Wohl einzelner Klassen, eines einzelnen Standes fällt nicht ins Gewicht. Wo Majorität und Minorität sich gegenüberstehen, da hat die Minorität der Majorität sich zu unterwerfen. Die Mehrheit des deutschen Volkes ist gegen den Militarismus. Zweifeln Sie daran, so lösen Sie auf: populi voluntas lex suprema. Der Wille des Volkes ist das oberste Gesetz, die Majestät des Volkes, sein Wille muß durchgeführt werden, und es wird so kommen, wenn Sie es wollen, auf friedlichem, gesetzlichem Wege, auf dem Wege des friedlichen Ueberganges, und dann muß von oben die Leitung gegeben werden, wenn nicht, so kommt es auf anderem Wege wie vor 100 Jahren in Frankreich. Wenn die Regierungen nicht hören wollen, müssen sie fühlen (Weisfall bei den Sozialdemokraten). Ich trete mit dem alten Spruch ab: Diesem System keinen Raum und keinen Groschen, und ich füge hinzu: Keinen Pfennig Steuern! (Lobhaster Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident v. Buol: Ich komme zurück auf die Rede des Abgeordneten Zimmermann. Die Worte „es ist unmöglich, daß der Vorbruch begibt werde“, habe ich für unbedenklich gehalten, weil sie in einem hypothetischen Zusammenhang standen. Die nächsten Worte habe ich überhört. Sie lauteten: „Es ist unmöglich, daß die Militärvorlage im Deutschen Reich durchgeführt werden ist.“ Darin liegt ein positiver Vorwurf gegen den Leiter der Regierung. Ich rufe deshalb den Abgeordneten Zimmermann zur Ordnung.

Reichstagsler Graf Caprivi: Herr Liebknecht hat an das Wort des alten Orensterna erinnert: es ist wunderbar, mit wie wenig Weisheit die Staaten regiert werden. Hätte er die beiden letzten Reden gehört, er hätte gesagt: es ist wunderbar, mit wie wenig Weisheit Reden hier im deutschen Reichstage gehalten werden. Aus der Rede des Herrn Liebknecht werden wir nichts lernen; er hat nur Dinge wiederholt, welche wir oft genug gehört haben. In der Hauptsache wendet sich Herr Liebknecht gegen den Militarismus. Ihm ist natürlich von seinem Standpunkt das, was jetzt in Hannover vorgegangen ist, ein sehr bequemes Agitationsmittel. Die Dinge dort werden geahndet werden auf dem Gebiete und in so weit, als die zuständigen Instanzen das für nothwendig befinden werden. Die Wahrheit wird ermittelt und es wird festgestellt werden, wie weit einen oder den anderen die Schuld trifft. Der Abg. Liebknecht und seine Partei haben es sich zweifellos zur Aufgabe gestellt, die Armee in ihrem Innern zu erschüttern. Dazu ist ihnen jedes Mittel recht. Sollte Herr Bebel wirklich glauben, daß er im Stande ist, der Armee eine neue bessere Organisation zu geben? Er glaubt, daß er Menschen findet, die ihm zuhört glauben werden und wenn diese Menschen sich in den Reihen der Armee finden, daß das Vertrauen, die Disziplin, erschüttert wird. Der Preis Ihrer Thätigkeit wird aber nicht die Armee, sondern Deutschland sein. Ich halte deshalb diese Agitation für höchst bedenklich und will deshalb auch vor dem Lande konstatieren, wie ernst und wie bedenklich dieses Treiben der Herren ist. Eine Bemerkung hat mich frappirt. Herr Liebknecht hat gemeint, wenn die Kräfte der Offiziere nur recht ausgenüht würden, dann bleibt ihnen keine Zeit übrig. Wenn ich Herrn Liebknecht nur auf sechs Monate zum Reittutent Kommandiren könnte! (Große Heiterkeit.) Wenn Herr Liebknecht glaubt, daß das deutsche Volk die Liebe zur Armee verloren habe, so täuscht er sich; ich kann mich stützen auf die Erfahrungen in den neuesten deutschen Ländern. Die Sozialdemokraten werden niemals beweisen, daß sie nicht verantwortlich sind für die Anarchisten; die Mehrheit der deutschen Nation glaubt das nicht und macht Sie verantwortlich für das, was geschieht. Wenn es erst so weit wäre, daß die deutsche Armee in ihrer Existenz der Rathschalge der Herren Liebknecht und Bebel bedürfte, dann würde ich den verbündeten Regierungen den Rath geben, die Armee abzuschaffen; denn das Theuerste, was es giebt, ist eine schlechte Armee. Ist Herr Zimmermann, dessen Thätigkeit doch eine demagogische ist, nicht klar geworden, daß es an der Methode liegt, wie man die Sache behandelt? Man kann Republikaner sein, ohne demagogisch zu verfahren. Seine Methode ist aber demagogisch. Was will denn der Antisemitismus? Er ist auch, um das vielgebrauchte Wort zu gebrauchen, eine Vorstufe der Sozialdemokratie. Die ganze Demagogie kommt der Sozialdemokratie zu gute, sie ist der große Strom, in welchen alle diese kleinen Bäche zusammenfließen. (Widerpruch bei den Antisemiten; Zustimmung links.) Es wurde angefangen mit der Agitation gegen die Juden; dabei blieb sie nicht stehen, sie wandte sich gegen die, welche einen jüdischen Vater und eine jüdische Frau hatten. Aus dem Religions-Antisemitismus entwickelte sich der Klassen-Antisemitismus und schließlich der Kapital-Antisemitismus. Die breiten Volksmassen erkennen nur, daß es gegen das Kapital geht, darwächst sie verkehrt worden sind. Die Bewegung wird nicht beim jüdischen Kapital zum Stillstand kommen, sondern gegen das Kapital überhaupt gehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Zimmermann kam auf die auswärtige Politik und wandte sich gegen den neuen Kurs. Der neue Kurs sollte den deutschen Namen in den Ostsee-provinzen und in Oesterreich den Czechen gegenüber nicht genug vertreten haben. Wenn Jemand über auswärtige Politik reden will, muß er einige historische Kenntnisse haben; er wird dann wissen, daß Fürst Bismarck nichts so sehr geachtet hat, als sich in die inneren Angelegenheiten anderer Völker einzumischen. (Sehr richtig!) Für die Sozialpolitik haben die Kolonien nichts zu bedeuten. Herr Zimmermann hat sich auf meine Versprechungen bei der Militärvorlage berufen. Er hat den Wortlaut nicht vorgelesen. Ich habe sehr vorichtig (Heiterkeit links) gesagt, daß ich versuchen, daß ich danach trachten werde. Ich habe das schon und ich habe den von mir aufgestellten Gesichtspunkt, daß die schwächeren Schultern geschont werden sollen, stets im Auge behalten. Wenn Steuern ausgeschrieben werden, dann können sie nicht allein von den bestehenden Klassen getragen werden; der Zustand, den Herr Bebel wünscht, haben wir ja noch nicht. Wir müssen das Eigentum schätzen. Die Tabaksteuer war sehr ungerecht; die Steuer, welche wir einführen wünschen, ist gerecht. Die Vorksteuer habe ich vorgelegt, wie ich versprochen habe. Die Weinsteuern schon auch die schwächeren Schultern. Man fragt, warum macht Ihr keine Einkommensteuer? Diese ist zur Zeit im Reich undurchführbar. Gestatten dem Herrn Zimmermann die vorgeschlagenen indirekten Steuern nicht, so wird er in der Lage sein, andere Vorschläge zu machen. Herr Zimmermann hat auch davon gesprochen, daß vor der französischen Revolution eine ähnliche Politik getrieben wurde. Ich weiß nicht, welche Rolle er sich dabei zugedacht hat. Männer wie Mirabeau und Danton haben vergeblich versucht, der Bewegung einen Halt zu gebieten; es ist ihnen nicht gelungen. Ich hoffe, daß Herr Zimmermann den Versuch nicht an sich selber macht (Heiterkeit).

Abg. v. Vitz (dt): Ich wollte gegen die schamlosen Angriffe der Presse auf den Bund der Landwirthe protestieren, wie dies Herr v. Kardorff schon gestern gegenüber der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ gethan hat. Bei der vorgelesenen Stunde und bei der Entwicklung der Debatte verzichte ich aber darauf.

Abg. Dr. Förster (Ant.) spricht immer zu den Sozialdemokraten gewendet und ist bei der im Hause herrschenden Ruhe nur schwer verständlich. Er wendet sich gegen die Behauptung des Abg. Liebknecht, daß die Judenfrage nur in Deutschland vorhanden sei; sie sei auch in Rußland und in Rumänien vorhanden, sei sie überhaupt so alt wie das jüdische Volk. Antisemiten und Agrarier wurden von Herrn Richter in einen Topf geworfen und beide der hohen Regierung denuntziert. Ich akzeptire es sehr dankbar, daß Herr von Kardorff uns für die Zukunft 100 Tage in diesem Hause in Aussicht gestellt hat. Der Handelsvertrag mit Rumänien schafft dem rumänischen Ackerbau ein neues Absatzgebiet; das wird in einer offiziellen Kundgebung der rumänischen Regierung ausdrücklich anerkannt. Es ist davon gesprochen worden, daß die Antisemiten das Schlagwort: gegen Juden und Junker! angenommen hätten. Ich möchte nicht, daß dieses Schlagwort auf die Dauer beibehalten würde; vorübergehend war es vielleicht berechtigt. Unser Standpunkt ist viel höher als der der Agrarier; wir können die Agrarier sozuzufügen inkorporieren, wir haben gegenüber dem Bunde der Landwirthe ein viel umfassenderes wirtschaftliches Programm. Herr Bebel hat seinen Antisemitismus rühmend hervorgehoben und sich als einen besseren Menschen dargestellt als die Bekenner des Christenthums. Das Christenthum ist etwas Hohes, Ideales, es kann deshalb sehr tief sinken. Was obnein schon tief unten steht, kann nicht mehr sinken. Herr Bebel hat sich als Vertreter der Mittelschichten hingestellt und gegen die Ansammlung großer Vermögen protestirt; aber die Worte hat er ganz außer Acht gelassen. Herr Liebknecht hat von der Waise gar nicht gesprochen. (Steigende Unruhe. Schlußruf.)

Am 4^{ten} Uhr wird die Beratung geschlossen.

Persönlich bemerkt Abg. Zimmermann: Der Herr Reichstagsler hat mit wenig Witz, der in keinem Verhältniß zu dem

Aufwand von Behagen stand, sich gegen meine Person gewendet. Wenn man einen Abgeordneten kritisiren will, muß man ihn verstehen, er hat mich nicht verstanden. Er ist vielleicht deshalb zu entschuldigen, weil er, wie ich aus seinen Ausführungen entnahm, von der Judenfrage und der antisemitischen Bewegung nichts versteht. (Präsident v. Levetzow: Sie brauchen in einer persönlichen Bemerkung den Reichstagsler garnicht zu entschuldigen. Große Heiterkeit.) Der Reichstagsler warf mir vor, daß ich sozialistische Ansichten vertreten hätte. Ich bin von jeder ein Bekämpfer der internationalen Sozialdemokratie gewesen; ich verwehre mich dagegen, daß der Reichstagsler uns in dieser Weise zu verdächtigen sucht. (Weisfall bei den Antisemiten.) Was würde der Reichstagsler sagen, wenn ich ihm vorwerfen würde, daß er durch Preisgabe des Deutschthums in fremden Staaten die Interessen des Auslandes vertritt. Der Reichstagsler hat gesagt, er habe mit großer Vorsicht seine Zusicherung gegeben. Damit bestätigt er mit dürren Worten die Berechtigung meines Vorwurfs, daß er dabei Hintergedanken gehabt hat. (Große Unruhe.)

Präsident v. Levetzow: Sie haben eben einen Ausdruck wiederholt, wegen dessen Sie schon von dem Herrn Vizepräsidenten zur Ordnung gerufen sind. Ich muß Sie deshalb zum zweiten Mal zur Ordnung rufen.

Abg. Mann (Natib.) verucht in persönlicher Bemerkung seinen von dem Abg. Müller abweichenden Standpunkt zur Steuervorlage darzulegen, wird aber vom Präsidenten daran verhindert.

Abg. Bebel (persönlich): Durch den Schluß der Debatte ist mir das Wort abgeschnitten worden, ich werde aber später auf meine Gegner zurückgreifen, es wird Ihnen nichts geschenkt. Herr Zimmermann hat in Bezug auf die von mir freiwillig gemachte Mittheilung, daß ich vom National-Verein 200 Thlr. zur Belämpfung der sozialistischen Ideen bekommen und später nach Jahren, als ich Sozialist geworden war, einen Theil gegen die Ideen des National-Vereins verwendet hätte — beides unter Kontrolle, nicht für meine Person — behauptet, ich hätte schon damals die Eigenthumsbegriffe verwechselt. Diese Ausführung könnte mich ja unter Umständen beleidigen; aus dem Munde des Herrn Zimmermann ist sie keine Beleidigung! Am wenigsten ist ein Mann dazu berechtigt, dem das öffentlich nachgesagt wird, was im „Vaterland“, dem sächsischen Blatt der konservativen Partei, vom 22. September 1892 über die Verwendung von Geldern ohne Widerlegung gesagt ist. Wenn mir das nachgesagt werden könnte, würde ich mich schämen. Der Abg. Förster behauptet, ich hätte das Christenthum an den Pranger zu stellen versucht und mich, den Antisemiten, als gebührenden Menschen hingestellt. Es muß allerdings in dem Gehirn des Herrn Förster sehr frans zugehen, wenn er mich so verstand. Daß es in meinem Gehirn kraus zugeht, habe ich aus seiner Rede gemerkt. Ich habe das Christenthum an sich nicht angegriffen, sondern nur mehrfach ausgeführt, daß die Herren, die sich Christen nennen, das nicht thäten, was sie als gute Christen thun müßten (Unruhe rechts), ich habe also höchstens Sie an den Pranger gestellt, nicht das Christenthum.

Präsident v. Levetzow: Der Abg. Zimmermann hat die Aeußerung nicht so gethan, wie Herr Bebel sie verstanden hat; sonst würde ich sie gerügt haben.

Abg. Zimmermann: Durch die letzte Ausführung des Präsidenten ist die Bemerkung Bebel's erledigt. Wir ist die betreffende Nummer des „Vaterlands“ nicht bekannt. Sobald sie mir bekannt wird, werde ich dem verkehrten Blatt die Antwort nicht schuldig bleiben. (Zuruf Bebel's: Kommen Sie her, Sie können es hier einsehen! Heiterkeit.)

Eine ganze Reihe von Spezialatats wird an die Budgetkommission verwiesen.

Schluß 6 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Erste und auf Wunsch desentrums) zweite Lesung des Antrages wegen Aushebung des Jesuitengesetzes.)

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung. Oeffentl. Sitzung vom Donnerstag, den 30. Novbr. Nachmittags 6 Uhr.

Der Kylverein für Obdachlose feiert heute sein 25 jähriges Bestehen durch einen Akt im großen Festsaal des Rathhauses. Die Versammlung wird durch eine Deputation dabei vertreten sein.

Durch Ansprechen des Magistrats wird zu der Vorlage betr. Verdrößerung der Königstraße mitgetheilt, daß die Direktion der Großen Berliner Pferdebaugesellschaft zur Leistung einer Wechilfe zu den Kosten der Anlage nicht in der Lage ist. Das Schreiben wird von der Versammlung mit Heiterkeit aufgenommen.

Ein dringlicher Antrag Mentel bezweckt die Verlängerung der Geschäftszeit am 24. Dezember bis 10 Uhr Abends.

Auf der Tagesordnung steht die Neuwahl eines Stadtschulraths (bisher Farktenau) und zweier beisoldeiter Stadtrathe (bisher Eberty und Nöldchen).

Zum Stadtschulrath wird Herr Farktenau mit 60 Stimmen wiedergewählt. 42 entfallen auf Dr. Schwalbe, 8 gesplittert, 5 Stimmzettel sind unbeschrieben. An Stelle von Eberty wählt die Versammlung den Syndikus Dr. Hirsborn. Charlottenburg, welcher von 110 Stimmen 101 erhält; 4 Stimmen entfallen auf Assessor Freund. Für Nöldchen wird Stv. Ramslau mit 61 von 107 Stimmen gewählt.

Die Stadtv. Deter und Genossen beantragen: Die Versammlung wolle beschließen, daß vom 1. April 1894 ab

1. die Gaspreise für Beleuchtungszwecke auf 12 Pf. für den Kubikmeter, für alle übrigen (gewerbliche, Heiz-, Koch- u. s. w.) Zwecke auf 10 Pf. pro Kubikmeter herabgesetzt werden;
2. für die Gasmeter Miete nicht mehr erhoben wird.

Antragsteller Stadtv. Deter: Schon im März d. J. ist ein ähnlicher Antrag hier verhandelt worden; er wurde damals mit den Gründen bekämpft, die schon seit Jahrzehnten gegen ihn geltend gemacht worden, aber immer mehr an Kraft verlieren. Der hohe Gasnutzen, den die Stadt bezieht, ist nichts als eine verdeckte indirekte Steuer schon aus dem Grunde, weil die Stadt auf das Gas ein gewisses Monopol besitzt. Der Ausfall an den Gas-einnahmen würde vollständig bedeutungslos sein, da jeder Jahresabschluss bisher beträchtliche Ueberschüsse gebracht hat. Die bisherige Herabsetzung des Preises des Gases für Heiz- und Kochzwecke ist viel zu gering gewesen. Die Verbilligung wird eine solche Konsumsteigerung zur Folge haben, daß von einem Einnahme-Ausfall nicht die Rede sein kann. Ich beantrage, den Antrag einem Ausschusse von 15 Mitgliedern zu überweisen.

Stadtv. Jacobi erklärt den Antrag in der vorgelegten Form für unannehmbar, da die Gaspreise aus Gemeinbedarfsgründen beruhen. Die Finanzen der Stadt liegen aber schon ungenügend genug. Redner bittet, den Antrag dem Magistrat als Material zu überweisen.

Stadtv. Kreiling: Wenn der Gaskonsum zurückgegangen ist und die Verzinsung von Schmaragdberg schwer fällt, so müssen wir doch erst recht nach neuen Abzählquellen suchen. Wir bitten unseren Antrag in einer besonderen Kommission zu beraten.

Stadtv. Meyer I: Eine neue Anregung wird hier nicht gegeben; bei jeder Etatsdebatte ist die Forderung erhoben worden. Die Herabsetzung wird verlangt, aber für den Ertrag kein Vorschlag gemacht. Wollen Sie etwa die Einkommensteuer entsprechend erhöhen? (Zustimmung der Sozialdemokraten.) Niederweisen Sie den Antrag dem zu wählenden Stadtausschusse.

der allein in der Lage ist, zu prüfen, ob dem Antrage entgegen- gekommen werden kann.

Stadtrath Marggraf: Der Magistrat empfiehlt Ihnen, den Antrag zur Zeit abzulehnen. Die Möglichkeit, das Verhältniß zur Englischen Gasgesellschaft zu lösen, ist ja nicht zu bestreiten, aber ohne weiteres ist das nicht herbeizuführen. Auch für den Staatsanschluß würde sich das erforderliche Material kaum noch rechtzeitig beschaffen lassen. Der jetzige Moment ist auch deshalb ganz besonders unglücklich für die Anlegung, weil wir bis zum 1. April 1895 unsere städtische Steuerreform beendet haben müssen und mitten in den Vorbereitungen dazu stehen. In dieser Reform ist die Revision der Miethsteuer vorgesehen, auf welche nach dem 1. April 1895 die Gewerbesteuer angerechnet werden muß. Kommt zu diesen Umwälzungen noch ein Ausfall von 4 Millionen an den Gasentnahmen, so könnten leicht die städtischen Kassen auf ganz andere Schultern geladen werden als die Leute dieses Antrages erwarten. Es würde also richtiger sein, dem Magistrat das Material zu liefern, dessen die Ver- sammlung zu einer geordneten Beschlußfassung bedarf. Der Antrag würde die fiskalischen Behörden und die Fremden be- günstigen, die schon jetzt fast nichts zu den Kassen Berlins be- tragen.

Stadtrath Scheiding weist darauf hin, daß schon in den 70er Jahren Bedenken gegen die Höhe der Gaspreise in der Bürgerschaft auftraten. Seit 1884 habe man die bedeutenden Summen, welche die öffentliche Straßenbeleuchtung erfordert, den Gaswerken nicht mehr zu gute gerechnet und durch dieses Kunst- stücken den Gaselast um 2 1/2 Millionen verschoben. Die Straßenbeleuchtung sei eine öffentliche Last, welche aus dem Steuerfaktel, nicht aber von den Gasconsumenten getragen werden muß. Nach dem Vorschlage des Magistrats wird die Sache wieder auf Jahre hinaus verschoben; benutzen wir die Zeit und setzen wir einen Ausschuß ein; es ist dann gar nicht ausgeschlossen, daß die Forderung schließlich durchdringt und der Gaspreis allgem. zum 1. April 1895 verbilligt werden kann. Ich bin nicht für die Unterscheidung der einzelnen Verwendungsarten des Gases; wir brauchen einen Einheitspreis (vielleicht Zustimmung), der alle Schwierigkeiten und alle Scherereien, welchen jetzt die Gasconsumenten ausgesetzt sind, aus dem Wege räumt.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Stadtrath Singer: Die Ueberweisung dieses Antrags an den Staatsanschluß wäre nur ein anständiges Begräbnis. Wenn aus der notwendigen Verbilligung des Gases etwas werden soll, muß ein besonderer Ausschuß sich damit befassen. Der Staats- anschluß ist viel zu überlastet. Der Vorschlag des Magistrats- vertreter, den Antrag „zur Zeit“ abzulehnen, ist zwar sehr höf- lich, würde aber thatsächlich auch auf ein Begräbnis hinauskommen. Die Frage muß vor Allem nach jener Richtung geklärt werden: Welchen Nutzen nimmt die Stadt von dem Gas? Ein Geschäftsmann, der ähnlich verfähre, würde in bedenklicher Weise dem Wucherer zu nahe treten, er würde mit der Aus- leitung der Nothlage des Konsumenten verhängnisvolle Be- kanntschaft machen. Wie kann die Stadt 100 pCt. Nutzen nehmen? Charakteristisch ist der Hinweis auf die Sonntagstraße, die einen großen Ausfall herbeigeführt haben soll. Das spricht doch gerade für die Sonntagstraße. Die Herren, die gegen die Sonntagstraße sind, sporen doch auf diese Weise eine Unmenge an Gas und sollten doch zufrieden sein, daß ihnen dies die Sonntagstraße ermöglicht. Wir sind auch nicht dazu hier, die Interessen der Englischen Gas- gesellschaft wahrzunehmen. Wir ist sehr zweifelhaft, ob auf dem Bureau der Englischen Gesellschaft deren Interessen so warm wie hier im Saale vertreten werden. Der Ausfall wird sich er- fahrungsgemäß in ganz kurzer Zeit durch den vermehrten Konsum decken (Widerspruch). Daß die Fremden nichts mehr bezahlen, wenn wir die Gaspreise verbilligen, ist auch ein sonderbares Argument. Die Fremden, die hierher kommen, lassen doch ihr Geld hier; will denn der Stadtrath für die Fremden, die hierher kommen, die Straßen Berlins in die Abgründe verwankele? Mit Herrn Scheiding bin ich darin einverstanden, daß Unterschiede in der Gasverwendung nicht maßgebend sein dürfen; darüber wird sich ja mit den Antragstellern reden lassen. Desgleichen bin ich seiner Meinung bezüglich der Uebernahme der Kosten der öffentlichen Beleuchtung auf den städtischen Säckel. In einer ver- nünftigen Kommunalverwaltung muß Lust und Licht, Beleuch- tung und Wasser von der Gesamtheit für den Einzelnen getragen werden. Die Verbilligung der Gaspreise ist not- wendig. Geradezu bedauernd aber ist es, daß für die Gas- meter Miethe bezahlt werden muß. Was würden Sie sagen, wenn der Kaufmann für die Benutzung seiner Waage Ihnen einen Preis berechnete? Das thun Sie aber mit Ihrer Gas- metermiethe. Wir stimmen für die Vertheilung des Antrages in einem besonderen Ausschusse, in der Hoffnung, daß der Zweck des Antrags erreicht und die verwerfliche indirekte Gassteuer endlich beseitigt wird.

Stadtrath Marggraf weist die Behauptung zurück, daß die Stadt mit den jetzigen Gaspreisen Sachwucher treibe. Die 40 000 Kubikmeter, welche Sonntag weniger gebraucht werden, kommen nicht in Betracht; aber die gesetzliche Sonntagstraße von 21—26 Stunden erfordert eine Mehraufwendung von 14 Mill. Kapital zur Herstellung der Einrichtungen, welche notwendig sind, das Gas in dem ununterbrochenen Betriebe der Anstalt in der erforderlichen Menge aufzuspeichern. Jetzt wird durch- gearbeitet und dadurch auch Sicherheit gegen Knallgas und Explosionsgefahr gewonnen; das wird bei der 38stündigen Unter- brechung unmöglich. Diese 14 Millionen entsprechen einer jähr- lichen Mehraufgabe von 1350 000 M.

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen und der Antrag Peter einem besonderen Ausschusse von 15 Personen überwiesen.

Einem Magistratsantrage entsprechend wird der Festsaal des Rathhauses dem „Allgemeinen Deutschen Schulverein“ für den 12. Dezember zu einer Gedächtnisfeier für den Bischof Deutsch- Germannhadi überlassen.

Es folgt der dringliche Antrag Mentel, den Magistrat zu ersuchen, dahin zu wirken, daß es den Inhabern von Verkauf- lokalen gestattet sei, den Geschäftsabschluss am heiligen Abend statt um 7 um 10 Uhr eintreten zu lassen.

Stadtrath Mentel weist zur Begründung auf den großen ge- schäftlichen Nachtheil hin, der den Geschäftleuten erwachsen würde, wenn der Schluß der Geschäfte am goldenen Sonntag schon um 7 eintreten müßte. Auch den Angehörigen, die erst am heiligen Abend Weihnachtsgeschenke zu erhalten pflegen, würde es unmöglich sein, diese Zuwendungen zu Einkäufen zu be- nutzen.

Stadtrath Singer: Ich bitte dringend, den Antrag abzulehnen. Der heilige Abend fällt diesmal auf einen Sonntag, und deshalb hat der Polizeipräsident statt der sonst am Sonntag zugelassenen 5 Stunden Arbeitszeit zehn bewilligt. Dies genügt nun einzelnen Geschäftleuten nicht, die sich besonders rühmig um eine weitere Verlängerung bemühen, während die große Mehrzahl sich dafür gar nicht interessiert. Alle Geschäfte, die in der Lage sind, Sonntag Mittag zu schließen, werden das auch an diesem 24. Dezember thun. Die Leute, die in diesen Geschäften thätig sind, werden also bis 7 Uhr vollaus ihre Einkäufe be- sorgen können. Diejenigen aber, welche von den Geschäfts- inhabern Weihnachtsgeschenke erst am heiligen Abend bekommen, und zwar in den Geschäften, die erst um 10 Uhr schließen, können dann doch nichts mehr einkaufen, weil nach 10 Uhr doch kein Geschäft mehr offen sein soll. Die thatsächlichen Ver- hältnisse werden von den Interessenten für diese Aenderung irig largestellt. Ich halte die Zeit bis 7 Uhr für mehr als ausreichend und bitte Sie, sich nicht zum Sprachrohr dieser Unternehmer zu machen. (Erdharter Widerspruch.) Tausende von Unternehmern sehen Tausende von Angestellten

gegenüber, welche durch den Antrag verhindert werden, den heiligen Abend im Kreise ihrer Familie zu begehen.

Stadtrath Sachs: Wir wissen ja schon aus dem „Con- fessionsrath“, daß Herr Singer einen solchen Standpunkt hier vertreten würde. Die Heilighaltung des heiligen Abends ist ja nicht der Grund für diese Stellungnahme des Herrn Singer, sondern sein Stand- punkt wird gegeben durch seine Wahrnehmung einzelner Klassen- interessen, was er ja mit dem Hiebe auf die Unternehmerinteressen selbst zugeben hat. Herr Singer will polizeilicher sein als die Polizei selbst und diejenigen, die im Schweiße ihres Angesichts arbeiten, verhindern, noch in drei Stunden etwas mehr zu ver- dienen.

Darauf wird der Antrag gegen die Stimmen der Sozial- demokraten angenommen.

Die übrigen Gegenstände werden verlag.

Schluß 1/2 1/2 Uhr.

Tokales.

Zu den am Freitag stattfindenden Stadtverordneten- Stichwahlen wird, worauf wir ganz besonders aufmerksam machen, jeder zugelassen, der in der Wählerliste ver- zeichnet steht, gleichgültig, ob er bei der Hauptwahl gewählt hat oder nicht. Die Parteigenossen des 9. und des 27. Kommunal- Wahlbezirks sind, wie bekannt, die einzigen, die sich noch einmal mit dem Gegner zu messen haben. Es werden daher nicht allein aus diesem Wahlbezirk selber, sondern auch weit und breit aus umliegenden Wahlkreisen heraus, Agitatoren nöthig sein, die mit Ausdauer und Opfermuth der Partei zu neuen Siegen zu verhelfen haben. Thue daher ein Jeder, der im Stande ist, zu helfen, sein Möglichstes, um die Säunigen heranzuziehen und den Sieg wiederum an unsere Fahnen zu bestechen!

Und eins noch. So sehr es die Pflicht der Parteigenossen ist, in den beiden Wahlkreisen, in denen sozialdemo- kratische Kandidaten in Frage stehen, vollauf am Platze zu sein, so erwächst ihnen andererseits in den Wahlkreisen, in denen die Gegner unter sich kämpfen, die selbst- verständliche Pflicht der absoluten Stimmenthaltung. Kein Parteigenosse gebe daher seine Stimme für einen Kan- didaten der gegnerischen Parteien ab, die, wie sie sich auch nennen, die Sozialdemokratie beide aus tiefinnigster Seele gleich- mäßig hassen!

Kandidat der sozialdemokratischen Partei ist im 9. Kom- munal-Wahlbezirk der Saltwirth Rihing, Belle-Alliancestr. 74, und im 27. Wahlbezirk der Zigarettenfabrikant Gumpel, Parnisstr. 42.

Charlottenburg. Nachwahl im 5. Kommunal- Wahlbezirk. Parteigenossen! Nochmals treten wir auf diesem Wege an Euch heran, um auf die Wichtigkeit der am nächsten Montag, den 4. Dezember, stattfindenden Stichwahl zwischen dem Genossen Siegert und dem „liberalen“ Otto aufmerksam zu machen. Gerade dieser Bezirk, der von einer großen Anzahl Arbeiter bewohnt ist, war von den „Liberalen“ eigentlich von vornherein als verloren gerechnet und nur durch eine unbegreifliche Theilnahmslosigkeit der Arbeiterschaft am Wahl- tage mußten wir von einer definitiven Besitzergreifung vorläufig Abstand nehmen.

Parteigenossen! Wenn es uns nun auch gelang, durch die Eroberung von 2 Sitzen die unserer Partei gebührende Stellung in hiesiger Kommune einzunehmen, so ist es doch unser Aller Pflicht, dafür zu sorgen, daß der un- kritische, und von der „freiwilligen“ Partei aus Hart- nädigkeit verteidigte 5. Bezirk bei der Stichwahl für immer in unsere Hände fällt! Wir haben nicht nöthig, Euch den Unterschied zwischen unserem und dem gegnerischen Kandidaten in bezug auf die Qualifikation zur Vertretung unserer Interessen vor Augen zu führen, das wißt Ihr selber! Aber eben deshalb wäre es ein Verrath an Eurer Klasse, wolltet Ihr zusehen, wie uns dieser Arbeiterbezirk auf weitere zwei Jahre verloren ginge. Wir bitten nicht, wir verlangen energisch Eure Hilfe! Ihr habt so oft bewiesen, daß, wenn es galt, einzutreten für Recht und Wahrheit, jeder von Euch am Platze war. So sorgt auch am Stichwahltage dafür, daß es uns leicht fallen möge, unseren Genossen nicht nur gewählt, sondern mit erdrückender Stimmen- mehrheit gewählt zu wissen. — Verleugne niemand seine Klasse! Bewahrt die fiedelose Ehre unserer Partei! Schaut Euch am Montag, den 4. Dezember, um Euer Banner und tragt der auf ihren Gehsaat pochenden bornirten Bourgeoisie ein für alle mal auch diese viele Jahre innegehabten Sie ab; erst dann habt Ihr Euer Schuldigste gelhan bei der diesjährigen Kommunalwahl. Benutzt die Zeit zur kräftigen Agitation, damit auch die, welche durch schimpfliche Unterjochung seitens ihrer „Brüderchen“ sich außer Stande wägen, ihr Wahlrecht auszuüben, angefeuert werden, durch Abgeben ihrer Stimme dem verwahrlosten Prolet- thum Charlottenburgs ihre endliche Mündigkeit zu beweisen.

Darum: Auf! Zur Agitation.

Auf! Zur Wahl!

Die Wahl findet von 10 Uhr Vormittags bis 7 Uhr Abends statt.

Das Wahllokal ist: Berlinerstraße 129, Restaurant „Monbijou“.

Kandidat: Genosse Otto Siegert.

Das Wahllokal ist: Berlinerstraße 129, Restaurant „Monbijou“.

5. Wahlbezirk.
Berlinerstr. 1—50 und 124—151, Wilmersstr. 1—16 und 112—127, Genslerstr. Charlottenburger-Ufer, Dorestr. 1—6 und 68—72, Brücke, Englische, Frankfurterstr., Grolmanstr. 1—6 und 68—72, Hardenbergstr. 1—4 und 37—41, Helmholzstraße, Kantstr. 39—56 und 112—130, Krumme Str. 28—72, Kurfürsten-Allee, Leibniz-, March-, Rosenstraße, Salzstr., Schillerstr. 1—44 und 85—127, Sophienstraße, Straße 1 Abtheilung V Section 1, Weimarer- straße, Thiergartenmühle, Straßen 5 und 6a Abtheilung V Section 2.

Das neue Schiller-Theater ist so gut wie gegründet. Nun darf man kaum mehr an seiner Entstehung zweifeln. Die „geeigneten Arbeiter“ sind zur Stelle. Es fehlt ihnen nicht am hohen Segen, auf daß ihr Werk gedeihe. Im Sitzungssaal des Kultusministeriums unter den Linden wird die konstituierende Versammlung abgehalten. Dort wird das Aktienunternehmen zur Hebung des Volkswohls durch die verschönernde Macht der Kunst zu neuem Leben erwachen. Dort werden die großherzigen Almosenpender bei einander sitzen und berathen, wie man am besten den geistigen Hunger der Menge stillen könne. Mit Rosen natürlich, damit beileide keine Ueberfütterung einträte. Dort werden die Köpfe sich darüber einig werden, welchen kostbaren Schmaus — aber wohlfeil muß er sein — man dem unverdohnten Magen des „Volk“ bereiten solle. Ein prächtiges Kellnerschild hat man ja gefunden. „Schillertheater“, das klingt. Hundert Seligmacher von Profession haben bereits Aktien ge- zeichnet. Sie Alle griffen begeistert nach ihren Taschen und aus tiefbekümmertem Sinne entrang sich ihnen der Herzenswunsch: „Trotz den Armen und Beladenen. Im verklärten Lichte der Kunst, die wir ihnen bieten, mag die bittere Unzufriedenheit von ihnen genommen werden.“ Oh, es sind große Herren dabei und Namen vom besten Klang, wie der Gründer des Schillertheaters den Zeitungen mittheilt; und sie alle wollen den Grundstein legen zum wahren volkstümlichen Schauspielhaus. Herr v. Beriesch, der Handelsminister fordert Arm in Arm mit Herrn Sadermann, dem Lichte der Ehre, und mit Herrn Neumann-Hofer, dem Kunstweisen von Rudolf Mosse's Gnaden, die Welt der Wis- vergnügt in die Schranken. Der reiche Pringsheim und der Kom- merzienrath Goldberger, — wer zweifelte an deren Volksfreund- lichkeit? — verbinden sich mit dem privilegierten Schützer und Pfleger aller Mittelmaßigkeit, mit dem Direktor der Nationalgalerie,

Dr. Jordan, und sichern vergnügt. Warum sollen wir nicht gönnen unseren Mitbüdern ein Theaterchen, durch das sie auf „ideale Gedanken“ kommen und demagogischen Ausführeern nicht mehr in die Hände fallen?

Im werththätigen Norden soll das Schiller-Theater den ver- edelnden Segen der Kunst predigen. In der Chausseestraße, wo jetzt das Operntheater Friedrich-Wilhelmstadt steht, wird es seine Heimstätte finden. Bisher war das Haus freilich arg ver- lottert. Es war ein unheiliges Haus; na, die vielen Kom- merzienräthe, die sich mit ihren Damen und Dämchen zu den Premieren dahindrängten, wissen es ganz genau. Aber was thut's? Vielleicht läßt man das Haus, das bis jetzt der frech- geschäftigsten Miße gedient hat, durch ethisch-weiblichen Zuspruch des Astronomen Dr. Förster, der ja Mitbegründer des Schiller-Theaters ist, reinigen, ehe es der keuschen Miße über- geben wird.

Dr. Rafael Löwenfeld aber, der große Sozialreformer und künftige Direktor des Schiller-Theaters, hat sich inzwischen eines gar mächtigen Pathe für seine Bühne verschert. Er hatte um Audienz beim Kaiser nachgehakt. Sie wurde ihm für's erste nicht bewilligt. Aber ein wackerer Mann lernt an den Thüren der Mächtigen warten und lauern. Der Kaiser wurde inzwischen unterrichtet, daß das neue Unternehmen eine ernste soziale Auf- gabe habe und daß es den geraden Tendenzen, die in den proletarischen „sogenannten“ Volksbühnen gepflegt werden, einen festen Damm gegenübersehen soll. Nun wurde Dr. Löwenfeld empfangen; und er durfte beglückt von dannen ziehen. In literarischen Kreisen wird erzählt, der Kaiser habe warme Theil- nahme für das Schiller-Theater geäußert und Herrn Löwen- feld versprochen, er werde das Schiller-Theater gern und so häufig besuchen, wie er das Berliner Theater unter Herrn Barnay zu besuchen pflegte.

So reißt denn das Werk zur Erfüllung und der Stadt Berlin wird das neue Schiller-Theater vielleicht schon als Wohl- nachtsbescherung feierlich übergeben werden. Das heißt, den gutgemuteten Bürgern dieser Stadt, die dankbaren Gemüths und rührender Empfindung voll die echte und wahre Sozialreform im Stil von Löwenfeld und Genossen anerkennen, und sich für jedes Almosen bis zu Freudenbrönnen bewegen lassen, wenn es nur aus gutem Herzen kommt. Vielleicht folgen dem süßen Flötenspiel der Gründer des Schiller-Theaters alle Aiderich'schen Mannen vom Verein für Volksbildung und ähnliche mehr. Mit den selbstbewußten Proletariern aber wird es hapern. Da wird der Liebe Mühe umsonst verwandt sein. Da giebt's ganz böse Kläder darunter. Die lassen sich von keinem Groß-Almosener Gnadengeschenke reichen und lassen sich nicht in Glücksträume tullen, auch nicht vom Hosiwelter Jakob Herz und nicht von H. Pringsheim und nicht vom Geheimen Kommerzienrath Gold- berger. Klare Entschiedenheit ist immer eine erspriehliche Sache. Wenn Herr Löwenfeld und die Seinen gesagt hätten: wir wollen auch mal Theaterdirektor spielen und sehen, ob man bei leidlich mittleren Theaterverhältnissen und mäßigen Eintrittspreisen nicht bestehen kann, dann hätten die Herren gehandelt wie Private und Geschäftsunternehmer. So aber geben sie sich in weicherzigen Anrufen als Heibringer und Volksbeglucker; und darum thut es noth, sie zu demaskiren und ihre kleintlichen Hechtelankstücke bloßzulegen.

Zu den gestern gemeldeten Hausfuchungen bei polnischen Parteigenossen geht uns folgende Mittheilung zu: Ein Student Kinsky kam aus dem Auslande vor etwa acht Tagen nach Berlin und gab seine Sachen im Restaurant Siegal, Wallnertheaterstraße, ab. Dieser Mann wurde gestern angeht auf eine anonyme Denunziation hin verhaftet; man hatte ihn nämlich im Verdacht, daß er eine größere Summe Geldes — man sabelte von 50 000 Gulden — unterschlagen habe. Dieser Verdacht, der, wie sich bald herausstellen dürfte, auf einer Verwechslung beruht, hat weiter zur Folge gehabt, daß eine Reihe polnischer Partei- genossen, bei denen Kinsky in Berlin während der letzten Tage verkehrte, einer Hausfuchung ausgesetzt waren. Der Wirth Siegal, der versichert, daß er Kinsky nur als seinen Gast kenne und sonst in keinem Verkehr mit ihm gefanden habe, daß daß er, was ja bei einem Wirth nichts seltenes, dessen Koffer ver- wahrt habe, war fast vier Stunden auf dem Polizeibureau auf- gehalten und hatte überdies noch eine bei ihm besonders peinlich ausgeführte Hausfuchung zu bestehen. Es ist natürlich trotz alledem nichts gefunden worden, was ihn irgendwie belasten könnte.

Die große Berliner Pferdebahn-Gesellschaft scheint noch einmal Gnade für Recht ergehen lassen zu wollen. Die nach den Mittheilungen einiger Blätter angebrohte Entfernung der grünen Friedeldecke ist vorläufig noch nicht zur Durchführung gelangt. Vielmehr sind dieselben gestern erst in den Lagen der Linien Weidendammer Brücke—Gesundbrunnen, Weidendammer Brücke—Weddingplatz, Weidendammer Brücke—Zogeler Chaussee und Dorf Zegel angebracht worden.

Die Zahl der Berliner Steuererheber ist laut Zeitungs- meldungen um 52 vermehrt worden. Veranlassung hierzu soll ein bedeutender Steueranfall gegeben haben, den der Magistrat in den letzten Jahren erschahen. Die Steuererheber sollen der- artig mit Arbeit überlastet gewesen sein, daß sie das Eintreiben der Steuern nicht „mit der dazu nöthigen Energie“ durchführen konnten, wodurch es namentlich „böswilligen Zahlern“ möglich wurde, Jahre hindurch mit ihren Steuerquoten im Rückstande zu bleiben. Das letztere ist wohl nur ein Phantasiegebilde, denn dem Magistrat steht doch das Mittel der exekutiven Steuer- einziehung zur Verfügung. Das die Steuererheber viele Arbeit haben, wollen wir gern glauben. Dennoch kann sich wohl Niemand darüber beklagen, daß der „Steuermann“ sich nicht stets pünktlich eingestellt hätte. Daß die Steuern nicht ebenso pünkt- lich geholt werden, liegt wohl weniger an der mangelnden „Energie“ der Steuererheber, als daran, daß die Steuerzahler überhaupt nicht im Stande sind, ihre Steuern zu entrichten. Daß hieran durch die Neueinstellung von 52 Steuererhebern etwas geändert wird, ist ein naiver Glaube. Und wenn von „böswilligen Steuerzahlern“ gesprochen wird, so ist das eine bureau- kratische Anschauung, die anderwärts sogar dazu geführt hat, die Steuerrestanten öffentlich bekannt zu machen und denselben den Besuch von Gastwirtschaften zu untersagen. Ein derartiger löblicher Brauch besteht in Berlin allerdings noch nicht, doch — was nicht ist, kann noch werden!

Ein streikender Kirchenchor. Im Auslande befindet sich der Kirchenchor der Zwölfs-Apostel-Gemeinde, weil er sich mit der Kirchenverwaltung über seine neue Leitung nicht einigen konnte. Da die Streikenden fest organisiert sind und auch pekuniäre Sorgen bei ihnen kaum plaggreifen dürften, so hoffen sie, den Vertretern des Kapitals — pardon, dem Kirchenvorstand erfolgreich Wider- stand entgegenzusetzen zu können. Vor Zugung wird gewarnt.

Von den Briefmarken-Automaten. Nicht weil sie das Straßenbild beeinträchtigen, sondern weil sich die Reichs-Post- verwaltung noch nicht vom Vorhandensein eines Bedürfnisses überzeugt hat, soll aus der Ausstellung von Briefmarken- Automaten nichts werden. Natürlich!

Durch das Rollen eines Stadtbahn-Juges scheu ge- worden, ging das Pferd eines Obwagen am Donnerstag Morgen um 7 Uhr am Bahnhof Friedrichstraße durch. Der Wäher des Pferdes, der sich an das Hinterrad des Wagens geklammert hatte, kam zu Fall und wurde arg zugerichtet.

Pferdebahn und Publikum. Berlin soll bestraft werden schreibt die „Polem. Corresp.“, und zwar von Niemand anderem als von der Großen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft. Die Ver- waltung dieses mit Recht so viel angefeindeten Verkehrs-Instituts will an dem Berliner Publikum dafür Rache üben, daß es zu ungesundem fordert, was es längst hätte besitzen sollen — nämlich bessere Beleuchtung und Erwärmung der Pferdebahnwagen

während der kalten Jahreszeit. Die geplante Strafe soll, nach der „Pol. Corr.“, darin bestehen, daß in diesem Winter selbst die grünen Friesdecken, welche im Vorjahre in einigen Wagen größerer Strecken zum Schutze des Publikums gegen die die eindringende Kälte vorhanden waren, in Fortfall kommen sollen. Die Heizung, welche von Seiten der maßgebenden Stelle nach dieser Richtung hin gefallen sein soll, soll von solch empörender Drastik sein, daß die „Pol. Corr.“ Anstand nimmt, dieselbe wiederzugeben, am nicht den allgemeinen Anwillen, welcher ohnehin schon gegenüber der Verwaltung dieses Instituts herrscht, noch zu verärfen.

Der zwanzigste Wohlthätigkeits-Bazar, so verkünden jubelnd gutgesinnte Blätter, ist in dieser Saison (!) bereits eröffnet worden. Wie viel Pläfir mögen die gelangweilten Wohlthäterinnen an ihren guten Werken bereits gefunden haben, und wie viel Demüthigung mag den paar Armen, die außer den schwarzen Heidenkindern noch mit einem sadenscheinigen Höcklein bedacht wurden, schon beschieden sein?

Ueber einen Gladiatorenkampf im römischen Bade wird uns das Nachstehende berichtet. Einem Rentier wurden auf Antrag eines Gastwirths Mauerziegel gepfändet und durch einen Gerichtsvollzieher für vier Mark das Tausend verkauft. Da der Gläubiger aus dem Erlös nicht bedrängt wurde, so wollte er sich über den Vollziehungsbeamten beschweren, weil dieser wahrscheinlich die Steine zu billig verkauft habe. Hierbei blieb es aber. Am Dienstag nun sah der Gastwirth im römischen Bade, als ein Mann in adamitischem Kostüm an ihn herantrat und nach dem Ergebnis der Versteigerung in hämischer Weise fragte. Es war der ausgepfändete Schuldner. Der Gastwirth gerieth dadurch so in Harnisch, daß er sich auf den Rentier stürzte. Es entwickelte sich ein regelrechter Gladiatorenkampf, der nur durch die Dazwischenkunft der Badewärter beendet werden konnte.

Die 20. Sanitätswache wird am Freitag in der Artilleriestr. 27 beim Heiligthum Solf eröffnet werden.

Ein „**Scherz**“, den sich die Angestellten eines hiesigen Konfektionsgeschäfts mit einer Kollegin erlaubten, ist für diese von den übelsten Folgen gewesen. Die junge Dame, ein Fräulein K., hatte einen unüberwindlichen Aßchen vor Mäusen, die in jenem Geschäft häufig gefunden wurden. Dies wußten die lieben Kollegen und Kolleginnen und ließen keine Gelegenheit vorbeigehen, der jungen Dame möglichst oft den Anblick der kleinen Nagethiere zu bereiten. Als nun am Montag wiederum eine Maus gefangen war, steckten sie das lebende Thier in die Manteltasche der Kollegin Fräulein K., die, als sie zu Tisch gehen wollte und statt ihrer Handschuhe die lebende Maus in die Hand bekam, dertafeln von Entsetzen ergriffen wurde, daß sie ohnmächtig zu Boden sank und beim Fallen gegen die Kante eines Schrankes schlug. Sie hatte eine heftig blutende Kopf- wunde davongetragen und mußte schleunigst nach Hause gebracht werden. Ein Nervenfieber, an dem Fräulein K. nun darniederliegt, ist die Folge dieses dummen Scherzes.

Vollständig ausgebrannt ist heute Vormittag kurz nach 11 Uhr eine im Parterre des Hauses Gipsstr. 18a belegene Schneiderwerkstatt. Leider konnte nicht ermittelt werden, auf welche Weise das Feuer entstanden ist.

An einem Springbrunnen vor dem Brandenburger Thor hat sich die 19 Jahre alte Schneiderin Elise Greinert mit Karbolsäure vergiftet. Ueber die Ursache weiß man nichts, selbst die Angehörigen können keine Auskunft geben.

Inr Spandauer Raubmord-Affäre verläutet des Weiteren, daß es leider noch nicht gelungen sei, den Thäter zu ergreifen, obwohl von seiten der Sicherheitsbehörde hierzu alle möglichen Maßregeln getroffen worden sind. Die erwürgte Hedwig Franke war bei ihren 13 Jahren ein kräftig entwickeltes Mädchen, das sich nicht so leicht beikommen ließ. Das am Hundort der Leiche, der auch zugleich der Thäter ist, aufgewühlte Erdreich giebt Zeugniß davon, daß zwischen Mörder und Opfer ein hartnäckiger Kampf stattgefunden hat. Darauf läßt auch der Umstand schließen, daß selbst die Stangen des Schnürleids, das das Kind trug, verbogen und zerbrochen sind.

Der Mörder Geride, der am 3. Oktober seine schwangere Frau ermordet und dann auf die Schienen gelegt hatte, stand am Donnerstag vor dem Schwurgericht beim Landgericht II. Der Angeklagte, von dem man während der Untersuchungsphase glaubte, daß er den wilden Mann spiele, machte jedoch auf das Gericht einen so stupiden Eindruck, daß beschlossen wurde, die Sache zu vertagen und den Angeklagten auf seinem Zustand hin untersuchen zu lassen.

Polizeibericht. Am 29. d. M. sprangen die beiden sechs und vier Jahre alten Söhne eines im dritten Stock des Hauses Koppenstr. 4 wohnhaften Kellers aus dem Fenster auf den Hof hinab. Sie hatten bei Abwesenheit der Eltern in der verschlossenen Wohnung an der Wasserleitung gespielt und verwickelten den geöffneten Jahn nicht wieder zu schließen. Als ihre Hilferufe keinen Erfolg hatten, suchten sie sich aus Angst, trotzdem durchaus keine Gefahr vorlag, durch den Sprung aus dem Fenster zu retten. Da sie auf ein Gartenbeet fielen, erlitt nur der jüngere anscheinend leichte innere Verletzungen, während der ältere Knabe anscheinend ganz unverletzt blieb. — Auf der Schloßbrücke fiel Nachmittags ein Kutscher von seinem Arbeitswagen und erlitt eine so bedeutende Verletzung an der Schulter, daß seine Ueberführung in die Charité erforderlich wurde. — Am Landwehrkanal, gegenüber dem dem Hause Waterloo-Ufer 12, wurde die Leiche eines neugeborenen Kindes aufgefunden. — Abends wurde ein Fauragehändler in seiner Wohnung, in der Köpnickstraße, erhängt vorgefunden. — Im Laufe des Tages fanden acht kleine Brände statt.

Gerichts-Beilage.

Gewerbegericht. Die Frage: Haben Hausindustrie bezw. Hausarbeiter Anspruch auf die gesetzliche Kündigungsfrist? beantwortete die Kammer I durch ihren Vorsitzenden, Assessor Fürst, am 25. November in Sachen des Schneiders Weidner gegen Landsberger durch folgendes Erkenntniß von prinzipieller Bedeutung:

Ob die außerhalb der Arbeitsstätte ihrer Arbeitgeber beschäftigten Arbeiter Anspruch auf die vierzehntägige Kündigungsfrist des § 122 der Gewerbe-Ordnung machen könnten oder nicht, lasse sich nicht mit einem unbedingten Ja oder Nein beantworten. Es komme dies daher, daß diese Personen, wirtschaftlich gedacht, nicht unter einen einheitlichen Gesichtspunkt gebracht werden können, vielmehr theils als selbständige Gewerbetreibende (Hausindustrielle), zum andern Theil als unselbständige gewerbliche Arbeiter (Heimarbeiter, Hausarbeiter) zu erachten seien. Es gebe Hausindustrielle, die ihren Jahresertrag nach Hunderttausenden von Mark berechnen und Heimarbeiter, die wöchentlich 3 M. und darunter verdienen. Auch das Reichsversicherungsamt habe in einer Entscheidung vom 15. Oktober 1891 sich dahin ausgesprochen, daß auch beim Vorliegen der für die Hausindustrie im allgemeinen wesentlichen Merkmale, nämlich die Herstellung oder Bearbeitung gewerblicher Erzeugnisse in eigener Betriebsstätte im Anstrome und für Rechnung, nicht ohne weiteres der Schluss gezogen werden muß, der in dieser Weise Beschäftigte sei ein Hausgewerbetreibender. Es könnten vielmehr Personen, die äußerlich unter ähnlichen Verhältnissen thätig sind, gleichwohl als unselbständige sogenannte Heimarbeiter, Heimarbeiter angesprochen werden. Die Frage, ob das letzt-

genannte Verhältniß oder ein selbständiger hausgewerblicher Betrieb vorliegt, sei nur von Fall zu Fall unter Berücksichtigung der besonderen obwaltenden Verhältnisse und der gesammten wirtschaftlichen und persönlichen Verhältnisse des Beschäftigten zu entscheiden.

Denselben Standpunkt vertreten ebenfalls eine Entscheidung des Reichsgerichts vom 20. Dezember 1893, wie auch Schönberg in seiner Volkswirtschaftslehre. Ferner führt Schenkel in seinem Kommentar zur Gewerbe-Ordnung aus, daß es für die Qualifikation eines Arbeiters als unselbständigen oder selbständigen nicht entscheidend sein könne, ob er in der Werkstätte oder in der gewerblichen Anlage selbst, oder ob er für den Unternehmer in der eigenen Wohnung (z. B. die Näherin für eine Textfabrik) beschäftigt ist. Das Verhältniß ist hier wesentlich dasselbe, wie überall da, wo verschiedene Räume für die verschiedenen Arbeiter benutzbar werden. Der Umstand, daß diese verschiedenen Räume sich nicht unter demselben Dach befinden und nicht von dem Arbeitgeber ermietet sind, ändere an der Art der in diesen Räumen ausgeführten Arbeit (Gewerbegericht Frankfurt am Main). Demgegenüber sei eingemantelt worden, daß die in ihren eigenen Wohnungen Arbeitenden um deswillen als selbständige Unternehmer anzusehen seien, weil die Kontrolle des Arbeitgebers fehle. Das sei falsch. Wenn es festzustellen gelte, ob jemand als gewerblicher Arbeiter selbständig ist oder nicht, so werde als Maßstab nicht die persönliche Bewegungsfreiheit desselben angelegt werden können. Der Arbeiter im eigenen Heim sei übrigens der Kontrolle keineswegs gänzlich entzogen. Mit Bezug auf die Arbeitsart und Vorfahrungsweise könnte er an bestimmte Weisungen gebunden werden und sei er auch auf die Innehaltung einer bestimmten Arbeitszeit angewiesen, wenn er, als in Accord bezahlt, sich den Lebensunterhalt verdienen will. Haas, Kayser und Berger nehmen zwar an (in Anmerkungen zu verschiedenen Paragraphen der Gewerbe-Ordnung), daß die Gewerbe-Ordnung schon an sich die in ihren Heimstätten beschäftigten Personen als „selbständige Gewerbetreibende“ ansehe; aus dem § 119 erhebe jedoch nur, daß die außerhalb der Arbeitsstätten ihrer Arbeitgeber für diese thätigen Personen nicht als „Arbeiter“ angesehen werden sollen. Das sie deshalb „selbständige Gewerbetreibende“ wären, folge daraus nicht. Die Gewerbe-Ordnung stelle zwar die selbständigen Gewerbetreibenden und gewerblichen Arbeiter zum Beispiel in der Unterschrift zum Titel VII einander gegenüber; dies könne aber deswegen nicht entscheidend sein, weil sie in den Motiven zu Paragraph 10 eine hervorzuhebende Kategorie der in ihrer eigenen Wohnung beschäftigten Arbeitnehmer, die Lohnweber, nicht zu den selbständigen Gewerbetreibenden rechne. Und auch aus Paragraph 2 des Krankenversicherungsgesetzes vom 15. Juni 1893, welcher Hausindustrielle als selbständige Gewerbetreibende bezeichnet, könne nichts Entscheidendes hergeleitet werden, da die von diesem Gesetz als selbständige Gewerbetreibende aufgeführten Arbeiter noch keineswegs als solche im Sinne der Gewerbe-Ordnung zu betrachten seien. Von Heimarbeitern sei in diesem Paragraph 2 übrigens nicht die Rede und es qualifizieren auch die Motive zu diesem Gesetz (die Krankenkassen betreffend) als eine Uebergangsstufe zwischen den unselbständigen Arbeitern und den selbständigen Gewerbetreibenden (siehe Otto: „Streitigkeiten der selbständigen Gewerbetreibenden“ und eine Entscheidung des Ober-Landesgerichts in Hamburg vom Oktober 1884), so daß eine Folgerung hinsichtlich der Heimarbeiter auch dieser Gesetzesbestimmung nicht gezogen werden könne. Müsse hiernach die Auffassung, als ob die in ihrer Heimstätte beschäftigten Arbeitnehmer schlechthin als selbständige Unternehmer anzusehen seien, aus tatsächlichen sowie aus rechtlichen Gründen als unzutreffend erachtet und vielmehr angenommen werden, daß es der Würdigung des konkreten Falles überlassen bleiben muß, festzustellen, ob ein selbständiger Unternehmer oder ein unselbständiger Arbeiter in Frage steht, so bleibe zu erörtern, welche Gesichtspunkte für die Prüfung der einzelnen Thatbestände maßgebend sein müssen. Otto halte es für erheblich:

1. ob der Betreffende nur für einen bestimmten oder für verschiedene Arbeitgeber beschäftigt sei, und
2. ob er allein oder mit Gehilfen arbeite.

Dem dürfe im Wesentlichen beigetreten sein, wenn auch nebenher noch eine Menge anderer Momente (ob der Arbeitgeber Werkzeuge zu stellen hat u. s. w. u. s. w.) in die Waagschale fallen können.

Arbeits ein Arbeitnehmer für mehrere Arbeitgeber, so könne er um deswillen nicht als unselbständig angesehen werden, weil er nicht von einem einzelnen Meister abhängig sei. Und in welcher Weise solle in solchem Falle die Lohnentschädigung bemessen werden? Die Ansetzung eines Bruchtheils seines Verdienstes in zwei Wochen würde bei einem Hausindustriellen beispielsweise, der für sechs oder gar für 12 Geschäfte arbeitet, zu unerquicklichen und dazu unüberwindlichen Schwierigkeiten führen. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, ergebe sich schon und ohne weiteres die Unhaltbarkeit des Gedankens, einem solchen Hausgewerbetreibenden die Kündigungsfrist zugubilligen.

Wenn ferner ein Arbeitnehmer wiederum selbst Gehilfen beschäftige, so sei er deshalb als selbständig zu erachten, weil er dann schon seinerseits die Spitze eines eigenen Betriebes bilde.

Für den Fall, ob ein Heimarbeiter (Außenarbeiter) auf die Kündigungsfrist des Paragraphen 122 sich berufen kann, werde aber auch in Betracht gezogen werden müssen, ob er berufsmäßig oder neben einer anderen Beschäftigung nur gelegentlich gewerbliche Arbeiten ausführe. Mit Recht definiert Engelmann (Kommentar zur Gewerbe-Ordnung) nur denjenigen als Gewerbetreibenden, welcher berufsmäßig eine gewerbliche Thätigkeit ausübe. Die Dilettanten des Gewerbes, denen es vielleicht darauf ankomme, sich ein Taschengeld zu verdienen u. s. w., könnten die Kündigungsfrist des § 122 nicht in Anspruch nehmen.

Im vorliegenden Falle sei nach der Verhandlung anzunehmen, daß Kläger keine Gehilfen beschäftigt und auch nur für ein Geschäft, das des Beklagten, gearbeitet habe. Deshalb sei angenommen worden, daß Kläger nicht als Hausindustrieller, sondern als Heimarbeiter anzusehen sei und habe man ihm, weil er ohne Kündigung nicht weiter beschäftigt wurde, 40 M. als Lohnentschädigung für 14 Tage zugesprochen.

Noble Affären führten den Bureauvorsteher Paul Gröbe wegen Urkundenfälschung und Unterschlagung vor die I. Strafkammer. Der Angeklagte war 14 Jahre lang Bureauvorsteher bei dem Rechtsanwalt L. Er war ein sehr tüchtiger Beamter, der sich aber in letzter Zeit von seiner Vergnügungssucht zu sehr beeinflussen ließ. Als Rechtsanwalt L. sich auf einer Reise befand, erhielt er von seinem hiesigen Stellvertreter ein Telegramm, demzufolge der Bureauvorsteher nicht im Dienst erschienen sei. Von bösen Ahnungen getrieben, lehrte der Rechtsanwalt sofort zurück und stellte hier fest, daß mit dem Bureauvorsteher auch eine Summe von ungefähr 1350 Mark verschwunden war. Der Angeklagte hatte thatsächlich diese Summe unterschlagen und sich mit einem Frauenzimmer aus dem Staube gemacht. Er war nach London entkommen und verbuchte dort das Geld in der unverständigsten Weise. Schließlich ging es ihm an der Themse so schlecht, daß er sich von seiner Begleiterin ernähren lassen mußte, so, sogar den Versuch machte, das Frauenzimmer an einen sogenannten Puff zu verkaufen. Diese Zumutung war der Begleiterin des Angeklagten doch zu stark, daß sie ihn verließ und ihm blieb nun nichts übrig, als sich

freiwillig der Behörde zu stellen. Während der Untersuchung stellte es sich heraus, daß der Angeklagte während seines hiesigen Dienstes aus reiner Bequemlichkeit eine Urkunde gefälscht hatte. Der Gerichtshof verurtheilte den leichtsinnigen jungen Mann zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängniß und 2 Jahren Ehrverlust.

Es sind ja nur Proletarier, die es essen. Wider die Schmalzfälscher richtete sich eine Verhandlung vor dem hiesigen Schwurgericht, in welcher der Gerichtschreiber Dr. Wein die verwerflichen Manipulationen, die mit diesem Nahrungsmittel vorgenommen werden, etwas beleuchtete. Nach diesem Gutachten werden nicht bloß Rindertalg und Stearin, sondern auch Baumwollsaat-Del in beträchtlichen Mengen dem Schmalze zugesetzt. Leider lassen sich in den seltensten Fällen die Hauptschuldigen ermitteln. Auch in dem hier zur Frage stehenden Falle konnte Dr. Wein dem Angeklagten nur eine Fahrlässigkeit insofern vorwerfen, als er sein Schmalz vor dem Verkaufe hätte prüfen müssen. Der Gerichtshof schloß sich dieser Ansicht an und verurtheilte den Angeklagten unter Berücksichtigung seiner bisherigen Unbescholtenheit zu 20 M. Geldbuße.

Der „graufige Raubfall“ dessen Opfer die verehelichte Antonie Bothe am 17. September in ihrer Wohnung Straßburgerstr. 19, gewesen sein wollte, der sich aber als romantischer Phantastie entpuppt hat, beschäftigte gestern die 2. Strafkammer des Landgerichts I. Das „Opfer“ dieser ersundenen Gräueltat hatte sich wegen wirklich falscher Anschuldigung zu verantworten. Die Angeklagte hatte in einer außerordentlich detaillirten Anzeige bei der Polizei mitgeteilt, daß sie in ihrer vier Treppen hoch gelegenen Wohnung am 17. September von zwei Männern überfallen worden sei; diese Männer hätten ihr die Hände gebunden, die Haare abgeschnitten, die Kästen durchsucht und Geld geraubt. Sie habe in der angegebenen Zeit in ihrer Küche gestanden und sich die Haare gemacht. Die Korridorthür habe offen gestanden, die Küchentür sei nur eingeklinkt gewesen. Da seien plötzlich zwei Männer hereingetreten, der eine hätte sie am Hals gewürgt und auf einen Stuhl herabgedrückt, der andere aber habe ihr ein Taschentuch in den Mund gesteckt, mit einer Zunderschnur ihre Hände und Füße gebunden und dann mit einer Schere die Haare abgeschnitten. Der eine Mann habe dabei höhnisch geäußert: „Das ist noch sehr schönes Haar, da kann sich meine Alte einen Kopf draus machen lassen!“ Der andere Mann habe ihr sodann ein Taschentuch um den Mund gebunden und ihre Hände an der Rücklehne des Stuhles festgebunden. Die beiden Räuber, von denen die Angeklagte eine ungeschähre Personalbeschreibung gab, hätten sich dann an Kassen und Kommode gemacht und aus ersterem 32 M. barren Geldes, aus letzterer eine Sparbüchse mit 35 M. Inhalt geraubt. Es sei bei diesem Vorgange wiederholt das Wort „Grob schlechter“ und „Nun wird Euch wohl das Erben vergeblich“ gefallen, was vielleicht darauf hindeute, daß die Räuber von der Verwandtschaft, mit denen das Ehepaar Bothe in Erstverhältnissen liege, abgefaßt seien. Erst eine halbe Stunde nach Entfernung der Räuber wollte die Anzeigerin durch ihre Tochter Elise aus ihrer entsetzlichen Lage befreit worden sein. In dieser ganzen Erzählung, die f. B. in Berlin großes Aufsehen erregte, ist ein Wort wahr. Die Angeklagte gab gestern zu, daß sie die ganze graufige Geschichte von A-Z frei erfunden, sich selbst gebunden und sich selbst das Haar abgeschnitten habe. Sie sei mit ihrem Wirtschaftsgelde nicht ausgekommen, habe die Erbsparnisse angegriffen und nun aus Furcht vor ihrem Ehemann die romantische Geschichte sich ausgedacht. — Der Staatsanwalt war der Ansicht, daß hier nicht bloß grober Unfug, sondern wirklich falsche Anschuldigung vorliege, da sie in der Anzeige den Verdacht doch auf ganz bestimmte Personen, nämlich auf die Verwandten ihres Ehemannes gelenkt habe. Der Staatsanwalt beantragte vier Monate, der Gerichtshof erkannte auf zwei Monate Gefängniß.

Ein in der „Jur. Wochenschr.“ mitgetheiltes Erkenntniß des Reichsgerichts ist werth, weiteren Kreisen bekannt zu werden, da es der Beschränkung der Verteidigung eines Angeklagten seitens Staatsanwalts in recht deutlicher Weise entgegentritt. In einer Strafsache war der Verteidiger des Angeklagten nicht erschienen, weil derselbe der Vorchrift des § 217 der St.-P.-O. zuwider nicht vorgeladen war. Der Angeklagte beantragte anfänglich aus diesem Anlaß die Vertagung, zog diesen Antrag aber zurück, nachdem der Staatsanwalt ihm angedroht hatte, daß die Staatsanwaltschaft Erlaß eines Haftbefehls gegen ihn beantragen werde. Das Reichsgericht, welches das verurtheilende Erkenntniß aufgehoben hat, äußert sich über dieses Verfahren des Staatsanwalts wie folgt: Keine Vorchrift der Straf-Prozessordnung ermächtigt die Staatsanwaltschaft, sich in der Hauptverhandlung mit der Anklündigung ihrer eventuellen Absicht an den Angeklagten selbst zu wenden und zwar in der Form, daß sie die Nichtaufsührung ihrer Absicht von einem Verzicht des Angeklagten auf ein zweifellos ihm zustehendes, die bessere Wahrung seiner Verteidigung bezweckendes Recht abhängig mache. Der Vorwurf, der Vertagungsantrag des Angeklagten beziele eine Verschleppung der Sache, war ungerichtet, da der Angeklagte nur von einem gesetzlichen Rechte Gebrauch machte und die Schuld an einer etwaigen Vertagung nur das Gericht traf, das unter Verletzung des § 217 St.-P.-O. die Vorladung des Verteidigers veräußert hatte. Mit Rücksicht auf diese Sachlage läßt sich die Annahme nicht zurückweisen, daß der Angeklagte seinen Verzicht nur unter dem Druck der Anklündigung und der Furcht vor Verwirklichung des in Aussicht gestellten Uebels, mithin in einem Zustande der Willensunsicherheit erklärt hat. Dann ist der Verzicht wirkungslos gewesen.

Depeschen.

(Wolf's Telegraphen-Bureau.)
München, 30. Nov. Die Kammer der Abgeordneten setzte heute die Beratung des Militäretats fort. Dem Abgeordneten v. Bollmar gegenüber bestritt der Kriegsminister die Existenz des Kastengebietes bei dem Offizierkorps und betont, daß die Armee nicht bloß das Vaterland gegen äußere Feinde zu verteidigen, sondern auch die innere Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten habe. Der Kriegsminister erklärte sich bereit, gelegentlich im Bundesrathe eine Erhöhung der Entschädigung für Einquartierungen anzuregen. Abg. Wagner beantragt eine authentische Interpretation betreffs der Ausschließung der Oeffentlichkeit im Militärprozesse. Fortsetzung morgen. Der Finanzminister v. Mielde teilte mit, er reise heute für mehrere Tage nach Berlin.

Paris, 30. November. Der Kassationshof beschloß, die Angelegenheit von Rives-Mortet vor das Schwurgericht in Angoulême zu verweisen, da, wie die Blätter angeben, von Geschworenen in Rives Mangel an Unbefangenheit befürchtet werde.

(Telegraphen des Bureau Herald.)
Saint Etienne, 30. November. In der vergangenen Nacht ist ein Gebäude, welches als Dynamitfabrik benutzt wurde, in die Luft geflogen. Der Wächter des Gebäudes wurde getödtet. Ueber die Ursache der Explosion ist nichts bekannt.

London, 30. November. In die Regierung richten die Tageszeitungen das Ersuchen um Erlassung eines Verbois gegen die Verbreitung der Artikel über Vereitung von Explosivstoffen.

Brüssel, 30. November. In den Kohlenbetten wurden 15 Personen verhaftet, unter denen sich mehrere Anarchisten befinden. Die Verhafteten sind vierfachen Mordes beschuldigt, außerdem sollen 50 Diebstähle von den Verbrechern verübt worden sein und zwar innerhalb zwei Jahren.

Modernes Bauernlegen.

Im vierundzwanzigsten Kapitel seines „Kapital“ schildert Karl Marx die Art und Weise, wie im achtzehnten und weit hinein ins neunzehnte Jahrhundert die Landlords in Hochschottland sich in den Besitz von Bauernland setzten. Durch allerlei Pfiffe und Kniffe, Schliche und Mänke, durch brutale, vom Gesetze gedeckte Gewalt wurden die Bewohner ganzer Gegenden, tausend und abertausend freie Männer, deren Vorfahren das Land besiedelt und urbar gemacht, systematisch von ihrer Hufe getrieben, verjagt und ausgerottet. An die Stelle der mit dem Schweize von Generationen gedüngte Fruchtböden traten quadrotmeilengroße Weiden und Tristen, die Dörfer und Weiler wurden zerstört und niedergebrannt, wo sonst zehntausend arbeitssame Menschen ihr Auskommen fanden, zogen jetzt hunderttausend Schafe. Aber auch das genügte dem Hunger und Uebermuth des Kapitals noch nicht. Nur wenige Jahre verfloßen und auf den grasreichen Hängen schloß junger Wald empor, die Schafe verschwanden und an ihre Stelle traten Hirse, Weizen und Fische; aus dem Jahrhunderte alten Kulturboden sind wieder Jagdreviere geworden, in welchen hochwädrige Lords und dickbäuchige Fabrikanten ihre Zeit todtschlagen.

Was damals in Schottland geschah, etwas Aehnliches vollzieht sich seit etwa zwei Decennien in den deutschen Alpenländern Oesterreichs. Von Jahr zu Jahr vergrößert sich die Zahl der reichen Proben, der „Edelsten“ und „Hochedelsten“, welche diese Gegenden zum Jagdtummelplatz ertüben.

Ungeheure Landkomplexe werden zusammengekauft, was nicht gekauft werden kann, wird gepachtet. Was Humen, Awarzen und Maggaren nicht vermochten, das geringe Kapital hat es zu Wege gebracht. Alter Kulturboden, der schon zur Römerzeit seine Urbauer ernährte, wurde wieder zur Wildnis. Von den Alpenweiden verschwindet das Vieh, an seine Stelle tritt die Gemse. Der Bauer verläßt um jeden Preis, zieht übers Meer oder vergräbt sich in den Städten die Reichsarmee. Die eingezogenen Thiergärten in den Vorbergen, die Jagdreviere im Hochgebirge vergrößern sich von Jahr zu Jahr und verschlingen Alles, was ihnen im Wege steht. Stundenlange Thäler sind gesperrt, über ganze Gebirge gebietet Einer. Eine Menge Weiler, Höfe und Häuser sind verschwunden, ganze Dörfer verödet, bis in die Märkte des Flachlandes hinab ist der verderbliche, kulturfürdliche Einfluß des Systems deutlich zu spüren. Der Hochadel Oesterreichs, regierende deutsche Fürsten, das internationale Gold- und Viehkapital, katholische Mönche, selbst der Staat, sie alle sind an der Verwüstung gleichmäßig betheiligt. Ja, wenn diese „hohen“ Herren dem armen Tausel von Alpenbauern sein Besitzthum wenigstens auf eine einigermaßen ehrliche Weise ablaufen würden. Aber von einer Noblesse ist da verdammte wenig zu spüren. Das würde ja Geld kosten! Und man fährt doch bedeutend billiger, wenn man all die Finneffen benützt, welche einem die heutigen Gesetze an die Hand geben, oder welche sie wenigstens nicht verbieten und mit Strafe bedrohen.

Der Vorgang bei dieser Art von Bauernlegen ist gewöhnlich der folgende. Jemand ein reicher Mann kommt dabei und kauft eine Waldherrschaft. Sein Wald liegt in den meisten Fällen zwischen den Alpenweiden und den Höfen der Bauern, welche branden in den Thälern oder an den Hängen sitzen. Dieser Umstand ist sehr wichtig für den Spekulant. All diese Bauern am Nordrand der Alpen treiben als Hauptbeschäftigung vorzüglich Viehzucht und Milchwirthschaft. Dabei sind sie auf die Weiden angewiesen, welche über der Waldgrenze liegen oder zwischen Wäldern sich hingiehen. Diese Weiden sind entweder im Besitz eines Einzelnen, oder einer Gemeinde, oder die Bauern haben wenigstens das Weiderecht. Es muß hervorgehoben werden, daß in den Alpen diese Rechte und auch die Begerechte vielfach nicht verbrieft sind, sondern ihre Geltung nur dem Herkommen und der augenblicklichen Befehlsanordnung verdanken. Darauf fußt der Spekulant, der mit dem Plane in die Gegend gekommen, sich ein großes Jagdgebiet zusammenzuschlagen. Das Erste, was er thut ist, daß er im Grundbuche nachschaut. Jeder Weg, der hier nicht ausdrücklich als öffentlich erklärt ist, wird von ihm sofort gesperrt.

Es sind Fälle vorgekommen, daß Gutsbesitzer Thalwege, welche schon seit Jahrhunderten begangen waren, und die einzige Verbindung ins Hochgebirge darstellten, einfach absperrten. Die Bauern mußten Jahre lang bei den Gerichten herumschleichen und unumenschliche Kosten begleichen, ehe sie ihr Recht erhielten. Der Bauer, dem auf diese Weise der Antriebs unmöglich gemacht wurde, muß im Frühjahr sein Vieh billig verkaufen, im Herbst es theuer wieder kaufen. Selbst die wohlhabenderen Bauern werden dadurch ruinirt; der Jagdherr kauft im Herbst alles erreichbare Futter für seine Hirse auf. Proben aber aus der Alpe verkauft jahraus, jahrein das schönste Gras ungenüht.

Gelingt es nicht auf diese Weise, die Bauern vom Antriebe abzuhalten, so wird ein anderes Mittel versucht. Die Grenzen zwischen Weide und Wald, Weide und dem Hochgebirge sind in vielen Fällen nicht genau bestimmt. Mit List und Gewalt, kurz mit allen Mitteln sucht nun der Gutsbesitzer seine Grenzen hinauszuschieben und provoziert eine Befreiungsklage nach der anderen. Die Prozesse kosten Geld und manches Bauernlein geht darüber zu Grunde, während seine Klage noch schwebt. Das an die Gant gebrachte Gütlein wird vom Großgrundbesitzer um einen Dauterling erworben und zur Versteigerung geschlagen. Wollen die Bauern gar nicht mürbe werden, dann tritt der Gutsbesitzer als Jagdherr auf. Er läßt einige Jahre nichts abhauen, das Wild vermehrt sich ungeheuer, mischt sich unter das aufgetriebene Vieh und frist ihm das Gras weg. Weide aber dem Bauer, der sich dagegen wehrt! Sofort regnet es Klagen und Anzeigen von Seite des Jagdherrn. Im Jahre 1885 wurde ein Hüttenbau, weil er auf der Alpe Weidbäcker gejauchst, mit der Peitsche geknallt, einen Hund hatte belien lassen und dadurch den fürstlichen Gemüthsstand boßhafter Weise schwer geschädigt hatte, von der Bezirkshauptmannschaft zu vierzehntägigem Arrest verurtheilt. Die Bauern, welche auf diese Alpe das Antriebsrecht besitzen, haben dieses nämlich verbrieft, es stammt aus dem Jahre 1588; auf eine andere Weise war ihnen nicht beizukommen. Bezeichnend ist, daß die Anzeige des fürstlichen Jagdleiters von einem „anarchistischen Gewahren“ der Bauern redet. Aber nicht bloß der Adelige und Großkapitalist verfährt auf diese Weise, auch der Staat, das österreichische Aetax wirthschaftet nicht anders.

Die Gemeinde Teß in Tirol besaß urkundlich das Antriebsrecht für 280 Stück Rindvieh auf die Mellalpe Gämmermoos. Diese Alpe gehört dem Aetax und das Recht der Gemeinde wurde 1877 dadurch hinfällig gemacht, daß man Jungwald aufschließen ließ. Der Streit währte über vier Jahre und erst als der österreichische Aetaxminister zufällig in die Gegend kam, erreichte die Gemeinde soviel, daß das Aetax tausend Joch Hochwald niederzuschlagen ließ und den dadurch gewonnenen Platz als Weidgrund anwies; die Gemeinde verlor trotzdem die Hälfte ihres Antriebsrechtes.

Ja durch die Absperrung der Alpen den Bauern die Gristenz unmöglich gemacht, dann beginnt der Landlord mit dem Ankauf von Ackerboden. Er kauft oder nicht auf einmal, im Großen, sondern Hof für Hof nach größeren Zeiträumen. Und mit der

größten Schlaubeit und Veriebenheit wird da vorgegangen. Die erworbenen Gütlein grenzen nie aneinander, stets liegen noch einige, welche Bauern gehören, dazwischen. Auf diese ist es abgesehen. Die angekauften Häuser werden niedergegriffen, niedergebrannt, oder, wenn sie im Walde liegen, einfach dem Verkauf überlassen; das frühere Ackerland wird mit schnell wachsenden Waldpflanzen aufgeforstet. Es dauert nur wenige Jahre, dann sind diese emporgeschossen und rauben den dazwischen liegenden Aetaxen Luft und Licht.

Die Besitzer sind fertig zum Abfliegen. Sie kommen jetzt auf freien Stücken zum Grundbesitzer, bitten und betteln, man solle ihnen doch ihren Grund abkaufen. Das erste Mal werden sie abgewiesen. Sie kommen wieder und nehmen, was man ihnen wie ein Almosen zuschiebt. Sind alle Bauern weggezogen, dann werden die Wälder in den Vorbergen und Thälern eingezäunt und zu Wildparcs eingerichtet. Aber auch hier kann das Kapital seine wüthende Gier nicht zügeln. An den Grenzen der Thiergärten, besonders dort, wo freier, freier Wald ist, werden „Einsprünge“ angebracht, um so auf die denkbar billigste Weise den eigenen Stand durch fremdes Wild zu vermehren. Die Einsprünge werden nicht direkt an der Grenze angelegt — da könnte der geschädigte Nachbar ja die ganze Vorrückung durch einen „Gegensprung“ vereiteln — sondern etwa zweihundert Schritte weiter zurück auf dem eigenen Jagdgebiet.

Als in den achtziger Jahren das Bauernlegen einen immer größeren Umfang annahm, da wurden endlich die Landesverwaltungen und Gemeinden rebellisch, einzelne Landesauschüsse veranfaßter Umfragen und wandten sich an die Regierung um Abhilfe. Das geschah aber nicht den vertriebenen Bauern zu Liebe, sondern ganz im eigenen Interesse. Mit der Verringerung der Zahl der Bauernhöfe schwand die Grundsteuer, stiegen in den Gemeinden die Armenlasten. Im Jahre 1887 kam die Angelegenheit im Abgeordnetenhaus öffentlich zur Sprache — wider den Willen der Regierung. Diese hatte bis dahin jede Besprechung in den Zeitungen durch Konfiskationen hintertrieben. Im Reichstage erhoben sich Männer von verschiedenen Parteien, um die Praktiken der Bauernleger darzulegen. Am sachgemäßesten that dies und das meiste Material brachte bei der Abgeordnete Steinwender, dessen Ausführungen wir auch im Nachstehenden folgen wollen.

Soziale Ueberlicht.

Au alle Baunuschläger für Berlin und Umgebung. Kollegen, keine Branche der Handwerker und Arbeiter steht der Ausbeutung so wehrlos gegenüber, wie die der Anschläger. Wohl ist die Gelegenheit, sich zu organisiren da, aber wie wenig geübter der Organisation an? Auf wie vernichtende Weise wird konkurriert und durch Unterbieten die Preise gedrückt. Und warum? Weil die Ausbeutung nicht nur von Unternehmern, sondern von Kollegen selbst geschieht. Wohl hört man jeden Kollegen über Hungerlöhne klagen, doch nur ein Bruchtheil derselben schließt sich der Organisation an. Kollegen, legt den Schindrian ab, laßt alle Vorurtheile fallen und folgt dem Mahnruf „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch.“

Kollegen, deshalb erscheint alle Mann für Mann in den Versammlungen (siehe heutige Annonce). Unterstützt unsere Bestrebungen und die Organisation wird eine Macht bilden.
R. Ferdinand, Bankstr. 61.

Die 6. ordentliche Jahresversammlung der norwegischen Arbeiterpartei findet am 21. Januar 1894 in Skien statt.

Ueber die Streiks, welche im Jahre 1892 in Deutschland stattgefunden haben, veröffentlicht das „Korrespondenzblatt der Gewerkschaften“ eine Statistik, der wir folgendes entnehmen: Im Jahre 1892 kamen in 21 Zentralorganisationen, welche Berichte einbrachten, 73 Streiks vor, welche zusammen 507 Wochen dauerten und eine Ausgabe von annähernd 110000 M. erforderten. In den Jahren 1890 und 91 waren die Lohnkämpfe viel größere als 92. Der Niedergang der Industrie in letzterem Jahre zwang die Arbeiter, von jedem Angriffsstreik Abstand zu nehmen und nur im äußersten Falle den Kampf mit dem Unternehmertum aufzunehmen. Von den 226 Ausständen in den Jahren 90 und 91 waren 79 Abwehr- und 147 Angriffsstreiks. Es ergibt sich hieraus, daß die Arbeiter, sich stützend auf die Organisation, bestrebt waren, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die Angriffsstreiks sollen aber hier zum größten Theil auf das Jahr 1890. Im Jahre 1891 waren die Arbeiter mit wenig Ausnahmen genöthigt, sich ihrer Haut zu wehren. Im Jahre 1892 war das Verhältnis für die Arbeiter noch ungünstiger. Es mußten 53 Abwehrstreiks inszenirt werden. Davon sollten 25 eine Lohnreduzierung, 6 eine Verlängerung der Arbeitszeit verhindern, während 7 um die Erhaltung der Koalitionsfreiheit, 10 wegen Währungsregelung und 8 wegen Einführung einer die Arbeiter bedrückenden Fabrikordnung geführt wurden. Von den Abwehrstreiks waren 19 erfolgreich, während 9 theilweise erfolgreich und 24 erfolglos verliefen. Diese Zahlen beweisen zur Genüge, daß die Arbeiter während der Zeit der wirtschaftlichen Krisis nur schwer gegen die Macht des Kapitals anzukämpfen vermögen. Sie beweisen aber auch ferner, daß die deutschen Gewerkschaftsorganisationen noch keineswegs so stark sind, um während der ungünstigen Geschäftsperiode die Angriffe der Kapitalisten zurückweisen zu können.

So sehr viel die ganze Statistik noch zu wünschen übrig läßt, so sind doch die einzelnen Zahlen schon vielfach recht lehrreich, und es ist zu hoffen, daß die deutsche Arbeiterschaft sich mehr und mehr daran gewöhnt, wie alle ihre Angelegenheiten, so auch ihre Lohnkämpfe mit Interesse verfolgt und die Ergebnisse derselben registriert.

Aus einer Tabelle, welche der Statistik beigelegt ist, ersehen wir, inwieweit die einzelnen Berufe bei den Streiks betheiligt waren.

Die meisten Lohnkämpfe führten die Schuhmacher, nämlich 14, dann folgen die Handschuhmacher mit 8 und die Drechsler und Brauer mit je 7. Zieht man jedoch die Zahl der dabei betheiligten Personen in Betracht, so kommen in erster Linie die Brauer, bei denen 1015 Mann im Lohnkampf standen. Sodann folgen die Schuhmacher mit 417. Ein Streik der Seiler wurde von 14, einer der Zigarrenfortirer gar nur von 2 Mann geführt. Die Gesamtausgabe für die 73 Streiks betrug 84888 M. Die Generalkommission knüpft hieran noch das Ersuchen an die Vereinsvorstände, genaue Aufzeichnungen über die Ursachen, Wirkungen, Ausgaben u. d. d. Streiks zu machen und ihr einzusenden.

Die Frage, ob die Polizei in Preußen wirklich berechtigt ist, Mitgliederverzeichnisse von Gefangenen einzufordern bezüglich Einsicht davon zu nehmen, dürfte wohl wichtig genug sein, durch das Gericht entschieden zu werden. Vor kurzem berichteten wir von einem sächsischen Gemeindevorstand, der den Anspruch erhob, die Mitglieder eines Arbeitervereins kennen zu lernen, heute sind wir in der Lage, ein Gleiches von einer preussischen Polizeibehörde mittheilen zu können. In Stassfurt hatte sich ein Gefangenerin „Grüne Eiche“ gegründet. Auf das Verlangen der Polizeibehörde, ein Verzeichniß der Mitglieder einzureichen, hatte

der Vorsitzende des Vereins Beschwerde bei dem königlichen Regierungspräsidenten eingelegt, worauf er folgende Antwort erhielt:

Der Regierungs-Präsident.

I. P. P. Nr. 5714.

Magdeburg, den 8. November 1893.

Auf die Beschwerde vom 24. August d. J. eröffne ich Ihnen, daß der Anspruch der dortigen Polizeiverwaltung, in das Mitgliederverzeichniß des Gefangenenvereins „Grüne Eiche“ Einsicht zu nehmen, in den Gesetzen begründet ist. Die Geltendmachung dieses Anspruchs enthält keinen Eingriff in die Rechtssphäre des Vereins, sondern bietet der Polizeiverwaltung lediglich eine Handhabe, um festzustellen, ob die als Vereinszweck angegebenen Bestrebungen in Wirklichkeit auch gepflegt werden, und nicht bloß als Deckmantel für andere Zwecke dienen. Die Polizeiverwaltung ist zu dieser Feststellung berechtigt, weil sie die Interessen der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu schützen hat. Ihre Beschwerde wird daher, was hiermit geschieht, als unbegründet zurückgewiesen.

Der Regierungs-Präsident.

In Vertretung:

(Name unleserlich.)

An Herrn Wilt. Schumacher
in Stassfurt, Hedlingerstr. 10.

Aus dem Mitgliederverzeichniß will also die Polizei schon erkennen können, ob die als Vereinszweck angegebenen Bestrebungen in Wirklichkeit auch gepflegt werden und nicht bloß als Deckmantel für andere Zwecke dienen.“ So sehr wir nun auch in dem Gefühl unserer eigenen Wichtigkeit als gewöhnliche Steuerzahler von der Forderung unserer Polizeibehörden überzeugt sind, so möchten wir denn doch bezweifeln, daß das vom Regierungspräsidenten erwartete Resultat erreicht wird — es sei denn, daß die Polizei schon aus der Thatsache allein, daß einzelne Mitglieder eines Gefangenenvereins politisch thätige Männer sind, sich für berechtigt hält, den Schluß ziehen zu dürfen: In diesem Verein wird Politik getrieben, weil u. —

„Die heutige Steuerlast ist nicht brüden.“ Diese neueste Entdeckung hat der sächsische Landtags-Abgeordnete Mehnert gemacht. Nur insolge der sozialdemokratischen Erziehung „glaubten“ die Massen, die Steuern seien brüden. Die Arbeiter werden gewiß sehr erfreut sein über diese konservative Belehrung und sich dieser sozialdemokratischen Einflüsterung, durch die sie zu dem Glauben gebracht worden, sie seien durch die Steuern bedrückt, entziehen.

Die Versicherung, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungsgesetzes genügen, ist nachstehenden Kosten ertheilt worden: der Steinbecker Krankenkasse (E. H.) zu Steinbeck, sowie von neuem der Haus-Zimmergesellen-Krankenkasse zu Altona.

Zur Arbeitseinstellung der Maurer am Theaterbau zu Sarburg, von dem wir kürzlich berichteten, ist das „Echo“ in der Lage mitzutheilen, daß der Bau jetzt durch Verbringer, welche die dortigen Unternehmer zur Verfügung stellen, weitergeführt wird. Von den Maurern hat bis jetzt keiner wieder angefangen. Einige von ihnen, die bei einem anderen Unternehmer Arbeit gefunden hatten, wurden gemahregelt. Ueber die Ausständigen scheint demnach seitens der Unternehmer der Boykott verhängt worden zu sein. Das ist die Humanität des Kapitals.

Die Errichtung des städtischen Arbeitsamtes in Mainz scheint jetzt nahe bevorzustehen. Dr. Gahner, der Vorsitzende des Gewerbegerichts, hat ein Statut ausgearbeitet, das die Grundlage bilden soll.

Darauf hat das Arbeitsamt den Zweck, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern (gewerblichen Arbeitern, Dienstboten und Lehrlingen) Arbeit zu vermitteln und über alle die Arbeiten und Arbeitsverhältnisse berührende Fragen Auskunft zu ertheilen; außerdem ist das Arbeitsamt verpflichtet, dem städtischen statistischen Bureau für Zwecke der Statistik über die Bewegung des Arbeitsangebots und der Arbeitsnachfrage in den verschiedenen Gewerben und Jahreszeiten die gewünschten Mittheilungen zu machen. Das Arbeitsamt soll unter der Leitung und Aufsicht einer Kommission stehen, welche aus einem männlichen und einer weiblichen Abtheilung, der ersteren steht ein männlicher, der letzteren ein weiblicher Beamter vor. Die Kosten der Errichtung und Unterhaltung des Arbeitsamtes sind von der Stadt Mainz zu tragen, während die Arbeitsvermittlung unentgeltlich erfolgen soll.

Staatliche Arbeiterfürsorge. „Ich kann Euch nicht gebrauchen, Ihr seid mir zu alt.“ Mit diesen Worten empfing ein Werkmeister der Königl. Werkstatt in Wilhelmshaven die ihm zugewiesenen Arbeiter. Wenn dergleichen in privatkapitalistischen Betrieben vorkommt, so ist das schon zu verurtheilen, wie vielmehr, wenn solche harte Worte Arbeitern in Staatsbetrieben entgegengeschleudert werden.

Die Arbeiter der Wild'schen Möbelfabrik in Neustadt a. d. Orla sind am 15. d. Mts. ausgesperrt worden, nachdem ihnen, wie wir bereits berichtet haben, am 1. November gekündigt worden ist. Es sind 20 Mann, die sich nach wie vor weigern, eine Fabrikordnung zu unterschreiben, die ihre Rechte als Arbeiter beeinträchtigt. Sämtliche Ausgesperrten gehören der Organisation an und ist deshalb nicht zu befürchten, daß sie in ihrer Stellungnahme wankend werden. Wenn dafür gesorgt wird, daß Zugang von Holzarbeitern von Neustadt a. d. Orla ferngehalten wird, so dürften die Arbeiter es dahin bringen, daß der Fabrikant der Fabrikordnung eine Fassung giebt, durch welche die Arbeiter in ihren Freiheiten nicht beschränkt werden. Adresse: D. Dohl, Neustadt a. d. Orla, Orlagasse 121.

Ein haarträubender Fall von Unternehmertum wird von der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ erzählt, der sich in den Dresdener Glasbüttenwerken vorm. Fr. Siemens zgetragen hat: Mehrere Arbeiterinnen wurde neulich aufgetragen, sich Krankenscheine zu holen, und als sie erklärten, sie seien ja garnicht krank, wurde ihnen gesagt, sie hätten einfach zu thun, was ihnen befohlen würde. Gleich darauf wurden sie in das Krankenzimmer gerufen und was geschah hier? Die Mädchen mußten sich vor dem kassenarzt Dr. W. völlig entleeren und sich von ihm auf angebliche Geschlechtskrankheiten untersuchen lassen. Der Arzt führte zu seiner Entschuldigung an, die Bormahme der Untersuchung sei ihm befohlen worden. Die Mädchen mußten gehorchen, so sehr sie sich auch dagegen sträubten, und obwohl das eine erklärte, es befände sich eben im Unwohlsein. „Ich bitte, machen Sie kein Aufhebens und lassen Sie auch nach außen meinen Namen außer Spiel“, sagte der Herr Doktor zu seiner Entschuldigung und wohl im Gefühl der Unzulässigkeit eines solchen Verfahrens.

Angeichts dieser Notiz muß man sich fragen, ob man denn eigentlich noch in Deutschland sich befindet, oder ob wir nicht vielmehr in einem Lande leben, wo die absoluteste Leibeigenschaft herrscht.

Wie korrumpiert, verkrumpt und verkottet die bürgerliche Gesellschaft bereits ist, wie wenig festen Halt sie nur noch besitzt, das wird recht häufig durch Gerichtsverhandlungen bewiesen, wobei noch in Betracht gezogen werden muß, daß diese nicht darstellen, als gelegentlich an die Oberfläche gelangende Gistblasen, die auf innere Fäulnis schließen lassen, einzelne Symptome, die nur eine Folge sind eines allgemein verpesteten Gesellschaftskörpers. Eine dieser Eiterbläschen wurde kürzlich vor dem Landgericht zu Breslau aufgeschnitten. Die dabei ans Tageslicht gezogenen Einzelheiten sind so widerlicher Natur und zeugen so sehr für den rapid um sich greifenden Verfall unserer sogenannten besseren Kreise, daß wir sie unseren Lesern nicht vorenthalten wollen:

Der Gutsherr Herr K. hat drei Töchter. Die Älteste ist mit dem Kaufmann Wilhelm Körber, die Zweite mit dem Kaufmann Max Müller, die Dritte mit dem Kistenfabrikanten Wilhelm Giller verheiratet. Den beiden ersten Schwiegervätern hatte der alte Herr dadurch eine gesicherte Existenz geboten, daß er ihnen sein blühendes Geschäft übergab, dem Dritten aber 20000 M. baare Mitgift zuwies. Alle drei Schwiegerväter lebten sehr flott, verbummelten ihre Geschäfte und gerieten in Geldverlegenheiten. Der Schwiegervater verlor dann allmählich die Lust, immer wieder auszuheilen, und da verfielen die beiden Schwiegerväter auf einen teuflischen Gedanken. Sie drohten dem alten Herrn, ihn wegen eines Sittlichkeits-Verbrechens, welches er an seiner jüngsten Tochter verübt, als sie noch zu Hause war, der Staatsanwaltschaft zu übergeben, wenn er ihnen nicht weiter Geld gebe. Der Schwiegervater warf seine drei Schwiegerväter für diesen unverschämten Erpressungsversuch zur Thür hinaus und diese erstatteten nun wirklich die Anzeige gegen denselben. Die Erhebungen ergaben die volle Unschuld des alten Herrn, so daß es zu einer Anklage nicht erst kam. Jetzt drohte aber der Staatsanwalt den Spieß um und erhob gegen die entarteten Schwiegerväter Anklage. Diese wurden denn auch am 21. Novbr. verurteilt und zwar Giller und Körber zu je 1 Jahr und Müller zu sechs Monat Gefängnis und alle drei zu 2-jähriger Ehrverlust. Giller und Körber wurden wegen der Höhe der Strafe auch sofort in Haft genommen. Das Schreckliche aber ist, daß die jüngste Tochter den teuflischen Plan gegen den eigenen Vater in böswürdiger Absicht erfinden hat. Dieselbe Verurteilung hatte sich der Bürger K o m s bemächtigt, als das Ende dieses „herlichen Reichs“ nahe bevorstand. —

Die rapide Vermehrung der Dampfkessel in Preußen zeigt ebenfalls, wie viele andere, von dem festen Ueberwogen der Großbetriebe. Seit 1879 bis 1893 stieg die Zahl derselben von 52 411 auf 53 024 oder 63,6 pCt.

Der Niedergang der bäuerlichen Kleinbetriebe wird durch die Veröffentlichungen des königlich bayerischen statistischen Büreaus recht schlagend nachgewiesen. Vom Jahre 1888-1890 kamen in 225 Gemeinden 1415 Zertrümmerungen vor, worunter die Anwesen von 1-20 Hektaren am stärksten betroffen waren.

Die organisierten Branergerhilfen des bürgerlichen Brauhandels in Dresden haben abermals die Arbeit niedergelegt, weil ihnen Lohnabzüge von 15-30 M. pro Monat zugemutet wurden.

Das Reich der „sozialen Reform“ von Oesterreich überflügelt. Wie ein Telegramm aus Wien meldet, hat der österreichische Kaiser für die Salinen in Galizien und in der Bukovina eine neue Regulierung der Arbeitslöhne verfügt, nach welcher eine 10prozentige Lohnerhöhung eintritt.

Der Streik der Hohenbräuer in Wien dauert fort. Es ist kein einziger Streikbrecher vorhanden, weshalb, wenn Zugang ferngehalten wird, ein Sieg der Arbeiter sehr wahrscheinlich ist.

Ueber den Fortgang des Wiener Wildhauer-Streiks zur Erringung des Achtstundentages ist zu berichten, daß im Laufe der letzten Woche keine wesentliche Veränderung eingetreten ist. In den 155 Ateliers, die vorige Woche bewilligt hatten, ist noch ein Atelier hinzugekommen; in keinem wurde bis heute das Bewilligte zurückgezogen. Der Stand der Streikenden ist gegenwärtig 60 Mann. Ateliers, welche die Forderungen nicht bewilligten und die Gehilfen beschäftigten, sind 24. Von den Wiener Kollegen sind bis heute bei Portois und Ziz sechs Streikbrecher geworden. Der Streik dauert fort und sind Untersuchungen immer noch notwendig.

Die bulgarische Arbeiterzeitung „Drogas“ (Sofia) warnt ausländische Arbeiter vor Einwanderung ohne vorhergehende Einziehung von Erkundigungen über die Arbeiterverhältnisse. Zu Ausländern erbetet sich das genannte Blatt.

Der Streik der schottischen Bergarbeiter nimmt, wie telegraphisch von London gemeldet wird, weitere Ausdehnung an. Die Eigentümer der Gruben sind fest entschlossen, keine Lohnerhöhungen zu bewilligen.

Die schwedischen Arbeiter werden durch den schwedisch-norwegischen Generalkonflikt in Helsingfors dringend gewarnt, nach Finland zu gehen, um Arbeit zu suchen, da dort großer Arbeitsmangel herrsche.

Der Kongreß der Textilarbeiter in Roubaix beschloß die Gründung eines Fachblattes für die Textilindustrie, sowie einer internationalen Genossenschaft derselben, worüber im nächsten Jahre in Manchester noch verhandelt werden soll. Ferner wurde der Achtstundentag angenommen und die Gründung einer Ausständekasse im Prinzip gutgeheißen.

Verichtigung. Das Bureau der Freien Vereinigung der Bureau-Angestellten Berlins und Umgegend befindet sich nicht, wie kürzlich irrthümlich mitgeteilt wurde Dragonerstr. 49, sondern Dragonerstr. 49a.

Versammlungen.

Für den 9. Kommunal-Wahlbezirk fand am 29. November eine öffentliche Versammlung in Gobel's Brauerei statt, in der Genosse Brun s in einem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage über die Mängel in unserer Stadtverwaltung sprach. Hierauf referirte der Genosse K i t z i n g seinen Standpunkt und entwarf ein Bild von der Volksfreundlichkeit und den Verschonungen der Freisinnigen, die stets nach der Wahl sich derselben nicht mehr erinnern. Die Genossen Liebell, Schrader und Klau rügten das Betragen der Freisinnigen in ihrer gestrigen Versammlung dem Genossen Haupt gegenüber und verurtheilten auf das schärfste die Verleumdungen, die gegen den Genossen Köhler von jeder Seite erhoben wurden. Nach dem Schlussworte des Referenten wurde schließlich aufgefordert zu recht reger Btheiligung an den Arbeiten zur Stichwahl.

Für den 29. Bezirk fand am 28. November eine Kommunalwähler-Versammlung statt, in der Genosse Borgmann referirte. Redner beschäftigte sich zunächst mit einem gegenwärtigen Flugblatt, das von den freisinnigen Stadtverordneten Wilson, Händrich und Max Schulz unterzeichnet ist, in dem vor unserem Kandidaten Gumpel als vor einem „sozialistischen“ gewarnt wird. Der Referent sowie auch die Redner in der Diskussion übten scharfe Kritik an diesem ebenso unaufrichtigen wie plumpen Manöver der Gegner, die damit nur ihre Schwäche dokumentiren. Durch die Genossen Hergt, Gumpel, Wagner, Jost und Griepentrog wurden die Ausführungen des Referenten wirkungsvoll ergänzt, und nachdem folgende Resolution angenommen:

Die heute tagende Kommunalwähler-Versammlung erklärt sich mit dem Referenten voll und ganz einverstanden und verpflichtet sich, am Tage der Wahl mit ganzer Kraft für unseren Kandidaten

Gumpel einzutreten, so daß trotz aller Verleumdungen seitens der Freisinnigen der 1. Dezember ein Siegstag für uns sein wird. — Genosse Jost hatte Beschwerde eingelegt, weil in einer früheren Versammlung die Frauen von dem überwachenden Polizeibeamten aus dem Saale gewiesen waren. Darauf ist folgender Bescheid ergangen:

Euer Wohlgeboten gereicht auf die Beschwerde vom 20. d. M zum Bescheide, daß ich dieselbe für begründet erachte, und den die Versammlung vom 12. d. M. überwachenden Beamten mit entsprechender Anweisung versehen habe.

Der Polizei-Präsident
Richtofen.

Der Verein deutscher Schuhmacher (Zahlstelle 2, Berlin) lagte am 20. d. M. Kollege Niederauer hielt einen Vortrag über das Thema: „Frauenemanzipation und Frauenrechte“. Der Kassirer verlas hierauf die Abrechnung vom dritten Quartal. Danach betrugen die Einnahmen 128,65 M. und die Ausgaben 123 M.; mithin ein Kassenbestand von 5,65. Ferner wurde bekannt gegeben, daß Sonntag, den 10. Dezember, in der Fruchtstraße im Freischlag eine Versammlung stattfindet, in der Genosse Hofmann über „Die zehn Gebote“ spricht.

Die Vereinigung der Arbeiter und verwandter Berufsgruppen hielt eine kombinierte Mitgliederversammlung der Filialen von Berlin und Umgegend am 21. November ab. Kollege K u b e gab ein kurzes Resümé der letzten Versammlung und führte noch einmal die Gründe an, welche die Kommission bewogen haben, einen neuen Entwurf auszuarbeiten, der lose Zentralisation mit Vertrauensmänner-System zur Grundlage hat. Die Gründe seien, hauptsächlich eine Reduzierung der Verwaltungskosten herbeizuführen, ferner eine regere und billigere Agitation zu veranlassen und durch niedrigere Beiträge mehr Mitglieder heranzuziehen. In der sehr lebhaften Diskussion wurde der Nachweis geführt, daß die losen Verbände mit geringen Beiträgen keineswegs günstigere Resultate zu verzeichnen haben, als strikte Zentralisationen und die Ursache für den Rückgang der Gewerkschaften in den gedrückten wirtschaftlichen Verhältnissen liege. Nachdem noch einige Redner für den Entwurf gesprochen hatten und seitens eines Unabhängigen gedroht wurde, eventuell einen Lokalverein zu gründen, wurde die Abstimmung vorgenommen und der Entwurf abgelehnt. In einer demnächst einzuberufenden Versammlung soll die Statuten-Berathung stattfinden.

Der Verband sämtlicher in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands (Filiale Nordost) hielt am Dienstag, den 21. November, seine siebenste Mitgliederversammlung ab. Genosse Steinmar hielt einen sehr interessanten Vortrag über Gewerkschaftsbewegung, der beifällig aufgenommen wurde. In der Diskussion theilte sich die Kollegen Bartholdy, Kolbold, Jonas, Hübnert, Heizmann und Necker. Der Kassirer Schütze erstattete den Kassenbericht vom 2. und 3. Quartal. Derselbe wurde für richtig befunden und ihm somit Decharge erteilt. Es wurde dann zu der diesjährigen, am 25. und 26. Dezember in Berlin stattfindenden Generalversammlung des Verbandes der Kollege Heizmann zum Delegirten gewählt. Nachdem der Vorhänge noch bekannt gemacht, daß am 2. Dezember im Vereinslokal ein Familienkränzchen stattfinden würde die Versammlung geschlossen.

Die Kempner hatten am 25. November eine öffentliche Versammlung, in der Genosse Dr. Heymann einen Vortrag über System, Inhalt und Aufgabe der Naturwissenschaft hielt. Von der Diskussion wurde, nachdem Dr. Gumpelowitsch seine unabhängigen Tiraden vorgebracht und der Referent ihm entgegen hatte, Abstand genommen.

Eine öffentliche Versammlung aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen des Südens fand am 26. November statt, in welcher Genosse Dr. Heymann einen interessanten, mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Staat und Gesellschaft“ hielt. In der Diskussion theilte sich zunächst Kollege Gotsfr. Schulz und äußerte sich im Sinne des Referenten. Ferner forderte er zur regen Agitation auf. Desgleichen auch die Kollegen Warmboldt und Näther. Zum Schluß erzählte Kollege Buchholz einige seiner Erlebnisse in den Lampenfabriken; in Nordost bei dem Kempnermeister Näher mäßten die Gesellen Abends bis 12 Uhr und noch länger arbeiten. Dann sprach Kollege Wegner über die Angelegenheiten des Gewerbegerichts und mahnte die Kollegen, sich nicht mit den Säbnerterminen einzulassen, welche von den Arbeitgebern vielfach benutzt werden, sondern, sobald jemand das Gewerbegericht in Anspruch nehmen will, sich genaue Informationen vom Bureau der Arbeitnehmer einzuholen, dieses befindet sich Rosenstraße 28. — Es sollte noch nach der Versammlung gemüthliches Beisammeln sein und nach 12 Uhr Tanz stattfinden, dieses wurde aber von der Polizei inhibirt und mußten sich hiermit die Versammelten zufrieden geben.

Die Hausdiener, Backer und Berufsgenossen hielten am Sonntag, den 26. November, zwei öffentliche Versammlungen ab. In der Versammlung im Zentrum hielt, nachdem einige geschäftliche Mittheilungen ihre Beilegung gefunden, der Genosse Adler einen Vortrag über den Werth der Gewerkschaften. In anregender Weise mußte Redner seine Ausführungen besonders interessant und leicht faßlich zu gestalten. Folgende auf den Vortrag bezugnehmende Resolution gelangte hierauf zur Verlesung:

Die Versammlung steht auf dem Boden der Kron'schen Resolution vom Parteitage zu Köln und erklärt: Die gewerkschaftliche Organisation ist der politischen gleichzustellen; eine die andere ergänzend sind beide zur eintägigen Befreiung der Arbeiter aus wirtschaftlichen und politischen Fesseln notwendig. Die Versammlung verpflichtet daher jeden Kollegen, seiner Berufsorganisation und einem sozialdemokratischen Wahlverein anzugehören.

Kollege Dreher bemerkte, Sympathie-Erklärungen nähren dem gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nichts. Grauer äußert sich dahin, er selbst war für die Kron'sche Resolution, habe jedoch nach der Erklärung Auer's, daß es ganz selbstverständlich sei, seiner Gewerkschafts-Organisation anzugehören, für die Auer'sche Resolution gestimmt. Kollege P u z e r führt einen Fall der Umgehung der Sonntagsruhe seitens eines Konfektionsgeschäftes an. Auf Anregung des Genossen Rein erklärt der Referent den Unterschied zwischen Werthe ergänzende und Werthe vertheilende Arbeiter, dem sich eine längere Debatte anschließt. Hierauf wurde obige Resolution gegen zwei Stimmen angenommen. Grauer giebt auf eine Anfrage bekannt, daß das Erkenntniß in Sachen der Wertheim'schen Konfektionsarbeiterinnen völlig unklar und noch nicht endgültiger Entscheidung sein dürfe, und fordert schließlich zu zahlreichem Besuch der am 5. Dezember stattfindenden Verbandssammlung auf.

Die Steinarbeiter Verlus und Umgegend hielten am 27. d. M. eine öffentliche Versammlung ab. Derselbe nahm zunächst den Bericht der Vergütungskommission für das Stichtungsfest entgegen. Das Fest erbrachte einen Ueberschuß von 372 M. Beantwortet wurde, an Stelle eines Preiskommissions-Mitgliedes für den „Bauhändler“, welches nicht Abonnent des Fachorgans sein sollte, eine Ersatzwahl vorzunehmen; dieser Antrag wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Ein Antrag, am ersten Weihnachtseierabend ein gemüthliches Beisammeln stattfinden zu lassen, fand nicht die Zustimmung der Versammlung. Da das erwähnte Preiskommissions-Mitglied mittlerweile erschienen war, wurde der vorher vertagte Antrag wieder aufgenommen und darüber verhandelt. Das Ergebnis der Berathungen war die Ablehnung der beantragten Neuwahl eines Preiskommissions-Mitgliedes. Gegen dasselbe Mitglied lagen noch eine Reihe anderer Beschuldigungen vor und die Versammlung gelangte diesbezüglich zu dem Beschlusse, eine Unter-

suchungskommission niederzusetzen, welche in der nächsten öffentlichen Versammlung Bericht zu erstatten hat.

Die Versammlung nahm hierauf Stellung zur Beitragsleistung für den Generalfonds. Hierzu lag seitens des Vertrauensmannes ein Antrag vor, dahingehend, für die Zeit vom 1. Dezember 1893 bis zum 1. März 1894 die wöchentlichen Beiträge zum Generalfonds fallen zu lassen und für den Fall, daß für diese Zeit größere Anforderungen an denselben herankämen, die erforderlichen Mittel durch Sammellisten aufzubringen. Nach längerer Debatte wurde dieser Antrag angenommen, doch wurde den Kollegen nahe gelegt, die rückständigen Beiträge abzuführen. Es erfolgte hierauf die Berichtserstattung der niedergelegten Kommission für die Unterstützung des Kollegen Gestrubow, welcher durch Unfall in Verufe fast erblindet ist. Die Berufsgenossenschaft hat denselben durchaus unzureichend abgepflegt. Die Versammlung gelangte zu dem Beschlusse, Gestrubow freien Rechtsitzung zu gewähren und denselben die ihm als Darlehn verabfolgte 20 M. als Geschenk zu überlassen. Am kommenden Sonntag findet bei Deigmüller, Alte Jakobstr. 49a, eine öffentliche Versammlung statt in Sachen des Tarifs der Marmor- und Granitarbeiter.

In der hiesigen Filiale des Allgemeinen Deutschen Tagelöhnervereins hielt am 27. November Kollege Wels eine Vorlesung über „Regelung des Arbeitsnachweises“, der sich eine kurze Diskussion anschloß. Kollege Wels kritisirte das Benehmen der Kollegen vom Fachverein, die den Mitgliedern der hiesigen Filiale vom Verband die Mitbenutzung der Bibliothek verweigerten. Sie verschließen dadurch ihren organisierten Kollegen einfach die Möglichkeit der Weiterbildung. Kollege Wels stellte hierauf den Antrag, eine eigene Bibliothek zu gründen. Die Kollegen, die Bücher borgen oder schenken wollen, mögen dieselben bei dem Kollegen Tobias, Neuenburgerstr. 23, abgeben. Zeitungen sind im Arbeitsnachweise-Bureau, Schützenstraße 18-19, in Empfang zu nehmen.

„Freiland und die Sozialdemokratie“, „Freiland und der Liberalismus“, „Freiland und der Antisemitismus“ lauteten die Thematika, welche sich Herr Professor Dr. Theodor Herzka aus Wien für drei aufeinanderfolgende Vortragabend gewöhnt hatte. Der erste dieser Abende fand am 29. November in den Konfordia-Sälen statt und wohnten demselben etwa 7-800 Personen, Herren und Damen, bei. Bevor der Vortragende auf das eigentliche Thema des Abends einging, erläuterte derselbe seine Theorien bezw. die Theorien der Freilandbewegung, durch deren Verwirklichung die soziale Frage praktisch gelöst werden soll. Diese gipfelt in der schrankenlosen Freiheit, in der Herrenlosigkeit des Grund und Bodens, in der freien Bildung von Produktionsgruppen, denen der volle Ertrag ihrer Arbeit gehöre, Regelung der Produktion durch freies Willen des Eigennutzes etc. Als praktisches Versuchsfeld ist ein Hochland in Zentralafrika erkoren worden und soll bereits im Anfange des nächsten Jahres dortselbst eine Kolonie gegründet werden. Der Vortragende stimmte mit der Sozialdemokratie darin überein, daß die Ausbeutung der Grund der heutigen gesellschaftlichen Uebel sei. Er bezeichnete sich als einen Schüler von Karl Marx und würde es den Sozialdemokraten durchaus verüben, wenn sie Lassalle und Karl Marx die schuldische Dankbarkeit versagen würden. Unsterblich müßte diese Dankbarkeit sein. (Beifall.) Er erklärte die Größe von Karl Marx darin, daß er entdeckt habe, daß die Entwerthung der Arbeit mit der fortschreitenden Technik ein unnatürlicher Vorgang, eine menschliche Einrichtung sei. Marx habe aber nicht vermocht, diese Erscheinung festzustellen. Ihm, dem Naturforscher und Nationalökonom, sei diese Feststellung gelungen. Er erklärte die Ursache der Ausbeutung nicht in dem Umfange, daß heute für den Weltmarkt und nicht für das Bedürfnis produziert werde, sondern darin, daß heute die Arbeiter rechtlos knechte seien. Auch war er der Meinung, daß die soziale Befreiung der Menschheit nicht allein das Werk der Arbeiter, sondern das Werk aller vernünftigen und ehrlichen Menschen sein werde. In der Ansicht betreffs des Eintrittes des Umsturzes, des großen Kladderadatsch, gehe er mit der Sozialdemokratie weit auseinander. Der menschliche Umsturz müsse in den menschlichen Ideen seinen Ausgangspunkt finden. Die Ideen der Sozialdemokraten seien noch nicht reif. In dem Augenblick, wo dieser Zeitpunkt eintrete, werde auch der Umsturz vor sich gehen, aber nicht auf dem Wege des autoritären Kommunismus. Nur zwei Triebfedern der Arbeit gebe es, den Eigennutz und den Zwang. Die Durchführung des sozialdemokratischen Programms hielt er für unmöglich, für ein leeres Hirngespinnst. Wenn die Anhänger des unmöglichen sozialdemokratischen Programms hinter dem durchführbaren Freiland-Programm stehen würden, so würden die Freiländer nicht nach Afrika gehen, sondern hierbleiben. Die Stunde des Umsturzes habe geschlagen. Die Gesellschaft, die die Früchte ihrer wirtschaftlichen Entwicklung insolge des Zwiespalts zwischen der Produktionskraft und der Konsumtionskraft nicht mehr genießen könne, müsse zu Grunde gehen oder sich ein neues Recht schaffen und dieses neue Recht sei das Recht der Freiheit. (Beifall.) In der folgenden Diskussion wies Dr. Heymann nach, daß sozialpolitisch betrachtet, die heutigen herrschenden Gesellschaftsklassen generell, nicht individuell, einen der Sozialdemokratie feindlichen Standpunkt naturgemäß einnehmen müssen. Großen Widerspruch rief die Annahme des Redners hervor, daß die Gegner der Sozialdemokratie ihre Kenntniß über die Ziele der Sozialdemokratie aus Eugen Richter's Schriften geschöpft hätten. Die Sozialdemokratie sei realistisch, nicht idealistisch, deshalb könne sie nicht den „Zukunftstaat“ bis in die kleinste Einzelheit voranzubestimmen. Der Gipfelpunkt des Idealismus sei es, wenn Professor Herzka glaube, mit 2 Millionen Menschen, die da wissen, was sie wollen, die heutige Karl organisierte Gesellschaft schon umgestalten zu können. Die Sozialdemokratie sei eine Partei des Klassenkampfes. Redner widerlegte ferner die Annahme Professor Herzka's, daß in der sozialistischen Gesellschaft eine heillose Verwirrung entstehen würde, indem der Eine in die Produktion des Anderen hineinreden würde. Die Arbeit werde in der ausgebildeten sozialistischen Gesellschaft demokratisch organisiert werden. Die Sozialdemokratie sei nicht gewalt, die Reichthümer, die die Arbeit geschaffen, im Stiche zu lassen und in einer afrikanischen Wüste von neuem anzufangen Werke zu schaffen. Auf Grund der bereits geschaffenen Kulturverrichtungen werde die Sozialdemokratie den Sozialismus verwirklichen und ohne Professor Herzka. (Lebhafter Beifall.) Arbeiter Wijsie stand als „anarchistischer Kommunist“ zwischen „Freiland“ und „Sozialdemokratie“ und polemisirte gegen beide unter häufigen stürmischen Unterbrechungen und Beifall. Arbeiter Voigt belämpfte die Sozialdemokratie und deren „Autoritäten“ in der bekannten Weise und wußte es Professor Herzka Dank, daß er das Glaubensdogma der sozialdemokratischen Autoritäten durchbrochen habe. Er bezeichnete sich als „revolutionärer Sozialist“ (Gelächter), weil er mit dem Parlament nichts zu thun haben wolle. Er verherrlichte den Egoismus als Haupttriebfeder zur Arbeit und hielt das Herzka'sche System für ausgezeichnet. Um die endlose Debatte einigermaßen einzuschränken, wurde die Redezeit der ferneren Redner auf zehn Minuten festgesetzt. Es sprachen noch Spohr Kanter, Pöhsch, Mannes, Wagner und Anarchist Herrmann. In seinem Schlussworte widerlegte Professor Herzka vor bereits stark gelichteter Versammlung die sachlichen Einwände gegen seine Ideen von seinem Standpunkte aus und war der Ansicht, daß die Sozialdemokratie nur deshalb über Eugen Richter und seine Irretheten Sieger geblieben sei, weil dieser noch viel verschrobenere sei, als sie. Wenn es in Deutschland zwei Millionen zielbenustener Männer gäbe, würde es keine Banquette mehr geben! Der Unterschied zwischen Freiland und „Freiland“ jede Knechtschaft und Ausbeutung aufheben wolle, auch die Ausbeutung aller für alle. Ganz energisch verwahrte er die Freiländer gegen den Vorwurf, daß sie Utopisten seien.

Ruiter. Rechtsbeistand ist nicht erforderlich. Der Antrag wäre an die Invaliditätsversicherung-Anstalt zu richten. Sprechen Sie mit den betreffenden Papieren zur Prüfung des Falles zwischen 12 und 1 Uhr vor.
G. S. R. 14. Ja.
Loewe. Wir beantworten jede Zuschrift, wenn sie bestimmt angebrachte Fragen enthält; Ihr Schreiben muß durch irgend einen Umstand, an dem wir keine Schuld tragen, nicht in unsere Hände gelangt sein. Warum sagen Sie denn heute nicht, was Sie wünschen?
H. St. 1. Nein. 2. Ja.
S. A. Es ist nur eine Gewerbesteuer zu zahlen.
M. C., Berlin. Ein russischer Protest gegen den französisch-russischen Verbrüderungsschwundel ist in der „Petite République“ veröffentlicht worden.

C. W. Altenburg. Der Ehemann kann gegen die Ehefrau, die ihn verlassen, einen Rückkehrbefehl bei Gericht beantragen. Befolgt sie diesen nicht, so hat er das Recht, auf Ehescheidung zu klagen.
S. C. 4. Das Mädchen kann nach erreichter Volljährigkeit (also nach Vollendung des 21. Lebensjahres) gegen ihre Eltern auf Ertheilung der Genehmigung zur Eheschließung klagen.
P. S. R. 53. Sie sind nicht verpflichtet.
Gust. Kirchke. Eine derartige Anzeige gehört in den Inseratenteil.
A. D., Birkenstraße. Sie haben Recht. Lafargue wird Lafarg, Guécide wird Gähd ausgesprochen.

Literarisches.
Turgenev und Tolstoi von Eugen Kühnemann. Berlin. Verlag von Richard Wilhelm.
Warum verarmen wir und wie ist dem abzuhelfen? Ein Bedruf von Victor Bruching. Berlin. Verlag von Richard Wilhelm.
Wer wird siegen? Betrachtungen über den Kampf Rußlands gegen das Deutschthum. Berlin. Verlag von Rich. Wilhelm.
Der Schloffer. Ein soziales Lebensbild von Franz Gottschid. Verlag von Franz Barth in Danzig. Theater-Agentur von Ernst Stieber, Charlottenstr. 52.
Der öffentliche Kredit. Seine Einwirkung auf die Verschärfung der sozialen Gegensätze. Berlin. Verlag Richard Wilhelm.

Kleider-Stoffe
 52285 zum Geschenk
Hauskleid 3,60
Foulé, reine Wolle, 6 Mtr. 8,50 in allen neuen Farben.
A. Wronkow, Oranienstr. 162.

Reell! Pelzwaaren Billig!
 Einzel-Verkauf zu 51452
 Engros-Preisen
 direkt in der Fabrik von
Goebel & Reinecke,
 Stallschreiber-Strasse 50/51, 1. Treppe,
 Ecke Alexandrinen-Strasse.
 Bestellungen und Reparaturen billig

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4435L
 am diesigen Plage 1912 bekannt
grösste Auswahl!
 Garantie für sicheren Brand.
 Streng reelle Bedienung, billigste Preise!
 Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Bitte lesen Sie!
 Jedem Genossen, der seinen Bedarf an **Winter-Baletots**, sowie Anzügen, einzelnen Röcken, Jaquets, Hosen, Westen u. s. w., feiner Siefeln, Hüte, Wäsche, **Setten**, gold- und silberne Herren- u. Damen-Uhren, **Wäschekessel**, Reife- und Holzstoffer u. s. w. billig und gut kaufen will, empfehle mein bekanntes reichhaltiges Lager in Alt und Neu, auch werden verfallene Pfänder verkauft.
A. Wergien, Schneidermstr.
 und Partiewaarenhändler,
127 Skalitzer-Strasse 127
 Bestellungen nach Maß werden billig und gut ausgeführt.
 Bitte recht genau auf Namen und Hausnummer zu achten. 5055L

Als anerkannt reelle und thatsächlich billigste Einkaufsquelle des **Süd-Ostons** für **Gold-, Silber-, Alfenidwaaren** (Eig. Fabr.) goldene u. silberne Uhren empfiehlt sich
H. Gottschalk,
 Goldarbeiter und Uhrmacher,
37 Admiral-Strasse 37
!! Roh-Tabak !!
 Sämtl. in- u. ausländischen Sorten, gute Qualität, tadelloser Brand, in billigster Preislage, empfiehlt
Heinr. Franck, Handlung
Brunnenstr. 185.

Strickgarne, Strumpfwaren, Handschuhe, gestrickte Westen von 2,50 M. an, **Unterjacken, Normalhemden, Unterbeinkleider, Cravatten, Brauen, Manschetten, Wäsche aller Art, Gardinen, Teppiche, Bett-Vorleger, Bettdecken, wollenen Schlafdecken** etc.
Gummischuhe.
Carl Braun, Berlin S.,
 Rottbuser Damm 5.
 Bitte genau auf die Firma zu achten.
Detailverkauf sämtl. Sorten Roh-Tabak
Rud. Völcker & Sohn,
Köpnickerstr. 45. (344b)

Turnverein „Fichte“
 (Mitgl. d. deutsch. Arb.-Turnerbundes) eröffnet am 1. Dez. d. J. in der Turnhalle, Stalitzerstr. 55/56, eine
II. Männer-Abtheilung.
 Alle Freunde und Gönner, welche sich unserem Verein (den einzigen am Ort bestehenden Arbeiter-Turnverein) anschließen wollen, sind hiermit freundlichst dazu eingeladen.
 457/1 **Der Vorstand.**
 Die I. Männer-Abtheilung turnt jeden Mittwoch und Sonnabend von 1/9-1/11 Uhr in der Turnhalle, Friedensstr. 37. Die II. Männer-Abtheilung jeden Dienstag und Freitag von 1/9-1/11 Uhr in der Turnhalle, Stalitzerstr. 55/56. Gäste willkommen.

Spiel-Waaren
 anerkannt billigste Bezugsquelle. Von den billigsten bis zu den feinsten Sachen. 5227b
A. Wronkow,
 Berlin S., Oranienstr. 162.

50% mit Labenpr. kauft man Uhren Goldsachen, Brillanten etc. im **Reichhaus H. Graff**, Deuthstr. 5, 1.
Louis Naumann,
 Leipzig, Friedrich-Auguststr. 10.
 Commissions-Buchhandlung
 empfiehlt sich **Wiederverkäufern** zur Lieferung deutscher Bücher, Zeitschriften, Musikalien etc. Bestellungen werden zu **Verlegerrabatt** gegen ganz geringe Provisionsberechnung schnell ausgeführt.
 Probehefte, Kataloge gratis. 4677L

Als Bandagist empfiehlt sich zur Anfertigung von Bruchbändern, Suspensorien, Leibbinden, Apparaten für Fuß- und Rückgratverkrümmung, Gradhaltern, künstl. Gliedmaßen als Arme, Beine etc. unter Garantie zu billigsten Preisen. 4549L
Aug. Reiche,
 Lieferant für Orts- und Hilfs-Krankenkassen, Soydolstr. 15.

Metzner's Korbwaaren-Fabrik,
 Berlin, Andreasstr. 23, Hof part., vis-à-vis d. Andreadplatz
Kinderwagen,
 größtes Lager Berlins. Musterbücher gratis. Theilzahlung gestattet. 500 Mark zahlte ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe. **F. Metzner.**

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt
 Berlin SW., Deuth-Strasse 2.
 In der Herstellung befindet sich und wird Mitte Dezember er. zur Versendung kommen:
Protokoll
 über die
Verhandlungen des Parteitag
 der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
 Abgehalten zu Köln vom 22.-28. Oktober 1893.
 ca. 18 Bogen 8° — elegant broschirt
Preis 40 Pfennig.
 Die Verhandlungen des Kölner Parteitages dürften wegen ihrer Bedeutung das lebendigste Interesse eines jeden Parteigenossen in Anspruch nehmen. Die erschöpfenden Verhandlungen über die Gewerkschafts-Bewegung sind überaus wichtig und ihre Kenntnis nach dem stenographischen Bericht jedem Parteigenossen notwendig. In Rücksicht darauf und auf den hohen agitatoren Werth und die dadurch wünschenswerthe Massen-Verbreitung haben wir den überaus billigen Verkaufspreis — 40 Pfennig pro Exemplar bei sorgfältiger, geschmackvoller Ausstattung — festgesetzt.
 Um die Auflagehöhe bestimmen zu können, bitten wir uns den ungefähren Bedarf der einzelnen Orte schon jetzt bekannt zu geben; nur so sind wir in der Lage, allen an uns gestellten Anforderungen rechtzeitig genügen zu können.
 Die Versendung erfolgt gleichzeitig nach allen Plätzen Deutschlands. Porto und Frachten zu Lasten der Besteller.
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
 Bei Aufträgen von außerhalb ersuchen wir um gleichzeitige Einsendung des Betrages (Porto 30 Pfg. extra).

Bahnhofsvier v. Fas. 1/10 10 Pfg., 2 Vereins-Zimmer. Bergmannstr. 92.
Restaurant „Zur Gleichheit“,
 Andreasstr. 26.
 Jeden Sonnabend und Sonntag: **Familienkränzchen**, verb. in ernstem und heiterem Vortrag. Saal f. Versamml., Vereine u. Festlichkeit. jed. Art. nebst verb. Kegelbahn, noch einige Tage frei. Jeden Sonnabend u. Sonntag: **Gänse-Ausschieben**. 40 in- und ausländische Zeitungen liegen aus in
F. Wilke's Restaurant
 „Zur Gleichheit“, Andreasstr. 26.

Central-Fleisch-Halle
 Detailverkauf zu Engros- Viehhofpreisen: Rindfleisch 50-60 Pfg., Kalbfleisch 50-60 Pfg., Schweinefleisch 55 bis 60 Pfg., Hammelfleisch 45-55 Pfg.
Holzmarktstraße 19,
 Ecke Michaelkirch-Brücke.

Sophastoff-Reste
 in Nips, Damast, Crêpe, Fantasie, Gobelin, Plüsch und bunten Moquette spottbillig!
 Proben franko! 5150L
Emil Lefèvre, Berlin S.,
 Oranienstraße 158.

Alte Stiefel gr. Ausw., Reparatur u. West. reell u. billig.
Runge, Naunynstr. 2. 490b

S. Strauß, Schneidermeister, Fürstcnwalderstr. 4, 1, empfiehlt sich zur Anfertigung v. gutstehenden u. modernen Kleidungsstücken, sowie Stoffe zur Auswahl. 316

Achtung!
 Heute, Freitag, den 1. Dezember, Abends 8 Uhr, in **Joel's Gesellschaftssälen, Andreasstr. 21:**
 Große
sozialdemokratische Versammlung
 der Parteigenossen und Genossinnen des
IV. Berliner Reichstags-Wahlkreises
 Tagesordnung:
 Fortsetzung der Diskussion über den Kölner Parteitag. 350/8
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Einberufer.**

Achtung! Steinarbeiter. Achtung!
Oeffentliche Versammlung
 Sonntag, den 3. Dezember, Vormittags 10 Uhr, bei **Deigmüller, Alte Jakobstr. 48a.**
 Tages-Ordnung:
 1. Berichterstattung der Tarifkommission und Stellungnahme zu dem Tarif. 2. Verschiedenes.
 Die Kollegen, welche in Granit und Marmor arbeiten, werden dringend ersucht, zu erscheinen. 293/8
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
Der Vertrauensmann.
 J. Buchmann, Willibald Alexstr. 30.

Verein d. Bauanschläger
 Berlins und Umgegend.
General-Versammlung
 am Sonntag, den 3. Dezember, Vormittags 10^{1/2} Uhr, im Lokale von **Brochnow, Sebastianstraße Nr. 39.**
 Tagesordnung:
 1. Wahl der Revisoren. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Antrag Benz. 4. Besprechung innerer Vereinsangelegenheiten. 5. Verschiedenes und Fragelasten.
 Der Arbeitsnachweis findet unentgeltlich außer Sonnabend jeden Abend von 7-9 Uhr, Sonntags Vormittags von 10-12 Uhr statt. Jeder Anschläger, der das 21. Lebensjahr erreicht hat, kann Mitglied des Vereins werden. Kollegen, noch nie war eine Tagesordnung so weitgehend und inhaltsschwer, wie der 3. Pauli-der Tagesordnung dieser Versammlung, und kein Anschläger Berlins und Umgegend sollte daselbst fehlen. Auch diejenigen Anschläger, die dem Verein nicht angehören, können zu jeder Versammlung, die immer am 1. Sonntag nach dem 1. jeden Monats bei Brochnow, Sebastianstraße 39, stattfindet, erscheinen. (Siehe „Soziale Uebersicht“.) 182/10
Der Vorstand.

Achtung! Bauarbeiter. Achtung!
 Große öffentliche Versammlung
 der Bau- und gewerbl. Hilfsarbeiter für **Schöneberg und Umg.**
 am Sonntag, den 3. Dezember, Vorm. 10 Uhr, in **Richter's Festsälen, Schwerinstraße Nr. 13.**
 Tagesordnung:
 1. Der Kölner Parteitag und die Gewerkschaftsfrage. Referent Genosse **Otto Antrick**. 2. Diskussion und Verschiedenes. 121/10
 Die Mitglieder des Vereins der Zigeuner und Edelweiss werden hiermit gleichfalls ersucht, zu erscheinen.
Der Vertrauensmann.

Verein der Einseker (Tischler)
 Berlins und Umgegend.
 Sonnabend, den 9. Dezember, bei **Joel, Andreasstraße Nr. 21:**
10. Stiftungs-Fest
 bestehend in **Vokal- und Instrumental-Konzert** unter Mitwirkung des Gesangvereins **Edo I** (Mitglied des Arbeiter-S. V.).
Auftreten des Volkshumoristen Richard Heise.
 Billets à 30 Pfg. sind bei allen Vorstandsmitgliedern, sowie in allen mit Plakaten belegten Stellen zu haben. 145/19
 Nach dem Konzert: **Grosser Ball.** Herren zahlen 50 Pfg. nach. Gönner und Freunde des Vereins werden hierzu besonders aufmerksam gemacht. Der § 5 Absatz 1 ist von vielen Mitgliedern nicht beachtet worden, und ersucht der Vorstand deshalb, am Sonntag, den 3. Dezember, in der Versammlung das Veräumte nachzuholen.
Der Vorstand.

Achtung! Zimmerer (Moabit).
 Sonntag, den 3. Dezember, Vorm. 10 Uhr, in **Arnd's Brauerei, (Gartenfaal), Churstr. 26:**
Oeffentl. Versammlung
 der **Zimmerer Moabits.**
 Tagesordnung: 1. Die Gewerkschaftsorganisation und deren Bedeutung. Referent Genosse **Hoffmann**. 2. Wie stellen sich die Zimmerer Moabits zum Verein der Zimmerer Berlins und Umgegend. 428/7
 Um zahlreiches Erscheinen bittet **Der Einberufer.**

Musik-
 Instrumente wie Zithern, Geigen, Gitarren, Mandolinen u. s. w. Größtes Lager Harmonikas jeder Größe. Spieltosca zum Drehen und selbstspielend (alle mit Arbeiter-Liedern), Schweizer Werke. **Karophons, Aristons u. s. w.** 5165L
Lausitzerstr. 51, Aug. Kessler, Lausitzerstr. 51.